

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 20.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 23. Mai 1917.

Inhalt. Inland: Wahlausruf im Wahlbezirk Kosten-Schmiegel usw., S. 861. — Die gegenwärtige polnische Politik, S. 861. — König oder Präsident?, S. 863. — „Wollen und Fordern“, S. 864. — Polemik gegen den Abg. Dahn, S. 864. — Das Enteignungsgesetz, S. 865. — Ordenskongregationen für das preußische Teilgebiet, S. 866. — Zurückverlegung polnischer Beamten aus dem Westen, S. 866. — Ansiedlungsverbot in Pleschen, S. 866. — Hindenburgspende, S. 867. — Der Dank des Papstes an den Abg. Pfarrer Styczyński, S. 867–868. — Gegen Rulerki, S. 869. — Nationaldemokratie und „Gazeta Narodowa“, S. 870. — Visitationsbesuch des Erzbischofs in Ostrowo, S. 871. — Streit zwischen den Professoren Dr. Romer und Bend, S. 871. — Paderewski amerikanischer Untertan, S. 872. — Bericht des Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine, S. 872. — Bejette's Gebiet: Zur Staatsratskrisis, S. 878–881. — Neue Gegner der Passivität, S. 882. — Ultramer und Staatsrat, S. 883. — Die Beschlüsse des ruthenischen Nationalkomitees, S. 883. — Die Geistlichkeit an das Volk, S. 883. — General Ruf und die Polen, S. 884. — Die Koalition und Polen, S. 884. — Regentschaft und Regierung, S. 885. — Artikel zur politischen Lage im Königreich, S. 886. — Amerikanische Spende für das polnische Heer, S. 887. — Zur Tagung des Nationalrats, S. 887–888. — Der Hochschulfreist, S. 889. — Die polnische Mark, S. 889. — Der polnische Charakter der Städte, S. 890. — Teilnahme von Polen an der Stockholmer Konferenz, S. 891. — Die Sozialisten und das Dorf, S. 891. — Nichtverantwortliche Politik, S. 891. — Informationsreise des Posener Hilfskomitees, S. 892. — Ausland: Kaiser Karls Krafauer Rede, S. 896–897. — Österreich und Deutschland, S. 898. — Zeitgemäße Gedanken, S. 899. — Die Polen in Rußland, S. 899. — Hirtenbrief des Bischofs von Luzk, S. 901. — Das polnische Exekutivkomitee in Kiew, S. 901. — Forderungen in Sachen der polnischen Kriegsgefangenen, S. 902. — England und die polnische Frage, S. 902.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 108 des Orędownik (Posen)
vom 13. Mai 1917.

**Ausruf an die polnischen Wähler
des Wahlbezirks
Kosten-Grätz-Schmiegel-Neutomischel.**

Durch die Ernennung des Herrn Franz von Morawski aus Berlin zum Mitglied des Herrenhauses wurde im Wahlbezirk Kosten-Grätz-Schmiegel-Neutomischel der Sitz eines Abgeordneten für den preußischen Landtag erledigt.

Die Ersatzwahl findet am 12. Juni d. J. statt.

Auf Grund des § 8 des Wahlreglements hat das unterzeichnete Komitee zusammen mit den Kreisdelegierten den Propst Arkadiusz Lisiecki aus Bnin zum Kandidaten für den erledigten Landtagsitz des erwähnten Wahlbezirks ernannt.

Alle polnischen Wahlmänner werden deshalb aufgefordert, am 12. Juni ihre Stimme für den Propst Lisiecki abzugeben.

Gleichzeitig werden unsere Wahlkomitees eindringlich ersucht, jeden Wahlmann am Wahltage über das Wahllokal und über den Namen unseres Kandidaten in Kenntnis zu setzen und außerdem sich der Urwahlen in den Bezirken anzunehmen, in welchen die bisherigen Wahlmänner gestorben oder verzogen sind oder auch aus anderen Gründen ihre Mandate verloren haben und wo infolgedessen eine Ersatzwahl der Wahlmänner stattfinden muß.

Posen, den 10. Mai 1917.

Das Provinzialwahlkomitee
für das Großherzogtum Posen.
(Unterchriften.)

Aus Nr. 106 und 107 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. und 12. Mai 1917.

Aus der gegenwärtigen polnischen Politik.

I.

Wenn wir die Bilanz der an die Kriegsergebnisse gebundenen internationalen Politik aus den letzten Monaten näher betrachten, so müssen wir, ohne uns einem übermäßigen Optimismus hinzugeben, feststellen, daß diese Ereignisse sich für die Verwirklichung der national-politischen Tendenzen des polnischen Volkes sehr vorteilhaft gestaltet haben. Denn die Frage eines freien und unabhängigen polnischen Staates tritt jetzt schon als eines der wichtigsten europäischen Probleme mit einer solchen Deutlichkeit und in einem so weiten Umfange hervor, wie wir es am Anfang des Krieges kaum hätten träumen können. Seit dem Akt vom 5. November, durch welchen das polnische Staatswesen auf dem Gebiete Kongreßpolens wiederhergestellt wurde, bis zur Botschaft Wilsons vom 22. Januar, die sich mit der polnischen Frage besonders befaßte, und bis zum Manifest der Provisorischen Regierung in Rußland entwickelte sich nämlich die polnische Frage immer günstiger, und sie nahm in dieser Zeit ständig an Bedeutung zu als ein bereits von allen anerkanntes internationales Postulat, das mit aller Macht den Wiederaufbau eines unabhängigen Polens verlangte. Und heute gibt es in Europa schon keine Regierung mehr, die sich einer derartigen Lösung der polnischen Frage grundsätzlich widersetzen würde. Selbstverständlich sind das künftige Schicksal, die Regierungsform und der Umfang des polnischen Staates noch nicht endgültig festgelegt. Denn dieses ganze Problem ist gegenwärtig noch zu sehr an die Interessenpolitik derjenigen Staaten gebunden, welche an seiner Lösung in erster Linie beteiligt sind. Eine Illusion wäre es auch, anzunehmen, daß im politischen Leben irgend ein Problem eine ganz ideale Fassung erhalten könnte, die an das harte Gebot der Wirklichkeit gar nicht gebunden wäre. Aber die Gestalt des

künftigen Polens tritt jetzt jedenfalls trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich von allen Seiten häufen, schon immer deutlicher hervor. Wie ein gewaltiger Bildhauer zeichnet nämlich der Krieg mit seinem harten Schwert die Linie dieses neuen Staates in den Granitstein der Zeiten. Aus weiter Ferne könnte es sogar scheinen, daß, da hier so immense Gewalten am Werke sind, die Haltung des polnischen Volkes selbst für die Lösung dieses Problems nur in einem sehr geringen Maße oder garnicht mehr in Betracht komme. Das wäre jedoch eine gefährliche Illusion. Denn der Prozeß der Wiedergeburt Polens, der im Laufe dieses Krieges mit großer Mühe, aber ständig fortschreitet, kann ohne unsere eigene Betätigung doch nicht durchgeführt werden. Und da kann sogar jeder, selbst der geringste Fortschritt auf dem Wege der Sammlung unserer Kräfte und der Hinlenkung aller unserer abweichenden politischen Gedanken nach dem Mittelpunkt des gemeinsamen nationalen Interesses hin bei der endgültigen Entscheidung hundertfach ins Gewicht fallen, und ebenso kann jeder Mißgriff, jede Lockerung unserer national-moralischen Einigkeit die Aussichten für unsere Zukunft um das Hundertfache vermindern.

Wenn wir jedoch die letzten Vorgänge in den polnischen Ländern genauer prüfen so müssen wir zu unserer Freude feststellen, daß unsere innere Evolution hinter dem Gang der Ereignisse in Europa keineswegs zurückgeblieben ist. Der polnische Gedanke hat sich nämlich nicht in alte Parteidogmen, in Formeln und Lösungen des gestrigen Tages eingekapselt. Auch schon der frühere Streit zwischen den Verfechtern der „Autonomie“ und den Anhängern der „Unabhängigkeit“, zwischen den Vertretern dieser oder jener „Orientierung“ gehört bereits zum überwundenen Standpunkt. Nur hier und da findet er noch einen schwachen Widerhall in einem beschränkten Kopfe. Und man kann sich der Hoffnung hingeben, daß künftighin schon alle Streitpunkte, und zwar vor allem im Königreich Polen, von der Bildfläche verschwinden werden. In dem politischen Leben dieses wichtigsten polnischen Landesteils vollzieht sich gegenwärtig eine schwere Krisis. Sie ist entstanden durch den Konflikt zwischen den Postulaten der Selbstständigkeit, die dort in demselben Maße steigen, wie die staatliche Organisation fortschreitet, und zwischen den militärischen Einschränkungen seitens der Okkupationsbehörden, die einen militärischen Charakter tragen. Daraus ergaben sich jetzt Schwierigkeiten, durch die eine heikle und keineswegs leichte Lage geschaffen wurde. Aber gerade darin ruht jenes Moment, das zur Festigung und Klärung unseres gegenseitigen Verhältnisses drängt. Denn in der harten Schule der täglichen Erfahrungen vollzieht sich jetzt schon eine Annäherung der einzelnen Parteien sowie auch der ganzen politischen Lager. So wird heute auch die Zurückhaltung der Gemäßigten (der Mittelpartei) dem Staatsrat gegenüber schon anders beurteilt, und es schwinden auch in der Praxis immer mehr die Unterschiede zwischen den „Aktivist“ und den „Passivist“. In dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung herrscht nämlich die Ansicht vor, daß sich jetzt alle politischen Lager um die oberste Gewalt im Königreich Polen konzentrieren müssen. Und das ist schon ein großer Fortschritt, ohne Rücksicht darauf, ob die praktischen Resultate und Errungenschaften auf dem Gebiete der Selbstständigkeit, von denen man jetzt spricht, bald realisiert werden oder nicht.

II.

Zu diesem Fortschritte hat zweifellos die Revolution in Rußland viel beigetragen, durch welche die politische Lage im Königreich Polen geklärt und vereinfacht wurde. Infolge derselben schwand nämlich vor allem jene Gefahr, die uns von Osten her drohte

und die trotz der Versprechungen des Zaren für unsere patriotischen Kreise noch immer bedrückend war. Es fiel jetzt eine wichtige Ursache zu Differenzen für unsere bedeutendsten politischen Richtungen fort, die im Grunde genommen in gleicher Weise um das Wohl des Landes besorgt, aber bezüglich unseres Verhältnisses zu Rußland bis dahin verschiedener Ansicht waren. Das russische Manifest vom 31. März (nicht vom 13. März, wie wir gestern irrtümlich mitgeteilt haben) brachte zwar keine tatsächliche Änderung in der politischen Lage des Königreichs Polen, weil Rußland über das polnische Gebiet nicht mehr verfügt, aber es zerschneidet das letzte staatsrechtliche Band, welches Polen an Rußland ketten und gab der polnischen Bevölkerung in Polen vollständig freie Hand.

So wurde die Grundlage zu einer politischen Konsolidierung der Polen im Königreich nur auf dem Fundament der Unabhängigkeit des polnischen Staates geschaffen. Infolgedessen wuchs aber selbstverständlich zugleich auch der Kritizismus bezüglich der bis dahin bestehenden politischen Verhältnisse und Institutionen und hauptsächlich bezüglich der unzureichenden Machtstellung des Provisorischen Staatsrates. Alle politischen Kreise waren jetzt fest davon überzeugt, daß eine Änderung in der politischen Lage eintreten müsse, als der Staatsrat mit seiner fiktiven Gewalt zu einer wirklichen Landesregierung umzugestaltet wäre. Es wurden auch kategorische Forderungen in diesem Sinne gestellt. Selbst der Staatsrat erkannte jetzt an, daß die bisherigen politischen Zustände nicht mehr zu halten seien, und er wählte, wie der „Kurjer Lwowski“ aus Warschau meldete, eine Kommission, die eine Denkschrift mit folgenden Forderungen ausarbeiten soll: 1. Erweiterung der Mitgliederzahl des Staatsrates bis auf 50, damit auch die polnische Rechte im Staatsrate ihre Vertreter habe; 2. Zustimmung zur Bildung eines polnischen Ministeriums, dessen Mitglieder Polen sein müßten und von dem Staatsrat zu wählen wären; 3. Abtretung der Staatsgewalt in Polen an dieses Ministerium; 4. Berufung eines Regenten auf den polnischen Thron, über dessen Person Verhandlungen anzuknüpfen wären; 5. Bildung einer polnischen Armee durch die neue Regierung (durch das neue Ministerium).

Diese Denkschrift soll durch besondere Delegierte des Staatsrates in Berlin und Wien überreicht werden. Man kann selbstverständlich nicht wissen, welches Resultat diese Bemühungen haben werden. Von seitens der öffentlichen Meinung in Deutschland hat sich darüber bis dahin, soweit uns bekannt ist, nur das „Posener Tageblatt“ geäußert. Es bekämpft, wie ja nicht anders zu erwarten war, diese Forderungen und meint, daß sie den Beweis dafür lieferten, daß die Polen keine realen(?) Politiker seien. Dieses deutsche Blatt ist auch der Ansicht, daß man die Polen, solange der Friede oder wenigstens ein Sonderfriede mit Rußland nicht geschlossen wäre, sich selbst nicht überlassen dürfe, denn das würde den Interessen der Okkupationsmächte zuwiderlaufen und könnte für die Polen selbst gefährlich werden.

Ob die Mittelmächte denselben Standpunkt vertreten, das wird sich erst herausstellen. Möge es aber kommen, wie es wolle, heute muß schon damit gerechnet werden, daß die ganze Volksgemeinschaft im Königreich Polen gegenwärtig in dem positiven Bestreben einig ist, die Realisierung des polnischen Staates zu beschleunigen. Das Königreich Polen fühlt sich heut schon als ein solcher Staat und möchte endlich anfangen, sich in der Fülle seines Staatslebens zu entfalten.

Daß, solange der Kriegszustand noch dauert, die Okkupationsmächte aus militärischen Rücksichten die Entfaltung wichtiger staatlicher Funktionen einschränken werden, ist ja erklärlich, und die polnische Volksgemeinschaft im Königreich Polen wird sich mit

der harten Notwendigkeit solcher militärischen Verordnungen, die im Interesse der Armee erlassen werden, auszuföhnen wissen. Aber das kann kein Hindernis dafür sein, die Aspirationen der Polen jetzt schon in dem Maße zu befriedigen, daß eine Grundlage für ein wirklich selbständiges Staatswesen geschaffen werde. Und die polnische Volksgemeinschaft im Königreich Polen verlangt jetzt schon tatsächlich eine Staatsgewalt — wenn auch vorläufig nur für das Gebiet der inneren Angelegenheiten, der Verwaltung, des Gerichtswesens, der öffentlichen Schulen usw. Allerdings ist das nicht leicht ausführbar, und man kann auch verstehen, daß die Okkupationsmächte mehr Nachdruck auf die Schwierigkeiten legen, die sich dabei bieten, als auf die Vorteile, die sich aus der Erfüllung jener Forderungen ebenso für das Land, wie für die Mittelmächte ergeben würden. Aber die Schwierigkeiten lassen sich doch beseitigen, und der einheitliche Wille der polnischen Volksgemeinschaft, die Leitung jetzt in ihre Hand zu nehmen, bietet eine bedeutende Bürgschaft dafür, daß diese Schwierigkeiten sich tatsächlich glücklich werden überwinden lassen.

Aus Nr. 57 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Mai 1917.

König oder Präsident?

Die große, internationale Polenfrage schreitet gegenwärtig mit großen Schritten vorwärts. Diese Angelegenheit steht jetzt wirklich so, daß das Volk sich die Frage vorlegen darf, ob in Polen ein König oder ein Präsident regieren, ob Polen ein monarchisch regierter Staat oder ein Freistaat sein soll wie Frankreich, Amerika, die Schweiz usw.

Das polnische Volk ist unserer Ansicht nach durchaus monarchisch gesinnt, und es wäre Polen ohne einen König nicht das Polen, welches sich das polnische Volk aus ganzer Seele wünscht.

In manchen Gemütern der städtischen Intelligenz spukt allerdings auch der Gedanke an einen Freistaat. Bei den Nationaldemokraten und deren Freunden findet dieser Gedanke ebenfalls Beifall und Unterstützung, ganz besonders auch bei den Freimaurern, die ja stets Feinde der Throne und noch mehr der Altäre waren. Auch der jüdischen und der umgetauften Intelligenz ist eine republikanische Regierung gleichfalls sehr erwünscht.

Allen diesen Elementen lächelt der Freistaat nicht etwa deshalb entgegen, damit er dem polnischen Staate Kraft verleihe, sondern vielmehr deshalb, weil sie in diesem Falle Hoffnung hätten, die Regierung in ihre Hände zu bekommen.

Ebenso wie heute in Frankreich eine Bande von Freimaurern, Rechtsanwälten, Doktoren und Redakteuren regiert, die den Franzosen den Glauben fast vollständig entrißen und die katholische Kirche in unerhörter Weise geknebelt hat, so möchten die Freimaurer in Gemeinschaft mit den Nationaldemokraten und sogar auch mit den Juden auch in Polen wirtschaften wollen.

Das würde natürlich vor allem die katholische Kirche unangenehm berühren, weil schon heute verschiedene Freigeister von der Schaffung einer nationalen Kirche träumen, oder von einer Losreißung von Rom, also von einer Veruntreuung gegen den Glauben unserer Väter.

Neuerdings hat die Posener „Gazeta Narodowa“ darauf hingewiesen, daß die nationaldemokratische Partei sich das Recht der Kontrolle über das Verhalten der Kirchenbehörden anmaße. Da kann man sich schon denken, wie solche Kontrolle seitens der Ungläubigen, der Freimaurer, der Atheisten und der im Glauben Gleichgültigen aussehen würde, also von Leuten, welche die Hauptpfeiler der nationaldemokratischen Partei sind.

Schon deshalb würde das polnische aufrichtig katholische Volk mit Rücksicht auf die katholische Kirche mit einer neuzeitlichen, freistaatlichen, republikanischen Regierung nicht einverstanden sein. Das polnische Volk will die französischen Verhältnisse nicht haben! Das polnische Volk will einen gut katholischen König und einen aufrichtigen Vormund der katholischen Kirche haben, wie es die polnischen Könige gewöhnlich waren. Außerdem will das polnische Volk auch eine erbliche Monarchie. Denn mit den Wahlen der Könige hat Polen die aller schlimmste Erfahrung gemacht. Die Wahlen der Könige haben verschiedenen Mächten, ganz besonders den benachbarten, den Anschein des Rechts auf eine Einmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten gegeben, was dann mit jenem abscheulichen Verbrechen, der sogenannten Teilung Polens, endigte. Das polnische Volk darf es nicht dulden, daß derartige schreckliche Ereignisse der Vergangenheit sich wiederholen. Es darf nicht zugeben, daß sich zukünftig irgendwelche Mächte in polnische Angelegenheiten einmischen; es will vollständig frei und unabhängig sein. Denn sonst könnte es einst eine erneute Teilung erleben.

Polen zieht also aus seiner Geschichte außer verschiedenen anderen Lehren die Lehre, daß es eine kräftige erbliche Monarchie haben müsse, so wie sie die Konstitution vom 3. Mai vorgeesehen hatte, und daß es sich vor der Wählbarkeit seiner Könige hüten müsse. Noch weniger darf es daran denken, für einige Jahre Präsidenten zu wählen, wie das z. B. in Amerika geschieht. Das würde erbitterte innere Kämpfe mit sich bringen, weil doch jede Partei darnach trachten würde, den Präsidenten aus ihrem Schoße zu wählen. Diese inneren, sich nach einigen Jahren wiederholenden Kämpfe um den Präsidenten müßten die Aufmerksamkeit des Volkes von seinen allerwichtigsten Aufgaben ablenken, nämlich von der Aufgabe der Errichtung und des Ausbaues eines mächtigen polnischen Staates. Und mächtig muß der polnische Staat sein, wenn er nicht — wie er es unmittelbar vor den Teilungen war — der Schauplatz der Intriguen fremder Mächte sein will.

Wer Polen also wirklich liebt, der wird für dasselbe nicht republikanische Regierungen und Präsidenten, sondern kräftige königliche Regierungen und erbliche Könige wünschen.

Der erste polnische König müßte natürlich durch vollständig freie Wahlen seitens der gesamten Bevölkerung des Königreiches Polen gewählt werden, er darf dem Volke nicht, wie das verschiedene Leute wünschten, aufgedrungen werden.

Dem ganzen polnischen Volke wäre es am liebsten, wenn in Polen ein Piast oder Pole die Herrschaft übernehme. Wenn das nicht möglich sein sollte, dann müßte eine fremde Person in Frage kommen. Abgesehen waren ja auch die Jagiellonen, die Familie Wasa und Stefan Batory Fremde.

Jedenfalls dürfte aber nur solch eine fremde Person gewählt werden, die schon längere Beziehungen mit dem polnischen Volke verbinden und die sich heute der Achtung des polnischen Volkes erfreut.

Am lautesten wurde in letzterer Zeit im Königreiche Polen der Name des österreichischen Erzherzogs Karl Stefan genannt. Auch wir haben hiervon bereits in der „Gazeta Grudziadzka“ gesprochen, und in Warschau wird sogar schon ein polnischer König Stefan II. genannt.

Der Erzherzog Karl Stefan spricht gut polnisch, seine Kinder ebenfalls. Zwei seiner Töchter sind an Polen verheiratet, eine an den Fürsten Franz Radziwill in Galizien und die zweite an den Fürsten Olgierd Czartoryski in der Provinz Posen. Es kann also sehr leicht sein, daß Karl Stefan wirklich König von Polen wird. Die allernächste Zeit wird es ja zeigen.

Jedenfalls steht fest, daß die Regentenschafts- bzw. Königs-Frage im Königreiche Polen, sowie die über-

gabe der Regierung in polnische Hände gegenwärtig auf die Tagesordnung gesetzt ist und in nächster Zeit erledigt werden wird.

Die ganze internationale Polenfrage wird also um einen großen Schritt vorwärts kommen.

Aus Nr. 108 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 13. Mai 1917.

„Wir wollen...“

Wir fordern...

In Nr. 106 unseres Blattes haben wir die Jubiläumsfeier des 3. Mai in Lemberg geschildert. Wir haben damals auch den Aufruf mitgeteilt, der aus Anlaß dieser Feier an die Stadtmauern von Lemberg angeschlagen worden ist.

In diesem Aufruf fand man die folgenden schönen und warmen Worte:

„Wir wollen keine Wiederholung der mißlungenen Versuche, wir wollen also kein Großherzogtum Warschau und kein Kongresspolen haben, sondern:

Wir verlangen ein ungeteiltes, starkes, unabhängiges Polen!

Wir wollen alle diesem Polen angehören!

Wir wollen nur einer polnischen Regierung gehorchen!

Wir verlangen unsere eigene polnische Armee!

Wir wollen, den Überlieferungen unseres großen Reichstages getreu, uns selbst eine Regierung wählen und uns selbst Gesetze schreiben!

Wir wollen selbst über uns bestimmen!

Wir fordern ein selbständiges Polen!“

Diese schönen Worte bringen nicht allein die Wünsche der Bewohner von Lemberg zum Ausdruck. Der ganze Aufruf enthält jedoch außer dem Glauben, daß unsere überlieferten Tendenzen in Erfüllung gehen werden und Polen wiederaufgebaut werden wird, nichts als wohlklingende Wünsche.

Insofern ist er auch charakteristisch für die politische Ausbildung des überwiegenden Teils der polnischen Volksgemeinschaft. Er ist so recht bezeichnend für die Art, wie der Wiederaufbau des polnischen Staates von einem Teil des polnischen Volkes aufgefaßt wird.

Er enthält nämlich eine ganze Reihe von Wünschen und weitgehenden Forderungen, von sehnstüchtigen Wünschen und Lojungen, — aber er läßt doch eine Kleinigkeit vermissen, nämlich die Betonung der Tat, welche zur Verwirklichung aller dieser Wünsche erforderlich ist.

„Wir wollen...“

„Wir fordern...“

Diese Worte sind recht bezeichnend nicht nur für die politischen Verhältnisse in Galizien und im Königreich Polen, sondern auch bei uns, in unserem preussischen Landesteil. Es hat fürwahr den Anschein, als ob wir infolge der langjährigen, drückenden Knechtschaft jedes Verständnis dafür verloren hätten, daß es durchaus der Tat und der Mitwirkung von unserer Seite bedarf, wenn unsere Wünsche nicht eine bloße Utopie und ein leerer Traum für alle Zeiten bleiben sollen. Die Welt würde nämlich auch heute noch von Polen und von uns Polen nichts wissen wollen, wenn nicht der Heldennut unserer Legionen und die aufopfernde Arbeit einzelner Männer diesseits und jenseits der Kampfesfront von unserer Existenz Zeugnis abgelegt hätten.

Denn heute hat in der Welt der bloße Romanismus keinen Wert.

Heute, wo Riesen gegeneinander kämpfen, können nur die Kraft und die Tat überzeugend wirken. So hätten bis jetzt weder die Mittelmächte, noch Wilson,

noch das neue Rußland, noch auch die falsche Koalition sich mit der Unabhängigkeit Polens befaßt, wenn nicht unsere bis vor kurzem numerisch schwachen Aktivisten in dieser Hinsicht vorgearbeitet hätten.

„Wir wollen...“

„Wir fordern...“

Nur so weit haben es unsere Neutralisten und Nationaldemokraten zu bringen vermocht, die dieses „herrliche“ Programm noch durch den Rat zu ergänzen suchten: „Ruhig sitzen und sich passiv verhalten...“

Der Gang der Ereignisse hat sich aber stärker erwiesen, als das Programm dieser Leute. Wir wollen sie dafür nicht verantwortlich machen, aber sie sollten jetzt, nachdem sie ihren taktischen Fehler erkannt haben, als vernünftige Politiker wenigstens die Aktivisten in ihrer Arbeit nicht mehr stören.

Wenn wir doch endlich alle lernen möchten, alles das nüchtern zu beurteilen, was vor uns und um uns vorgeht! Unsere besten Wünsche werden nämlich niemals in Erfüllung gehen, wenn wir nicht imstande sein werden, sie mit der entsprechenden Kraft und Tat zu stützen. Jede Passivität ist nur die Regierung jedweder Kraft, zum mindesten jeder schöpferischen, aufbauenden Kraft. Wer also zur Passivität seine Zuflucht nimmt, der verzichtet schon im voraus auf alle Vorteile und Aussichten für seine Zukunft. Deshalb ruht auch unser künftiges Heil nur in der Aktivität, und zwar in einer solchen Aktivität, die den Wünschen unserer Gemeinschaft und unseres Volkes entspricht.

Erst dann wird die Welt unsere Wünsche anerkennen müssen, denn sie wird die Überzeugung gewonnen haben, daß das polnische Volk auch zur Zeit der größten Katastrophe durch Einigkeit und Eintracht stark es verstanden hat, sein „Wir wollen... wir fordern...“ mit der Tat zu bekräftigen. (L.)

Aus Nr. 28 der Prawda (Posen)

vom 10. Mai 1917.

Zwei entgegengesetzte Richtungen und ein gemeinsames Ziel.

Es ist allgemein bekannt, daß die Herren Hattisten sich allen Erleichterungen widersetzen, die uns Polen nach der Gerechtigkeit, sowie nach dem natürlichen und übernatürlichen Recht zukommen. Diese Herren kümmern sich nämlich auffallenderweise um alle polnischen Angelegenheiten, und zwar angeblich „im Interesse des unterdrückten Deutschtums“. Aber wir wissen schon, welches „Interesse“ die eigentliche Triebfeder dieser Tätigkeit der Hattisten ist, und deswegen haben wir uns schon allmählich daran gewöhnt, alle Kundgebungen aus diesem Lager als etwas ganz Alltägliches hinzunehmen. Und wir würden auch heute die Kundgebung eines hervorragenden Hattisten hier gar nicht berühren, wenn wir in derselben nicht eine geistige Verwandtschaft mit jener Aktion fänden, welche von einer gewissen polnischen Gruppe oder Partei schon seit dem Anfange des Krieges betrieben wird.

Es hat nämlich neulich in einer großen Versammlung der Konservativen in Berlin der bekannte alldeutsche Abgeordnete Dietrich Hahn eine Rede gehalten, in der er u. a. Folgendes sagte:

„— Man muß hier auch ein offenes Wort über Polen sagen. Wir beneiden die russischen Polen nicht, daß sie jetzt in nationaler Hinsicht mitwirken können; das konnten übrigens auch die preussischen Polen tun, insofern sie unsere staatlichen Notwendigkeiten anerkannten. Aber ist denn nicht für die Erlösung dieser Polen vom russischen Joch deutsches Blut geflossen? Haben wir insgedessen jetzt nicht ein Anrecht wenigstens auf einen Teil jenes weiten

Gebietes, welches wir mit unserem eigenen Blut getränkt haben? (Lebhafte Zustimmung.) Diese Ausfichten sind aber jetzt für alle Zeiten geschwunden. Das Blut unserer Brüder ist umsonst geflossen! Wir hätten den Begriff der Nationalität anders fassen müssen; wir hätten den Polen eine eigene Armee und eine sich darauf stützende auswärtige Politik nicht zuerkennen sollen. Was hätte dazu der alte Fürst Bismarck gesagt? Wir haben den Polen das Königreich Polen ohne jede Garantie für das Deutschland in Polen geschenkt. Mögen die Polen Polen, die Litauer Litauer und die Letten Letten bleiben, aber ein Platz für die Deutschen in einem erweiterten Vaterlande ist doch noch wichtiger, als die Kolonialpolitik allein, wenn dieselbe auch für unsere Existenz notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

So weit Herr Dietrich Hahn.

Der immer kriegerisch gestimmte Herr Hahn, von dem man übrigens hätte mehr erwarten können, wiederholt hier nur die alten, bis zum Überdruß bekannten „hakatistischen Gebote“, auf die zu antworten sich überhaupt nicht verlohnt. Deswegen möchten wir diesen Herrn jetzt nur daran erinnern, daß er sich nicht wenig irrt, wenn er behauptet, daß die Polen im preussischen Landesheil „sich in nationaler Hinsicht entwickeln konnten“. Überdies scheint aber Herr Hahn auch kein besonders guter Rechenmeister zu sein, denn wo er das deutsche Blut in sein Kalkül zieht, vergiftet er vollständig das vergossene polnische Blut. Herr Hahn muß nämlich ebenso wie seine Leute wissen, daß in der deutschen Armee mindestens jeder zehnte oder zwölfte Mann Pole ist. Und wir wissen alle auch ganz gut, daß die polnischen Soldaten nicht etwa hinter die Front gesteckt wurden, sondern daß kein Unterschied zwischen einem Polen und einem Deutschen gemacht worden ist und daß also gerade hier uns Polen ausnahmsweise gleiche Rechte mit den Deutschen und Gleichberechtigung — im Versprechen des eigenen Blutes zugestanden wurden. Es floß also nicht deutsches Blut allein für die Befreiung Polens vom russischen Joch, und nicht deutsches Blut allein floß und fließt heute noch auf den Schlachtfeldern in Belgien, Frankreich, in den Karpathen, in Galizien, in der Bukowina, in Rumänien, in Serbien, in Montenegro, in den Alpen, auf der See, und weiß Gott noch wo. Nicht weniger wird dort verhältnismäßig auch polnisches Blut vergossen.

In der Rede des Herrn Hahn fällt aber außerdem noch besonders seine Äußerung über die polnische Armee auf. Herr Hahn wünscht nämlich eine solche Armee nicht. Es ist wohl aber nicht anzunehmen, daß er es aus Besorgnis davor tut, als könnte wieder polnisches Blut fließen. Eine solche Weichherzigkeit ist ihm sicher nicht zuzumuten. Ihm kommt es nämlich auf etwas ganz anderes an. Es weiß nämlich dieser Herr Hahn ganz gut, daß eine polnische Armee durchaus notwendig ist, wenn Polen als Staat überhaupt eine Bedeutung haben soll. Und das gerade möchte Herr Hahn verhüten. Sein Wunsch ist es, daß Polen als Staat möglichst schwach bleibe, damit es dann im Sinne der Hakatisten um so leichter kommandiert werden könnte. Dazu wird es aber nicht kommen, denn andere Leute, als Herr Hahn, arbeiten jetzt daran, daß ebenso im Interesse Polens selbst, wie im Interesse der Mittelmächte eine möglichst starke polnische Armee gebildet werde.

Wunderbarerweise begegnen sich hier zwei entgegengesetzte Richtungen in einem Ziele; denn eine polnische Armee entspricht nicht nur nicht den Wünschen der Hakatisten, sondern sie entspricht ebensowenig den Wünschen — gewisser Polen . . .

Als nämlich die über die Zukunft Polens klar denkenden Polen das Verlangen nach einer solchen

Armee stellten, da erhob sich sofort, wie das bei uns leider gewöhnlich der Fall ist, eine Gegenpartei, die sich diesem Verlangen widersetzte. Es waren dies dieselben Leute, welche die Parole ausgaben, man solle „nichts tun, sondern ruhig sitzen, denn — das Beste käme auch ohne Arbeit.“ Diese Leute gleichen natürlich denjenigen, welche nicht säen und nicht pflügen, aber doch ernten wollen. Sie würden jedoch, wenn alles nach ihrem Sinne gehen sollte, nicht, wie des Himmels Vöglein, eine gesunde Saat, sondern Enttäuschung und Bitterkeit ernten. Und sie würden dann auch, selbstverständlich zu spät — nur das alte Sprichwort wieder wahr machen: „Durch Schaden wird der Pole klug.“ Denn was würde die Welt von uns sagen, wenn wir für unser kostbarstes Gut, für unsere Freiheit nicht zu den Waffen griffen, wie es unsere Väter zu tun pflegten?! Wir wären ja des Namens „Polen“ nicht wert, wenn wir unsere Freiheit aus der Hand eines Fremden — ohne eigene Betätigung, und nur „durch ruhiges, müßiges Sitzenbleiben“ erlangen wollten. Was würde das überhaupt für eine Freiheit sein? Sicherlich wohl nur eine solche, wie sie uns Herr Hahn, die deutschen und die — russischen Hakatisten gönnen möchten.

Aber eine solche Freiheit wollen wir nicht haben. Ein Volk nämlich, das wirklich ein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit gewinnen will, muß sich dieses Recht mit der Waffe in der Hand und nicht durch „Untätigkeit“ und durch „Abwarten“ erkämpfen. Das Abwarten können wir den Juden überlassen. Wir selbst haben aber hoffentlich noch so viel polnisches Blut im Leibe und vor allem noch so viel ritterlichen Sinn in unserer Brust, daß wir nicht erst abzuwarten brauchen, bis unsere Erlösung von selbst kommt. Und unser Erlösungswerk wird am besten durch eine starke polnische Armee vollführt. Deswegen sind also alle diejenigen vollständig im Unrecht, die uns den Rat erteilen möchten, daß wir „nichts tun und ruhig sitzen“ sollen.

Dieser Rat entspricht den Wünschen der Hakatisten, und das allein beweist klar und deutlich, daß er entschieden schlecht und der Sache Polens schädlich ist.

Denn wann und wo haben uns die Hakatisten Gutes gewünscht? Deswegen ist es Zeit, daß auch diejenigen unter den Polen, welche sich bis dahin für das Nichtstun entschlossen haben, ihren bisherigen Standpunkt verlassen, denn schon das Auftreten des Herrn Hahn allein müßte ihnen jetzt zeigen, daß sie sich nicht auf dem richtigen Wege befinden. Mit den Hakatisten dürfen wir nichts gemein haben.

Deswegen ist uns auch jetzt — das muß jeder, der sein Vaterland liebt, einsehen, — eine polnische Armee unbedingt notwendig.

Aus Nr. 56 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 10. Mai 1917.

Die Aufhebung des Enteignungsgesetzes.

Der Entwurf über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes ist, wie wir hören, dem Kaiser und König von Preußen bereits vorgelegt worden. Dieser Entwurf wird alsbald aus dem Hauptquartier zurückkommen und sodann dem Herrenhause vorgelegt werden.

Wir bedauern es, daß die Regierung die Vorlegung dieses Entwurfes nicht mehr beschleunigt hat, so daß der Landtag das Enteignungsgesetz noch vor seiner Vertagung hätte annehmen können. Die Bearbeitung dieses Entwurfes ist doch kein Kunststück und erfordert auch nicht viel Zeit.

So, wie die Sachen jetzt stehen, kann das polnische Volk auf die Aufhebung des Enteignungs-

gesetztes bis zum Oktober warten. Denn wenn das Herrenhaus auch die Aufhebung dieses Gesetzes beschließt — und das wird es sicher tun —, dann muß das Abgeordnetenhaus diesen Beschluß bestätigen. Und das kann erst im Oktober erfolgen, weil der Landtag sich bis Mitte Oktober vertagt hat. Schade!

Aus Nr. 182 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 13. Mai 1917.

Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nach Aufhebung der reichsgesetzlichen Beschränkungen betreffend die geistlichen Ordenskongregationen auch der preußische Staat seine einschlägigen Sonderbestimmungen weichen lassen. Zum Schluß führt das Blatt folgendes aus:

„Angesichts dessen besteht kein Hindernis, daß die einseitigen Ursulinerinnen, die Herz-Jesuschwestern zu uns zurückkehren; es steht nicht hindernd im Wege, daß sich bei uns auch z. B. Benediktiner niederlassen. Auch die Jesuiten können zurückkehren, sobald sie sich auch mit Seelsorge befaßen.

Werden sie zurückkehren? Wir sind davon überzeugt, daß in den Provinzen des preußischen Staates baldigst Jesuitenniederlassungen entziehen werden; wir nehmen an, daß Westfalen und Rheinland entsprechende Schritte tun werden. Wir geben uns der Zuversicht hin, daß die so vielfach auch den Polen und nicht nur den Deutschkatholiken gegenüber bekundete Neuorientierung uns auch auf dem Gebiet der Organisation der Mönchsorden in unseren Diözesen gewisse Gewinne bringen wird. Es handelt sich momentan um die Feststellung der Tatsache, daß wir ungeachtet der bestehenden preußischen Gesetzgebung auf die Rückkehr der Orden auch in unsere Diözesen rechnen können und dürfen, und wir sind überzeugt, daß Preußen, da es die Aufhebung der einschränkenden Reichsgesetzgebung veranlaßt hat, unfehlbar einen Schritt weitergehen und die eigene Gesetzgebung einer erneuten Revision unterziehen wird, die für die katholische Bevölkerung ohne Ausnahme wohlwollend sein wird. Dann wird die Angelegenheit der Rückkehr reifen. Erhalten sollten wir augenblicklich wenigstens das, was wir durch den Kulturkampf eingebüßt haben, vielleicht also auch die einstigen Karmeliterinnen, die aus Posen nach Krakau ziehen mußten.“

Aus Nr. 108 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 13. Mai 1917.

Zur Zurückversetzung der polnischen Beamten aus der Fremde.

Von der Frau eines polnischen Beamten in der Fremde erhalten wir folgendes Schreiben: „Mein Mann wurde vor Jahren ebenso wie so viele andere polnische Beamte in eine ganz deutsche und protestantische Gegend versetzt. Diese Polen, von denen gar mancher schon seinen Sohn im Felde verloren hat, möchten jetzt von Herzen gern in ihre Heimat zurückkehren. Die preußische Regierung erklärt nun, daß sie nicht mehr die Absicht habe, die antipolnische Politik fortzusetzen. Wäre es deshalb nicht angebracht, daß diese polnischen Beamten, und vor allem diejenigen unter ihnen, welche empfindliche Verluste erlitten haben, unverzüglich in ihre heimatlichen Gegenden zurückversetzt werden?“

Dieses Verlangen erscheint uns sehr gerechtfertigt. Deswegen empfehlen wir diese Angelegenheit aufs wärmste der Aufmerksamkeit unserer Abgeordneten.

Daß jetzt von seiten unseres Volkes Ansprüche auf Grund der Neuorientierung erhoben werden, ist eine erfreuliche Erscheinung. Denn das beweist, daß immer weitere Kreise der polnischen Volksgemeinschaft die Neuorientierung ernst nehmen. Und eine ruhige Darstellung der Sachlage zeugt angesichts der langjährigen entgegengesetzten Richtung in der polnischen Politik und angesichts der vielen Überraschungen auf diesem Gebiete von einem beachtenswerten Umschwung in den Anschauungen unseres Volkes.

Wir zweifeln auch nicht daran, daß die preußische Regierung, nachdem sie bereits alle bis jetzt noch bestehenden Schwierigkeiten überwunden hat, an die Realisierung dieser gerechten Forderungen trotz der gegenwärtigen Kriegsjahre herantreten wird. Unsrerseits müssen wir jedoch auch etwas Geduld walten lassen, denn das neue System läßt sich doch nicht auf allen Gebieten von heute auf morgen durchführen.

Das bezieht sich vor allem auf die Zurückversetzung der polnischen Beamten in ihre heimatlichen Gegenden.

Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß heute bei allen Behörden noch ein gewaltiger Mangel an Arbeitskräften herrscht und daß infolgedessen eine massenhafte Zurückversetzung der polnischen Beamten in ihre heimatlichen Gegenden zurzeit physisch unmöglich ist.

Auf die Erfüllung ähnlicher berechtigter Wünsche, wie sie in dem erwähnten Schreiben zum Ausdruck kommen, verzichten wir natürlich nicht, aber wir wollen auf ihre Verwirklichung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse ruhig warten. Es liegt selbstverständlich im Interesse ebenso des einen wie des anderen Teiles, daß sie möglichst bald erfolge.

Aus Nr. 106 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. Mai 1917.

Ein Beitrag zur Neuorientierung.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Angesichts des wiederholten Versprechens des preußischen Ministeriums, daß die Ausnahmegesetze jetzt nachsichtig angewandt bzw. suspendiert werden sollten, und angesichts der Mahnungen unserer parlamentarischen Fraktionen, man solle jetzt Anträge um Erteilung der Bauerlaubnis überall da stellen, wo bis dahin keine Aussicht vorhanden war, eine solche Erlaubnis zu erlangen, habe ich am 16. November 1916 der hiesigen Baupolizei ein Gesuch um Erlaubnis zum Bau eines Vereinshauses für die hiesige Pfarrgemeinde eingereicht. Die Baupolizei hat nämlich noch im Jahre 1913 kurz vor dem Ausbruch des Krieges ein solches Gesuch mit der Begründung abgewiesen, daß der Bau eines Vereinshauses den Zielen der Ansiedlungskommission zuwiderlaufe. Das Vereinshaus sollte, nebenbei gesagt, dicht an der Stadt und eigentlich in der Stadt selbst, d. h. an der Ecke einer Straße aufgeführt werden, die auf der einen Seite bebaut ist. Deswegen war in diesem Falle auch die Anwendung der Ansiedlungsnovelle vollständig unbegründet. Durch den Ausbruch des Krieges wurde ich jedoch verhindert, die Sache auf dem Instanzenwege durchzuführen. Nach halbjährigem Warten habe ich jetzt nun endlich folgende Antwort erhalten:

„Dem Antrage vom 16. November 1916 um Erteilung einer Bauerlaubnis zum Bau eines Vereinshauses kann nicht stattgegeben werden, da neue abändernde Vorschriften des Ansiedlungsgesetzes vom 10. August 1914 bisher nicht ergangen sind. Die Mappe mit 22 Zeichnungen folgt anbei zurück.“

Pleschen, den 2. Mai 1917.

Die Polizeiverwaltung.
Unterschrift.“

Die hiesige Ortspolizei hat diese Verfügung offenkundig nicht auf eigene Faust erlassen, sondern sie hat die Sache zweifellos zur Entscheidung nach Posen geschickt. Dort scheint man aber von den Versprechungen des Herrn Ministers und von der Neuorientierung nichts zu wissen, obwohl ich mich in meinem Gesuche auf die betreffende Rede des Herrn Ministers im Abgeordnetenhaus ausdrücklich berufen hatte.

Niesiolowski, Pfarrer.

Wir empfehlen diese Angelegenheit der Aufmerksamkeit unserer Abgeordneten; es ist aber möglich, daß die Zentralbehörden in Berlin jetzt schon eine andere Entscheidung in dieser Sache veranlassen werden, zumal in den Regierungspräsidentenstellen ebenso in Posen wie in Bromberg ein Personenwechsel stattfinden soll.

Aus Nr. 28 der Prawda (Posen)
vom 10. Mai 1917.

Das Blatt führt die Beteiligungsziffern einzelner preussischer Provinzen an der

Hindenburgspende

an und setzt folgendes hinzu:

„...Berücksichtigt man das Zahlenverhältnis zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung im Großherzogtum Posen, dann darf man bestimmt behaupten, daß das Ergebnis im Großherzogtum Posen ein so glänzendes gewesen ist dank der Opferwilligkeit des polnischen Volkes. Wie sehen angesichts dessen die Vorwürfe des Hauptvorstandes des katolischen Vereins aus, die dieser in Sachen der Lebensmittellieferung gegen die polnische Bevölkerung erhoben hat? Was meint Ihr dazu, Ihr Herren Katolisten? Es verlohnt sich obige Ziffern zu merken.“

Aus Nr. 56 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 10. Mai 1917.

Der hl. Vater hat selbst gesprochen

und damit gezeigt, daß die „Gazeta Grudziadzka“ recht hatte, als sie von unseren Abgeordneten-Fractionen verlangte, für den Schutz des hl. Vaters einzutreten.

Unsere Leser werden sich dessen noch erinnern, daß es sehr schwer hielt, die Abgeordneten-Fractionen zum Eintreten für den Schutz des hl. Vaters zu veranlassen. Zwei Jahre lang haben wir an diese Sache erinnern müssen. Die national-demokratische Partei hat unsern Bestrebungen fortwährend Hindernisse in den Weg gelegt, und deren Zeitungen, wie z. B. der „Kurjer Poznański“, der „Dziennik“, der „Dziennik Kujawski“ und die „Gazeta Poznańska“, haben die Arbeit ihrer Partei natürlich unterstützt.

Eigentlich wundern wir uns in dieser Beziehung über die national-demokratische Partei nicht sehr, weil das ja keine katholische Partei ist. Darf man aber von nicht katholischen Parteien erwarten, daß sie sich des hl. Vaters in seiner schwierigen und traurigen Lage annehmen werden?

Zu den Gründern der national-demokratischen Partei gehörten, wie allgemein bekannt, Freimaurer, und deren oberen Behörde gehören auch heute noch Freimaurer an. Und wie ebenfalls bekannt ist, sind die Freimaurer die wütendsten Feinde der katholischen Kirche und auch die wütendsten Feinde des apostolischen Stuhles, und somit auch des Stellvertreters Christi. Und die italienischen Freimaurer sind bekanntlich die Urheber der an dem hl. Vater und dem Kirchenstaate verübten Gewalttätigkeiten. Kein Wunder also, daß die Freimaurer nur ungern auf den Schutz der Rechte des hl. Vaters sehen.

Zu der national-demokratischen Partei gehören auch Leute, die Gott nicht anerkennen, Ungläubige und Atheisten. Man darf wohl sagen, daß alle Ungläubigen und Atheisten und die im Glauben Gleichgültigen unserer polnischen Volksgemeinschaft des preussischen Teilgebiets der national-demokratischen Partei angehören, so daß man sie mit Recht die Partei der Atheisten, der Ungläubigen und der im Glauben Gleichgültigen nennen darf, obgleich zu ihr auch der eine oder der andere Katholik gehört, der nicht weiß, was das für eine Partei ist und welche Ziele sie verfolgt.

Wie kann man sich also noch wundern, daß die National-Demokraten unsere Abgeordneten-Fractionen von ihrem Eintreten für den Schutz des hl. Vaters zurückhalten wollen!

Die national-demokratischen Zeitungen haben hierüber allerhand mögliche und unmögliche Sachen geschrieben. Bald schrieben sie, daß die Polen wichtigere Sachen zu tun hätten, als sich mit dem Papste zu befassen. Bald schrieben sie, daß die Verührung der römischen Frage die Lage des hl. Vaters verschlimmern würde. Schließlich fand sich sogar ein angeblich gut unterrichteter politischer Weiser, der es wagte, in den Spalten des „Dziennik Kujawski“ zu behaupten, daß der apostolische Stuhl sich einen Schutz seitens der gesetzgebenden Körperschaften garnicht wünsche.

Jene Zeitungen haben die „Gazeta Grudz.“ deshalb wiederholt scharf angegriffen, daß sie von unseren Abgeordneten beharrlich Stellungnahme in der römischen Frage zu Gunsten des Papstes verlangte.

Die „Grudz.“ aber hat sich daraus wenig gemacht und veranlaßt, daß sich unsere Fractionen des heiligen Vaters angenommen haben. Der hl. Vater aber war über dieses Auftreten hoch erfreut und bekundete hierüber seinen Dank.

Im April hat der Abgeordnete Dr. Porich von dem Nuntius aus München einen Brief folgenden Inhalts erhalten:

(Es folgt der auf Seite 826 des Gesamtüberblicks übersehte Brief der päpstlichen Nuntiatur.)

Das war der Wortlaut des Briefes der Münchener Nuntiatur.

Eine Abschrift dieses Briefes hat der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses unserem Abgeordneten, Pfarrer Syczynski, überreicht.

Die Nuntiatur teilt also mit, daß der hl. Vater über das Auftreten der Abgeordneten, die sich seiner angenommen haben, seiner Freude Ausdruck verleihen und dafür von ganzem Herzen danke. Was werden die Herren National-Demokraten jetzt dazu sagen?

Wir hoffen, daß unsere Abgeordneten-Fractionen der „Gazeta Grudziadzka“ jetzt dafür dankbar sein werden, daß sie dieselben veranlaßt hat, sich des heil. Vaters anzunehmen.

Wenn unsere Abgeordneten die Stimme der „Gazeta Grudz.“ mehr beachtet hätten, dann wäre auch in anderen Sachen so manch ein Fehler nicht vorgekommen. Möge ihnen das aber eine Lehre sein, daß die „Gazeta Grudz.“ gute Ratschläge gibt. Mögen unsere Abgeordneten — wenn auch jetzt noch — hin und wieder einen guten Rat befolgen und mögen sie sich nach den Ansichten und Ratschlägen der national-demokratischen Zeitungen nicht richten, denn aus diesen wird man weder für die Kirche noch für das Volk etwas Gutes entnehmen.

Mögen unsere Abgeordneten dessen sicher sein, daß wir ihre Verdienste gern und bei jeder Gelegenheit anerkennen werden. Ebenso müßten wir aber auch etwaige Fehler rügen.

Wie bekannt, wollen wir unseren Lesern zum Andenken an das Auftreten unserer Fractionen zum Schutze des hl. Vaters ganz unentgeltlich ein großes, schönes Bild unseres liebevoll regierenden hl. Vaters Benedikts XV. geben. Der Maler sollte die Arbeit

bis zum Anfange des Monats Mai vollendet haben. Eins dieser Bilder haben wir auch schon besichtigt. Da es aber schlecht geraten war, haben wir es zurückschicken müssen; denn wir wollen unseren Lesern doch schöne und wertvolle Bilder bieten. Daher müssen wir auf die Fertigstellung der Bilder warten, bis ein anderer Maler etwas Besseres leistet — und das kann unter den gegenwärtigen Umständen leider noch einige Wochen oder gar Monate dauern.

Aus Nr. 30/31 der Prawda (Posen)
vom 12./13. Mai 1917.

Ein unbequemes Dokument des heiligen Vaters.

Als wir in Nummer 28 der „Prawda“ von der Ehrung Mitteilung machten, die dem Abgeordneten Pfarrer Stryczynski von seiten des apostolischen Stuhls zuteil geworden ist, da beschränkten wir uns absichtlich und mit Überlegung auf die kurze und trockene Form, in welche diese Mitteilung gekleidet war. Da der Schlusssatz der Mitteilung in allen polnischen Zeitungen in und außerhalb Posen, soweit sie sich in unserem Besitze befinden, gleichlautet, ist anzunehmen, daß die Mitteilung von der Ehrung, die dem Abgeordneten Pfarrer Stryczynski widerfahren ist, derselben Quelle entstammte. Dieser Absatz lautet wörtlich:

„Bekanntlich hat unser Abgeordneter Pfarrer Stryczynski, als er im Landtage in der römischen Frage gesprochen hat, dem heiligen Vater heißen Dank für die Liebe und Obhut dargebracht, mit der er im gegenwärtigen Kriege die polnische Nation umgibt.“

Beim Durchlesen dieses Zusatzes mußte der Leser der Posener Zeitungen die Überzeugung gewinnen, daß der heilige Vater dem Pfarrer Stryczynski seinen Segen hauptsächlich deshalb erteilt habe, weil der Abgeordnete „dem heiligen Vater heißen Dank für die Liebe und für die fürsorgliche Obhut dargebracht habe, womit er im gegenwärtigen Kriege die polnische Nation umgeben hat.“

Augenscheinlich handelte es sich den Posener Zeitungen darum, daß ihre Leser eine solche Überzeugung bezüglich des Grundes gewinnen sollten, der den heiligen Vater zur Erteilung des Segens bewogen habe. Was läge darin für ein Zweck, die Angelegenheit des Segens des heiligen Vaters nur in einem solchen Lichte darzustellen? Sollte der heilige Vater dem Pfarrer Stryczynski seinen Segen nur für den „heißen Dank“ erteilt haben?

Wenn wir die ganze Sache prüfen, um die es sich in diesem Falle handelt, dann werden wir uns davon überzeugen, daß der heilige Vater den Pfarrer Stryczynski nicht nur für den „heißen Dank“ ausgezeichnet hat. Wir bezweifeln sehr, daß dem heiligen Vater an einem „heißen Dank“ von irgend einer Seite her so sehr gelegen war. Was der heilige Vater für das Polenvolk tat und tut, das geschah aus seiner tiefen väterlichen Liebe heraus, in der er für unser Volk entbrennt, hingegen wahrscheinlich nicht deshalb, weil ihm an einem „heißen Dank“ gelegen wäre.

Am 13. März sprach im preußischen Landtage das Zentrumsmitglied Pfarrer Dr. Kaufmann in der römischen Sache, und er hob in seiner Rede hervor, daß die Katholiken Preußens mit großer Sorge die Lage des heiligen Vaters in Rom betrachteten. Weiter bemerkte Dr. Kaufmann, daß die Katholiken Preußens über die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes wachten und gegebenenfalls mit voller Energie für ihn eintreten würden. Nach dem Zentrumsredner ergriff ein polnischer Redner, der Pfarrer Stryczynski, das Wort, indem er feststellte, daß „auch seine politischen Freunde der Ansicht seien, daß die gegenwärtige Lage, in der sich das Haupt der katholischen Kirche befinde, seiner Würde und seiner hohen Sendung nicht ent-

spreche. Es sei selbstverständlich, daß die Polen als treue Katholiken alle Wünsche des heiligen Vaters unterstützen würden, die auf die Gestaltung seiner Lage abzielten. Redner berufe sich auf die vom Abgeordneten Szyda im Reichstage abgegebene Erklärung und benütze die Gelegenheit, um dem heiligen Vater den tiefsten Dank und die Treue zum Ausdruck zu bringen, welche das in diesem Kriege schwer geprüfte polnische Volk dem heiligen Vater gegenüber empfinde.“

(Es folgt der in der vorigen Nummer des „Gesamtüberblicks“ auf Seite 826 wiedergegebene Wortlaut des vom päpstlichen Nuntius in München an den Zentrumsabgeordneten Dr. Porisch gerichteten Schreibens dann heißt es weiter:)

„Wenn wir uns jetzt vergegenwärtigen, was die Abgeordneten Pfarrer Kaufmann und Stryczynski erklärt haben, so werden wir begreifen, daß der Hauptnachdruck ihrer Ausführungen auf dem Hervorheben der Bereitschaft beruhte, mit welcher die Katholiken für die Rechte und die Unabhängigkeit des heiligen Vaters eintreten wollten. Sowohl Pfarrer Kaufmann, als auch Pfarrer Stryczynski haben in der Einleitung ihrer Reden diese Bereitschaft hervorgehoben und erst gegen Ende der „tiefsten Dankbarkeit und Treue“ Erwähnung getan, welche die Nation dem heiligen Vater gegenüber empfinde.“

Weshalb haben somit die Posener Zeitungen das nicht hervorgehoben, um was es sich eigentlich handelte, und weshalb haben sie nur eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung angegeben? Weshalb haben diese Blätter nicht den wirklichen Grund angegeben, der offenbar den heiligen Vater bewogen hat, den betreffenden Geistlichen den apostolischen Segen zu erteilen? Weshalb haben die Posener Zeitungen übersehen, daß in dem Briefe an Dr. Porisch von der Untertänigkeit gegenüber dem apostolischen Stuhl die Rede ist, für deren Bezeigen der Segen erteilt wird? Weshalb hat man in dem Zusatz zu obiger Mitteilung, der, wie wir annehmen, derselben Quelle entstammte, zur Belehrung der Leser nicht gleichfalls angegeben, daß der Abgeordnete Pfarrer Stryczynski erklärt hat, daß „wir als treue Katholiken alle Wünsche des heiligen Vaters unterstützen werden, die auf eine bessere Gestaltung seiner Lage abzielen?“

Hierauf ist nur eine Antwort möglich: Es ist so geschehen, weil manchen polnischen Zeitungen dieser Segen des heiligen Vaters unbequem ist, weil ihnen dieses Dokument des Papstes unbequem ist. In der folgenden Nummer werden wir darstellen, weshalb manchen polnischen Blättern jener vom heiligen Vater den Pfarrern Kaufmann und Stryczynski erteilte Segen so unbequem ist.

II.

In unserem gestrigen Artikel haben wir wohl hinreichend gezeigt, daß der hl. Vater den Geistlichen Kaufmann und Stryczynski seinen apostolischen Segen zum mindesten in gleichem Maße für ihre Ergebenheit den Wünschen des apostolischen Stuhles gegenüber, wie für den Ausdruck ihrer Dankbarkeit erteilt hat. Wir sagen, in gleichem Maße, obwohl jeder, der die schwere Lage des hl. Vaters kennt, wissen wird, daß die Hauptursache für die Auszeichnung dieser Redner zweifellos ihre Erklärung war, daß die Katholiken die Rechte des hl. Vaters verteidigen würden.

Und gerade deswegen ist die Urkunde des hl. Vaters einem Teil der polnischen Presse unbequem.

Aber aus welchem Grunde? Das werden wir nun bald sehen.

Wir brauchen wohl hier nicht breit auszuführen, daß Italien dem Papste den Kirchenstaat mit Rom unrechtmäßig und nur mit Gewalt entzogen hat. Italien, das von Atheisten regiert wird — der

Bürgermeister Roms ist ein Jude, und die italienischen Minister sind überwiegend Freimaurer oder ähnliche Feinde der katholischen Kirche —, behauptete nämlich stets und behauptet auch jetzt noch, daß Rom für den italienischen Staat als Hauptstadt unentbehrlich sei.

Der Papst hält sich auch bekanntlich für einen Gefangenen im Vatikan. Keiner der Päpste hat bis dahin den Raub des Kirchenstaates anerkannt, und keiner von ihnen hat das Judasgeld angenommen, das der italienische Staat dem Apostolischen Stuhle als Entschädigung für den Raub des Kirchenstaates bewilligt hat. Dieses Geld liegt bis jetzt noch unangetastet da. Pius IX. exkommunizierte auch den damaligen König von Italien und sein Haus, und diese Exkommunikation lastet immer noch auf dem gegenwärtigen König von Italien und seiner Familie.

Die Katholiken der ganzen Welt und auch die Polen nahmen den hl. Vater sofort nach dem Raube des Kirchenstaates in Schutz, und sie verlangten sowohl die Zurückgabe des Kirchenstaates wie die Wiederherstellung der dem hl. Vater gebührenden Rechte.

Wie sehr aber der hl. Vater wirklich ein Gefangener des Königs von Italien und der italienischen Regierung ist, das hat gerade der gegenwärtige Krieg so recht gezeigt. Scheinbar ist er ja unabhängig im Vatikan, und man zwang ihn jetzt trotzdem, die Gesandten der fremden Staaten zu entfernen, man nahm ihm ein Gesandtschaftspalais u. s. w. Wir schreiben hier nicht ausführlich darüber, weil das bekannte Sachen sind.

Angeichts dieser unbequemen Lage des Apostolischen Stuhles ist es Pflicht aller Katholiken, energisch zu verlangen, daß dem Oberhaupte der katholischen Kirche alle ihm zukommenden Rechte wiedergegeben werden.

Auf diese Rechte hat auch der hl. Vater bis dahin nicht verzichtet, denn sonst würden wir für ihn nicht, um seine Lage zu lindern, den „Peterspfennig“ sammeln, sondern der hl. Vater würde die ihm von der italienischen Regierung bewilligten Millionen annehmen, und er würde auch den König von Italien von der Exkommunikation befreien. Der hl. Vater besteht auch weiterhin auf seinem Rechte, und er freut sich auch jedes Mal und erweist sich dankbar dafür, wenn die Katholiken ihn in Schutz nehmen, wie es ja der Abgeordnete Geistliche Styczynski getan hat.

Leider haben wir unter uns auch Katholiken und ebenso katholisch-polnische Blätter, die nur — dem Namen nach katholisch sind.

Diese Katholiken und diese Blätter, mögen sie in Posen oder außerhalb Posen erscheinen, wünschen eben nicht, daß unsere Abgeordneten für die Wiederherstellung der dem Apostolischen Stuhle gebührenden Rechte eintreten.

Warum wünschen sie es nicht?

Weil ihnen die Freundschaft des italienischen Staates, des exkommunizierten Königs von Italien und der atheistischen Minister der italienischen Regierung lieber und teurer ist, als der Dank und das Schicksal des hl. Vaters.

Sie fürchten deshalb dem polnischen Volke einzureden, daß es dem hl. Vater nicht darauf ankäme, daß man sich seiner gegenwärtigen Lage annähme. Sie erzählten ihm vor, daß uns die Freundschaft Italiens notwendiger sei, als die Freundschaft des Papstes, denn Italien sei ein mächtiger Staat, der hl. Vater hingegen nur ein armer Gefangener.

Deswegen paßt es jetzt diesen Blättern so ganz und gar nicht, daß der hl. Vater es unzweideutig zu erkennen gab, wie sehr es ihm doch darauf ankäme, daß man sich seiner annähme.

Diese Zeitungen, die von Leuten redigiert werden, welche für die Rechte des hl. Vaters gar nicht eintreten wollen, werden aber auch vom polnischen Volke gelesen. Wie würden sie jetzt also vor ihren Lesern dastehen, wenn sie auf einmal wieder schreiben sollten, es sei der Wunsch des hl. Vaters, daß man sich seiner annähme?

Sie haben deshalb bei der Auszeichnung des Geistlichen Styczynski diesen wichtigen Grund verschwiegen und haben nur mitgeteilt, daß dieser Abgeordnete nur deswegen ausgezeichnet worden sei, weil er die Gefühle seiner „innigen Dankbarkeit“ für den hl. Vater zum Ausdruck gebracht habe.

Sie hofften, daß auf diese Weise die wichtige Urkunde des hl. Vaters, die ihnen so unbequem war, in Vergessenheit geraten werde.

Gar mancher unserer Leser wird dabei wohl fragen: „Ist es denn überhaupt möglich, daß solche Katholiken, die nur dem Namen nach katholisch sind, und auch solche polnische Blätter bei uns existieren, die für den hl. Vater, den Gefangenen im Vatikan, gar nicht eintreten möchten?“

Daß die Sache sich leider tatsächlich so verhielt und auch jetzt nicht anders ist, werden wir in der nächsten Nummer der „Prawda“ auch eingehend beweisen.

(N.)

Aus Nr. 108 des Ogródownik (Posen)
vom 13. Mai 1917.

Die „Gazeta Grudziądzka“ mißbraucht in ihren Artikeln tagtäglich in einer so eklatanten Weise die Heiligkeit der katholischen Religion zu ihrem Parteidaher mit der Nationaldemokratie, daß uns von allen Seiten Stimmen der Empörung über diese schändliche Arbeit zugehen. Vor allem ist man in den Kreisen der Geistlichkeit ebenso in Westpreußen, wie in der Provinz Posen einmütig der Ansicht, daß jenes systematische Herabzerren der katholischen Losungen in den Rot parteilichen Gezänks zu verurteilen sei. Würdige Vertreter des geistlichen Standes, die gar nicht zu unserem politischen Lager gehören, haben auch ihre Besorgnis wegen des unersehblichen Schadens ausgedrückt, den das Blatt des Herrn Kulerski der katholischen Kirche in unseren Landesteilen zufügt. Dadurch nämlich, daß die politische Demagogie mit der Sache des Katholizismus in Zusammenhang gebracht wird, wird unser Volk immer mehr demoralisiert.

Von verschiedenen Seiten her wird verlangt, daß wir diese Arbeit des Herrn Kulerski im Interesse des allgemeinen Wohls öfter an den Pranger stellen sollen. Nach unserer Ansicht würden wir aber Herrn Kulerski und seinem Blatte dadurch zuviel Ehre erweisen. Übrigens will unser Volk selbst jetzt schon das ganze Geschwätz von den Freimaurern nicht mehr hören, und es wendet sich, wie uns aus vielen Gegenden des Königreichs Polen und Westpreußens gemeldet wird, mit Entrüstung von der „Gazeta Grudziądzka“ ab.

Aber gegen solche Wutausbrüche gibt es kein Heilmittel. Herr Kulerski war schon vor dem Kriege ein nervöser Hitzkopf, und der Krieg scheint auf seine Nerven noch ungünstiger eingewirkt zu haben. Damit ließe sich zumteil diese geradezu wahnsinnige Wut erklären, mit der er gegen die „Freimaurer“ in ähnlicher Weise, wie der „fahrende Ritter“ Don Quixote kämpft, der einen Kampf — gegen Windmühlen führte. Man könnte die ganze Sache auch nur von der humoristischen Seite betrachten, wenn die Folgen nicht so fatal wären, die sich aus einer solchen Verhöhnung und Betörung des Volkes ergeben. Und diese Folgen würden noch bedeutend schlimmer sein, wenn nicht unser Volk, wie wir schon erwähnt haben, eine

so gesunde moralische Grundlage hätte, daß durch die schädliche Demagogie der „Gazeta Grundziadzia“ nur wenige irregeleitet werden können. Jedenfalls läßt sich der verursachte Schaden nicht mehr wieder gut machen, und deswegen wird unsere öffentliche Meinung diese traurigen Versuche der Wühlerei und Verhetzung zumal in dieser so kritischen Zeit nicht vergessen.

Aus Nr. 109 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 15. Mai 1917.

Die Nationaldemokratie und die Nationalkirche.

Zwischen der „Gazeta Narodowa“ und dem „Kurjer Poznański“ fand in der letzten Zeit eine sehr interessante Polemik statt.

Den Untergrund für diese Polemik bilden zwei Tatsachen. Erstens mag der „Kurjer Poznański“ die „Gazeta Narodowa“ nicht leiden. Beim „Kurjer“ ist das kein zufälliger gelegentlicher Haß, der von der oder jener Taktik der „Gazeta Narodowa“ abhängig wäre.

Wir wollen etwas Außergewöhnliches sagen. Der „Kurjer“ oder die Nationaldemokratie könnten im Grunde genommen weit eher mit uns, mit dem von den Nationaldemokraten in Bann getanen „Kraj“, in Frieden leben. Zu diesem Frieden würde es hinreichen, wenn der „Kraj“ sich darauf beschränkte, Theorien der positiven Politik zu predigen, und wenn er dabei eine entschiedene Kritik der nationaldemokratischen Gesellschaft vermiede.

Mit einem Wort, wenn der „Kraj“ die Nationaldemokratie in Ruhe gelassen hätte, dann hätte sie wahrscheinlich auch ihn in Ruhe gelassen. Die nationale Pflicht und die Liebe zur Kirche und zur polnischen Sache zwangen den „Kraj“ so manches Mal zu einer lebhafteren Kritik. Der „Kraj“ fühlte sich zu ihr geradezu deshalb verpflichtet, weil er in dem Schweigen zu manchen Erscheinungen der nationaldemokratischen Tätigkeit eine Mitschuld erblickte.

Er sprach somit so heiß, wie er die Sache liebt, und da die Nationaldemokratie, wie zugegeben werden muß, in Presschärmüheleien gewandt ist, und sich zu wehren weiß, so entstand eine Fehde, die seitens der Nationaldemokratie nicht nur in den Zeitungen, sondern auch in den öffentlichen Korporationen gegen uns geführt wurde. Alles zusammengekommen stellt sich der ganze Verlauf dieser Fehde ziemlich natürlich dar. Die Nationaldemokratie richtete gegen den „Kraj“ scharfe Schüsse, und allerdings hat auch der „Kraj“ in der Diszussion nicht gescherzt. Ganz anders stellt sich der Kampf der Nationaldemokratie gegen die „Gazeta Narodowa“ dar. Diesem Blatte gegenüber hat die Nationaldemokratie sofort eine solche Stellung eingenommen, daß der einzige, absolute einzige Weg zur Eintracht das Eingehenlassen des neuen Blattes gewesen wäre, ferner die öffentliche Abbitte deswegen, weil es überhaupt gegründet worden sei, und schließlich das öffentliche Versprechen, daß sich ein derartiges Verbrechen künftig nicht mehr wiederholen werde.

Die „Gazeta Narodowa“ beobachtet der Nationaldemokratie und speziell dem „Kurjer Poznański“ gegenüber seit Beginn ihres Bestehens eine so ausgewählte Artigkeit, eine so weitgehende Rücksichtnahme, daß für jeden Vorurteilslosen der Zweck dieses Verhaltens des neuen Blattes ersichtlich war. Es war klar, daß die „Gazeta Narodowa“ um jeden Preis einen Kampf gegen die Nationaldemokratie vermeiden wollte. Die „Gazeta Narodowa“ hatte sich ganz offenbar ein Programm vorgezeichnet, wie es z. B. für uns, den in Lissa erscheinenden „Kraj“, hingereicht hätte, sich vor einem allzugroßen Grimm der Nationaldemo-

kratie zu sichern, nämlich ruhige Artikel im Geiste der positiven Politik zu schreiben und sich in nationaldemokratische Angelegenheiten nicht zu mengen.

Die „Gazeta Narodowa“ handelte demgemäß. Sie schrieb Positives, eine Kritik der Politik der Negation übte sie aber so selten und homöopathisch, daß sie nur ausnahmsweise und in ganz außergewöhnlichen Fällen sich herausnahm, eine von der Ansicht des „Kurjer“ abweichende Meinung zu äußern.

Ungeachtet dessen hat die Nationaldemokratie die „Gazeta Narodowa“ von Anfang an sehr verbissen boykottiert. Denn die „Gazeta Narodowa“ erscheint in Posen, d. h. in der Hauptstadt der Provinz, diese Hauptstadt aber betrachtet die Nationaldemokratie als ihr rechtmäßig erobertes und in ihrem ungeteilten Besitz befindliches Terrain. In Posen dürfen nur solche politische Faktoren straflos bestehen, die entweder zu der Nationaldemokratie oder zu den mit ihr Sympathisierenden, mit anderen Worten zu der versteckten Nationaldemokratie gehören und aus der Redaktion des „Kurjer Poznański“ ihre Befehle erhalten.

Die „Gazeta Narodowa“ entstand als von dieser Redaktion unabhängiger Faktor. Sie nahm vom „Kurjer Poznański“ nicht das Kommando entgegen und legte ihre Artikel nicht der Redaktion dieses Blattes zur Zensur vor; das aber war in dem Posener Organismus der Nationaldemokratie ein fremdes neues Gebilde, das somit überhaupt nicht existieren durfte. Es wiederholte sich das Gleiche, wie einst mit dem Nationalbunde. Auch dieser war doch sehr nachsichtig, und dennoch bekämpfte ihn die Nationaldemokratie. Aus denselben Kreisen ist jetzt die „Gazeta Narodowa“ hervorgegangen, die noch dazu das amtliche Organ der neuen Partei der nationalen Arbeit ist.

Für jeden, der die Nationaldemokratie kennt, ist es klar, daß angesichts alles dessen von etwas anderem, als von Krieg der „Gazeta Narodowa“ gegenüber nicht die Rede sein konnte. Einst hat der „Kurjer“ selbst den Grundsatz der Bildung von Parteien vertreten; heut kann er sich nicht darüber trösten, daß die neue und so gewichtige Partei gegründet wurde. Daher bestand ein beständiger Argwohn, eine beständige Abneigung gegenüber dem neuen nationalen Posten.

Alles das, was wir bisher gesagt haben, ist eine der Tatsachen, die den Untergrund für die letzte so charakteristische Polemik zwischen dem „Kurjer“ und der „Gazeta Narodowa“ bilden. Die zweite Tatsache ist das Thema der Polemik selbst, nämlich das Verhältnis der Nationaldemokratie zur katholischen Kirche.

Merkwürdig, wie wenig die Nationaldemokratie dieses Thema liebt! Sie sollte doch durch das bloße Berühren dieses Themas nicht grundsätzlich verletzt werden. Im Gegenteil, eine Partei, die um die Ausbildung und Vervollkommnung ihrer Organisation so besorgt ist, sollte sich darüber freuen, wenn sie irgendwoher einen Fingerzeig über dieses oder jenes Gebrechen erhält.

Wir meinen z. B., daß die Partei der nationalen Arbeit, wenn der „Kurjer Poznański“ sie darauf aufmerksam machen würde, daß ihr Statut in diesem oder jenem Punkte hinsichtlich des Gehorsams gegenüber den katholischen Grundsätzen einen Mangel aufweise, durchaus nicht gleich deshalb verletzt wäre, sondern daß sie vielleicht noch für die Bemerkung dankbar sein würde. Man kann sich absolut eine Sitzung der Partei der nationalen Arbeit nicht vorstellen, in welcher großer Ärger anlässlich dessen herrschen würde, daß der „Kurjer Poznański“ den Verein darauf hingewiesen hätte, daß er den Bischöfen gegenüber gehorsamer sein, daß man unser nationales Leben mehr nach den Vorschriften des göttlichen Gesetzes einrichten müsse. Und wenn der „Kurjer“ in der Partei der nationalen Arbeit irgend welche geradezu unkatholischen Verstöße und Strömungen entdecken würde, dann würde ihm der Vorstand

der Partei zweifellos dafür von Herzen dankbar sein. Die „Gazeta Narodowa“ hat in ihrer Rücksichtnahme gegenüber dem „Kurjer“ so verfahren. Sie erteilte der Nationaldemokratie ein paar Warnungen, Warnungen, die für die Nationaldemokratie sehr wertvoll und schätzbar waren, Warnungen, die ein Feind, der die Nationaldemokratie würde versinken machen wollen, nie erteilt hätte. Er hätte das antikatholische Unkraut sich in der nationaldemokratischen Gesellschaft einnisten und die Nationaldemokratie in einer solchen Volksgemeinschaft, wie die unsere, unmöglich werden lassen.

Die „Gazeta Narodowa“ tat das Gegenteil. Sie erteilte Ratschläge und Warnungen, welche die Nationaldemokratie hätten gesunden machen können, wenn man auf sie gehört hätte.

Merkwürdig, daß die Nationaldemokratie solche Ratschläge und Warnungen nicht leiden mag, sich über sie ärgert und absolut nicht sachlich polemisiert. Die Nationaldemokratie sollte doch der „Gazeta Narodowa“ dafür dankbar sein, daß diese vor den Gelüsten nach einer Nationalkirche warnt, daß sie zur Rechtgläubigkeit und zur Disziplin gegenüber der kirchlichen Obrigkeit auffordert und dabei auf die Gebrechen in dem nationaldemokratischen Statut hinweist.

Am bezeichnendsten aber ist der Umstand, daß der „Kurjer“, weil er nicht mehr recht weiß, wie er die „Gazeta Narodowa“ angreifen könnte, immer nach einigen Tagen erklärt, sie sei mit dem „Kraj“ identisch. Wiederum hat sich die „Gazeta Narodowa“ sehr artig gezeigt, indem sie geradezu in Übereinstimmung mit der Wahrheit schrieb, sie sei ein von uns ganz unabhängiges Blatt.

Die „Gazeta Narodowa“ hätte ganz anders schreiben können. Sie hätte alle paar Tage erklären können, daß der „Kurjer“ mit dem von Lemberg nach Kiew gewanderten „Słowo Polskie“ identisch sei. Dort sind auch die allgemeinen Rahmen der Partei die gleichen, und dennoch ist und war der „Kurjer“ ein von dem „Słowo“ vollständig verschiedenes Blatt, und er kam für das „Słowo“ die Verantwortung nicht tragen. Er kam es nicht, obwohl die nationaldemokratische Organisation eine etwas engere ist, als die durchaus losen Rahmen der Partei der nationalen Arbeit.

Die „Gazeta Narodowa“ hat das nicht getan, denn sie kämpft mit redlichen Waffen, — der „Kurjer“ aber ärgert sich unausgesetzt.

Aus Nr. 56 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 9. Mai 1917.

Aus dem Bericht des Blattes
**über den Visitationsbesuch des Erzbischofs
Dr. Dalbor in Ostrowo:**

..... „Der Herr Erzbischof antwortete (auf die Begrüßungsansprache des Dekans Zborowski) mit offener Rührung, indem er die Pfarre seiner besonderen Anhänglichkeit versicherte, da sie seine Heimatpfarre sei. Hier sei er zur ersten heiligen Kommunion gegangen, und hier habe er seine Eltern beerdigt. In seiner weiteren Ansprache wies der Erzbischof auf die Gestalt des Erzbischofs Ledochowski hin, der für den heiligen Glauben in den Mauern des Ostrower Gefängnisses 2 Jahre verbracht habe. Der Erzbischof forderte die Pfarrianen auf, unbeugsam bei dem Grundsatz des heiligen Glaubens auszuharren und ihn eifrig zu verteidigen. Insbesondere appellierte er an unsere Jugend, daß sie sich angesichts unseres widererstandenen Vaterlandes stets durch festen und starken Glauben auszeichnen solle.“

..... Gelegentlich einer am Abend zu Ehren des Erzbischofs veranstalteten Feier dankte Letzterer den

Parochianen für die dargebrachten Bekundungen der Hochachtung und Anhänglichkeit. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß seine Heimatstadt bisher einen lebendigen Geist und ein geistvolles Herz für die Not der Nächsten bewahrt habe, regte die Sängerkinder und die Kinder zur Pflege des Liedes und der Muttersprache an, in denen sich unsere Lebenskraft zeige und erklärte, daß er die Mühen der erzhierarchischen Arbeit gern trage und Ostrowo, mit dem ihn so sehr viele liebe Erinnerungen verbanden, nach Möglichkeit und Bedürfnis öfter besuchen werde.

Aus Nr. 109 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Mai 1917.

Der Lemberger Geographieprofessor Dr. Romer

rechtfertigt im „Kurjer Poznański“ in spaltenlangen Ausführungen gegenüber Ausstellungen, die der Berliner Geographieprofessor Penck an dem Romerschen Werke „Atlas Polens“ gemacht hatte, die von ihm eingewandten wissenschaftlichen Methoden und schließt seinen Artikel mit folgenden Auslassungen:

..... „Unbegreiflich ist jedoch, wie ein Mann von dem Ansehen und von der wissenschaftlichen Berühmtheit des Professors Penck hat ohne das geringste Zaudern die Behauptung wagen können, daß der größere Prozentsatz Polen, der aus der Schulstatistik hervorgeht, nur eine Folge der größeren polnischen Kinderzahl sei.

Der Nachweis der Grundlosigkeit dieser Behauptungen macht keine Schwierigkeiten. Wir wollen uns zu diesem Zwecke des kräftigsten Beispiels bedienen, wie es der Regierungsbezirk Allenstein bietet. In diesem Regierungsbezirk gibt es, im Sinne der Volkszählung v. J. 1910 268 000 Polen und 274 000 Deutsche, auf das Tausend der Bevölkerung entfallen somit 493 Polen und 505 Deutsche. In demselben Regierungsbezirk sprechen jedoch mehr als 72 000 Schulkinder polnisch, hingegen nur etwa über 29 000 deutsch, sodaß von tausend Kindern 712 polnisch und nur 288 deutsch sind. Die einfachste, auf diese Ziffern gestützte Kalkulation überzeugt, daß, wenn wir annehmen wollten, daß sowohl die Volkszählungs- als auch die Schulstatistik den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen, wir gleichzeitig annehmen müßten, daß die polnische Durchschnittsfamilie dort mindestens $2\frac{1}{2}$ Mal mehr Kinder zähle, als die deutsche Durchschnittsfamilie. Das ist ein offenkundiger Unsinn. Wenn gleich nämlich die polnische Volksgemeinschaft sich einer größeren Fruchtbarkeit rühmen kann, als die deutsche, so ist der Überschuß an polnischen Kindern tatsächlich 10 Mal geringer, als dies aus obigen Kalkulationen hervorgehen würde, und wenn man die leider größere Sterblichkeit, besonders der Säuglinge, in der polnischen Volksgemeinschaft erwägt; es ist aber daraus der Schluß zu ziehen, daß der Überschuß an polnischen Schulkindern über die deutschen nur einige wenige Prozent beträgt, welche nur einen kleinen Teil des Überschusses der polnischen Schulkinder über die deutschen erklären können. Die riesige Differenz zwischen den Ergebnissen der Schulstatistik und der Volkszählung erteilt mit unerbittlicher Notwendigkeit der Volkszählung ein Mißtrauensvotum in diesen Regierungsbezirken, woraus auch die völlig begründete Vermutung zu ziehen ist, daß die Zahl der Polen in den sechs östlichen Regierungsbezirken Preußens um rund $\frac{1}{2}$ Million größer ist, als dies aus der Volkszählungs-Statistik hervorgeht. Die Ursachen dieses Unterschiedes sind leider in der Hauptsache der Schuld der Polen selbst zuzuschreiben; aber das ändert am Wesen der Sache nichts. Da, wo das polnische Nationalbewußtsein sehr stark entwickelt ist, da war auch die Volkszählungspolitik ohnmächtig. In den Kreisen Grätz, Kosen, Gostyn, Breschen, Hohenalza und noch

in zehn anderen Kreisen des Posenschen und Westpreußens übersteigt der Unterschied zwischen dem Prozentsatz der polnischen Kinder und der polnischen Bevölkerung nirgends den kleinen, drei bis vier Prozent betragenden Bruchteil, der sich eben durch die größere Kinderzahl der polnischen Familien gegenüber den deutschen erklärt; aber da, wo das Nationalbewußtsein schwächer und die fremden Einflüsse mächtiger waren, wie in den Städten und in den Industriebezirken oder in Masuren, da wächst der Unterschied zu ungeheuerlichem Umfange. In der Stadt Posen weist die Volkszählungstatistik 58 % Polen, die Schulstatistik 79 % polnische Kinder auf; in Thorn entsprechen die betreffenden Ziffern 53 : 61 %, aber im Kreise Löben drücken diesen Unterschied die Ziffern 36 und 70 %, im Kreise Sensburg 50 und 78 % aus, und im Kreise Rattowitz haben 14 % polnischer Bevölkerung in der Schule 39 % polnische Kinder. Herr Professor, solche Ziffern kann man nicht in Schutz nehmen, auf sie muß man tatsächlich einen Strahl des Lichts werfen, das Sie in meinen Arbeiten auf keinen Fall sehen können oder vielmehr nicht sehen wollen.

Ich bin in der glücklichen Lage, daß sogar auf deutscher Seite das Urteil des Professors Bend über meinen Atlas vollständig vereinzelt darsteht. Aus zahlreichen Beurteilungen, die bis jetzt in der deutschen Presse über meinen Atlas erschienen sind, tritt am meisten in den Vordergrund die Auslassung Dr. Schottes, des Sekretärs Fr. Naumanns, des Verfassers der vielbesprochenen Schrift „Mitteleuropa“. Dr. Schotte hat in dem Naumannschen Organ „Die Hilfe“ in der berühmten und von Bend so scharf verurteilten Angelegenheit des im Atlas illustrierten Territoriums sowie hinsichtlich der Objektivität des ganzen Studiums folgendes Urteil abgegeben:

„Die Ausdehnung des Studiums des Atlas auch auf das preußische Gebiet, sogar auf Schlesien, rechtfertigt die Voraussetzung, daß das Problem „Polen“ eine ganze Reihe von Fragen, nicht nur die nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der polnischen Frage, sondern auch des politischen und kulturellen Besitzes der einst vereinigten Nation umfaßt. Das ganze Werk ist ein hervorragendes Denkmal der polnischen Wissenschaft, ein besonders wichtiges Dokument für das Studium der polnischen Frage für Berufs- und private Politiker.“

Ich weiß nicht, ob es Professor Bend gelingen wird, auch dieses Auseinandergehen der Beurteilungen zu erklären und zu rechtfertigen.

Lemberg.

Eugen Romer.

Aus Nr. 106 des Ogrędownik (Posen)
vom 11. Mai 1917.

Paderewski hat die amerikanische Staatsangehörigkeit angenommen.

(Wat) Eine überaus sensationelle und geradezu unwahrscheinliche Nachricht bringen italienische und französische Blätter aus den Vereinigten Staaten. Die Rede ist von unserem großen Meister Ignaz Paderewski, der angeblich die amerikanische Staatsangehörigkeit angenommen haben soll. Die italienische „Stampa“ erzählt, daß Paderewski mit dem ganzen Programm Warschaus nicht einverstanden sei und mit dem gegenwärtigen Königreich Polen überhaupt nichts mehr gemein haben wolle. Dem Beispiel Paderewski's seien viele andere hervorragende Polen gefolgt. Für diese Mitteilung überlassen wir natürlich die Verantwortung den Blättern, aus denen wir sie geschöpft haben, dem Pariser „Matin“ und der Züriner „Stampa“ die übrigens wegen der sehr schnellen und überwiegend sich bewahrheitenden Nachrichten bekannt ist.

Aus Nr. 16—19 des Robotnik (Posen)
vom 22. und 29. April, 6. und 13. Mai 1917.

Geschäftsbericht des Hauptvorstandes des Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine der Erzbischöfen Gnesen-Posen für das Jahr 1916.

Der Hauptvorstand gab am Anfange dieses Krieges die Lösung aus: Die Zeit der Kriegswirren zu ertragen und nachher zur normalen Arbeit zurückzukehren. Diesen Grundsatz befolgt der Hauptvorstand bis zum heutigen Tage. Auch heute darf man fast mit voller Bestimmtheit sagen, daß die Arbeit im Verbande keine Unterbrechung erleidet.

Die Vereine haben obigen Grundsatz wohlverstanden, wenn auch nicht alle. So weit es die Verhältnisse und die Kriegszeit gestatteten und eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern zu Hause verblieben war, wurden Versammlungen und Arbeiterandachten abgehalten. Nicht überall sind an die Behörden die Mitteilungen über eine gerechtere Behandlung der Polen als vor dem Kriege gelangt. In manchen Ortschaften haben die Behörden auch fernerhin mit einer wunderbaren Hartnäckigkeit die Abhaltung irgendwelcher Versammlungen verboten.

In manchen Vereinen war die Zahl der zu den Waffen nicht einberufenen Mitglieder so klein, daß es nicht möglich war, Versammlungen anzuberaumen. Ein großer Teil der Mitglieder, namentlich der landwirtschaftlichen Arbeiter, war infolge des Abganges der gesündesten und kräftigsten Arbeiter dermaßen mit Arbeiten überlastet, daß er zu den Versammlungen nicht erscheinen konnte. Solche Vereine konnten Versammlungen nicht anberaumen. Aber was soll man — namentlich von städtischen Vereinen — sagen, die ohne jeglichen Grund, oder nur durch geringe Hindernisse und Schwierigkeiten entmutigt, die Vereinsarbeit einstellen, oder sich ihr entzogen! Und die Zahl solcher Vereine ist ziemlich bedeutend. Unter dem Deckmantel des Krieges entziehen sie sich dieser Arbeit, in Wirklichkeit aber ist das eine unermessliche Gleichgültigkeit gegen die Angelegenheiten des Verbandes und gegen den Arbeiterstand. Heute, nach fast dreijährigen Kriegserfahrungen, kann man den Grundsatz aufstellen, daß jeder Verein, der vor dem Kriege mehr als 100 Mitglieder hatte, durchaus arbeiten muß. Trotzdem haben 26 Vereine, die vor dem Kriege 100, 200 und sogar über 300 Mitglieder hatten, keinen Bericht eingekandt. Hier darf man mit Recht annehmen, daß sie aus Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit die Arbeit eingestellt haben. Unter diesen befinden sich auch Posener Vereine. Die Hauptstadt der Provinz steht also mit ihrem Arbeiterstande nicht an der Spitze. Die hohe Anzahl der Mitglieder und die Höhe des Sterbegeldes zeugen noch nicht für eine vorteilhafte Entwicklung der Vereine, denn die Aufgabe unserer Vereine ist nicht ausschließlich die Gewährung von Unterstützungen, sondern die Hebung des aufklärenden und sozialen Niveaus unserer Arbeiter.

Die Verluste, welche unser Verband infolge des Krieges erlitten hat, sind sehr groß. Von Jahr zu Jahr gehen dem Verbande immer mehr Mitglieder verloren — und vielleicht auch Vereine, obgleich bis dahin noch keiner von ihnen seinen Austritt aus dem Verbande angezeigt hat. Nur einen Teil der verlorenen Mitglieder darf man auf die Rechnung des Krieges setzen. Der Rest ist freiwillig ausgeschieden, andere sind aus dem Kirchspiel verzogen, andere wurden gestrichen, oder ausgeschlossen. Die Streichung bzw. Ausschließung von Mitgliedern gehört unzweifelhaft zur ausführenden Gewalt des Vorstandes. Das ist jedoch erst das letzte Mittel. Wenn es oft angewendet wird, so ist das ein Beweis für eine schwache oder ungenügende Wirksamkeit des Vorstandes, weil er

es nicht versteht, mit Hilfe gelinder Mittel auf seine Mitglieder einzuwirken, vielmehr seine Zuflucht zu empfindlichen Strafen nehmen muß.

Aus dem Abgange von Mitgliedern ist auch auf einen schwachen Pulsschlag der innern Arbeit der Vereine zu schließen. Ältere Mitglieder haben zur geistesbildenden Arbeit wenig Neigung. Deshalb hat man sich im allgemeinen nur auf Versammlungen beschränkt, also zu dem allgemeinsten Mittel der Verbreitung der Aufklärung. Dagegen haben die Abendunterhaltungen, Aufklärungszirkel, Lektionen, Ausflüge, Vorstellungen usw. fast ganz aufgehört.

Das alles beweist einen ausdrücklichen Rückschritt unserer Einrichtung und bei den Mitgliedern die Verminderung des organisatorischen Verständnisses und Geistes. Der Verband hat sogar die Tätigkeit der Rechtsbureaus — mit Ausnahme des Posener — einstellen müssen. Und die Leiter dieser Bureaus haben doch die Vereine ihres Kreises besucht und zur Belebung der Arbeit beigetragen. Auch die Konferenzen der Vorstände, die Kreisversammlungen und ähnliche Verbandseinrichtungen haben aufgehört. Wenn wir aber erwägen, daß in vielen Fällen gerade die eifrigsten Vorstandsmitglieder zu den Waffen einberufen wurden und die ganze Agitation fast ganz aufgehört hat, dann werden wir den Stillstand in der Arbeit verstehen und vieles entschuldigen müssen.

Die Arbeit im Verbande wird durch die Nichtbeantwortung der Briefe und Rundschreiben ungeheuer erschwert. Das beweist die Niedrigkeit des Niveaus unserer organisatorischen Arbeit. Infolgedessen kann der Bericht des Verbandes nicht erschöpfend sein, denn eine große Anzahl von Vereinen hat ihre Berichte trotz wiederholter Erinnerungen nicht eingereicht, und manche haben überhaupt kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Nähere Angaben hierüber:

1. Gehörig ausgefüllte Berichte haben 173 Vereine eingesandt.
2. Eine kurze Mitteilung, daß die Arbeit für die Dauer des Krieges eingestellt sei, haben 26 Vereine gemacht.
3. Kein Lebenszeichen von sich haben 72 Vereine gegeben.

Wir besitzen mithin kein vollständiges Material. Man muß indessen annehmen, daß diese Vereine ebenso wie die unter Nr. 2 genannten ihre Tätigkeit für die Dauer des Krieges eingestellt haben.

1. Zahl der Verbands-Vereine.

Nur 173 Vereine haben regelrecht gearbeitet und ihre Berichte eingesandt. Der Rest der Vereine hat die Arbeit, sei es aus Notwendigkeit oder aus Nachlässigkeit, eingestellt. Dessenungeachtet ist kein Verein aus dem Verbande formell ausgeschieden. Daher betrachtet der Hauptvorstand alle Vereine, die noch unmittelbar vor dem Kriege bestanden, als Angehörige des Verbandes. Die Zahl dieser Vereine beträgt 271. Am Ende des Jahres zählte der Verband also 271 Vereine.

2. Zahl der Mitglieder des Verbandes.

Ähnlich wie im vorjährigen Berichte, nehmen wir auch diesmal das Jahr 1913, das letzte vor dem Kriege, als Grundlage an. Das war das letzte Jahr, in welchem sich die Arbeit in unserm Verbande vorchriftsmäßig entwickelt hat. In diesem Jahre haben auch alle Vereine ihre Berichte eingesandt, so daß die im Verbandsberichte für das Jahr 1913 angegebenen Zahlen den richtigen Sachverhalt bieten. Durch einen Vergleich der diesjährigen Zahlen mit denen des Jahres 1913 erhalten wir ein vollständiges Bild der durch den Krieg entstandenen Verluste, die geradezu riesenhaft sind.

Von dem vor dem Kriege zuletzt erstatteten Berichte ausgehend, ersehen wir auch die Zahlen der zu den Waffen Einberufenen und der Gefallenen.

Genauere Zahlen können wir nur auf Grund der eingereichten Berichte angeben, und dieser waren nur 173. Der Rest stützt sich auf größere oder kleinere Wahrscheinlichkeit.

Am 31. Dezember 1913 hatte der Verband Mitglieder 31 172,
Im Jahre 1914, noch vor dem Kriege, entstanden drei neue Vereine mit Mitgliedern 335
Abgang eines Vereins mit Mitgliedern 12

Die Berichte für das Jahr 1916 ergeben im Verhältnis zum Jahre 1913 eine Vermehrung der Mitglieder in 26 Vereinen um 505.
Zusammen 32 000.

In 137 älteren Vereinen verringerte sich die Zahl der Mitglieder im Verhältnis zum Jahre 1913 um 4147
in 3 jüngsten, im Jahre 1913 entstandenen Vereinen um 109 4 256.
Bleiben 27 744.

Vereine, welche für das Jahr 1916 Berichte eingesandt haben (und deren sind 173), hatten Ende Dezember jenes Jahres an Mitgliedern 19 212

Vereine, welche für das Jahr 1916 keine Berichte eingereicht haben (und deren sind 98), hatten Ende des Jahres 1913 8 532.
Zusammen 27 744.

Vereine, welche Berichte einreichten, hatten im Verhältnis zum Jahre 1913 ungefähr 17 % Verluste. Wenn wir denselben Prozentsatz auch bei denjenigen Vereinen in Abzug bringen, welche keinen Bericht einreichten und wie oben angegeben, 8532 Mitglieder hatten, dann kommen noch 17 % von 8532 in Abzug 1 450, so daß der Verband am 31. Dezember 1916 einen Bestand von 26 294 Mitgliedern hatte.

Im Verhältnis zum Jahre 1915, in welchem der Verband 28 703 Mitglieder zählte, bedeutet die oben angegebene Zahl einen Abgang von 2409 Mitgliedern, und im Verhältnis zum Jahre 1913, in dem der Verband 31 172 Mitglieder hatte, wäre ein Verlust von 4878 Mitgliedern zu verzeichnen.

Ein Teil der obigen Verluste ist auf das Konto des Krieges zu setzen; ein Teil entfällt auf die ungenaue Ausfertigung der Berichte, weil nicht alle Vereine die zu den Waffen Einberufenen noch zu ihren Mitgliedern zählen; der Rest des Abganges ist infolge Mangels der intensiven Arbeit und des Wegfalles der Agitation entstanden.

3. Der Verband und der Krieg.

Um festzustellen, wie stark die Teilnahme unserer Mitglieder am Kriege ist, bzw. wie groß die Verluste sind, welche der Verband durch die beim Militär Gefallenen und Verstorbenen erlitten hat, hatten wir in dem Formular zu dem Geschäftsbericht eine Frage gestellt, wie viel Mitglieder seit Beginn des Krieges zu den Waffen einberufen worden und wie viel davon gefallen oder in den Militärlazaretten gestorben sind. Wenn wir die Berechnungen aus dem Jahre 1913 als Unterlage nehmen, dann läßt sich der Prozentsatz der Einberufenen und Gefallenen genau feststellen.

a) Die zu den Waffen Einberufenen.

Die Vereine, welche Berichte eingereicht haben, also 173, hatten vor dem Kriege 22 963 Mitglieder. Hiervon wurden bis zum Ende des Jahres 1916 526 Vorstandsmitglieder und 8724 gewöhnliche Mitglieder einberufen, zusammen also 9250, d. h. etwas mehr als 40 % der oben angegebenen Mitgliederzahl.

Bringen wir dasselbe Verhältnis auf die 98 Vereine zur Anwendung, welche Berichte nicht eingesandt haben und vor dem Kriege 8532 Mitglieder hatten, dann erhalten wir die Zahl 3413. Fassen wir diese beiden Zahlen zusammen = 3413 + 9250, dann kommen 12 663 heraus, oder daß seit dem Beginn des Krieges bis Ende des Jahres 1916 12 663 Mitglieder, also ungefähr 40 % zu den Waffen einberufen wurden.

Bis zum Ende des Jahres 1915 wurden 12 833 Mitglieder einberufen. Die Verminderung der Zahl der Einberufenen erklärt sich dadurch, daß nicht alle Vereine die vollen Zahlen angegeben hatten. Größere Vereine gaben nur eine mutmaßliche, gewöhnlich viel zu niedrige Zahl an. Außerdem sind aus Vereinen, die einen Bericht nicht eingereicht haben, im allgemeinen mehr als 40 % einberufen worden, weshalb sie eben ihre Tätigkeit einstellen mußten.

b) Gefallene.

Von der allgemeinen Zahl der 9250 einberufenen Mitglieder derjenigen Vereine, welche Berichte eingesandt haben, sind seit dem Beginne des Krieges bis zum Ende des Jahres 1916 918, also etwa 10 % gefallen, oder infolge Verwundung bzw. Erkrankung in den Lazaretten gestorben. Wenden wir dasselbe Verhältnis auf die 3413 einberufenen Mitglieder derjenigen Vereine an, die keine Berichte eingesandt haben, dann stellen sich 341 Gefallene heraus. Eine Zusammenfassung dieser beiden Zahlen 918 + 341 ergibt den Gesamtbetrag von 1259.

Diese Zahl bedeutet, daß etwas über 4 % der allgemeinen Mitgliederzahl gefallen sind, oder daß auf je 100 Mitglieder 4 gefallen sind. Am Ende des Jahres 1914 betrug die Zahl der Gefallenen im Verhältnis zu den Einberufenen $2\frac{1}{2}$, Ende 1915 9 und Ende 1916 10 %.

4. Stand der Mitglieder in den einzelnen Verbandsvereinen.

a) Stärke der Vereine.

Der größte und zugleich älteste Verbandsverein (gegründet im Jahre 1893) ist der Arbeiterverein an der Pfarrkirche in Posen, er zählt 717 Mitglieder.

Darnach folgen folgende Vereine: Ostrowo mit 603 Mitgliedern, Posen-Jerzitz mit 510, Bromberg-Pfarrkirche mit 500, Bromberg hl. Dreif. 493, Hohensalza 463, Bentschen 388, Kotel 290, Trzcínica 288, Ottorowo 270, Krotoschin 268, Kempen 257, Kosten 255, Jarotschin 247, Pempowo 230, Brody 213, Lubin 208.

Obige Zusammenstellung ergibt, daß der Verband an größeren Vereinen, die 400 und mehr Mitglieder haben, 7 (im vergangenen Jahre 8), an mittleren mit 200—400 Mitgliedern 11 (im vergangenen Jahre 15) besitzt.

Die Größe anderer Vereine stellt sich folgendermaßen dar:

von 101 bis 199 Mitglieder 66 Vereine (1915 : 79),
von 51 bis 100 Mitglieder 114 Vereine (1915 : 105),
von 26 bis 50 Mitglieder 13 Vereine (1915 : 52),
weniger als 26 Mitglieder 13 Vereine (1915 : 12).

Der kleinste Verbandsverein ist Krotow, der 10 Mitglieder hat.

b) Zugänge an Mitgliedern.

Wiewohl sich im ganzen Verbandsverbande im Verhältnis zu dem Jahre 1913 ein ernster Abgang an Mitgliedern gezeigt hat, sind doch noch einige Vereine vorhanden,

die über Zugänge berichtet haben. Die Zahl dieser Vereine beträgt 26. Dieser Zuwachs ist größtenteils zwar noch vor dem Kriege, in der ersten Hälfte des Jahres 1914, eingetreten, aber in einigen tüchtigeren Vereinen ist das auch während der Dauer des Krieges geschehen.

Folgende Vereine haben (im Verhältnis zum Jahre 1913) 10 und mehr Zugänge gewonnen:

Chwallowo 15, Objezierze 13, Ostrowo 46, Pempowo 110, Elupia 25, Schmiegel 13, Schrimm 20, Trzcínica 136, Gr.Chrzypsko 12, Wysok 26, Wysoka 14.

c) Abgänge an Mitgliedern.

Im Verhältnis zum Jahre 1913 haben 140 Vereine Abgänge gehabt (diejenigen nicht mitgezählt, welche Berichte nicht eingereicht haben). Diese haben zusammen 4256 Mitglieder verloren. Außer dem Kriege geben die Vereine als Gründe der Abgänge an: Ungleichgültigkeit, Entmutigung der Mitglieder, Mangel an Arbeitskräften, Mangel an tüchtigen Leitern, schlechte Lohnverhältnisse usw. Viele Mitglieder sind freiwillig ausgeschieden, andere wurden ausgeschlossen, andere sind abgewandert. Die wichtigsten Gründe sind aber der Stillstand der innern Arbeit, der Wegfall der Agitation und der Mangel an Eifer in der Abhaltung von Versammlungen und Veranstaltungen innerhalb der Vereine.

5. Innere Arbeit der Vereine.

Bei der Besprechung der inneren Tätigkeit unserer Vereine können wir nur diejenigen berücksichtigen, welche Berichte eingereicht haben, weil wir annehmen, daß die andern die ganze Arbeit eingestellt haben. Aber auch von jenen haben nicht alle gearbeitet. Es gibt auch solche, die keine einzige Versammlung abgehalten haben. Im allgemeinen ist im Verhältnis zum verflossenen Jahr jedoch ein kleiner Fortschritt zu vermerken. Hieraus folgt, daß diejenigen Vereine, die arbeiten können und wollen, zu einem gewissen Gleichgewicht zurückgekehrt sind.

a) Versammlungen.

Berichte haben, wie oben angegeben, 173 Vereine eingereicht. Von diesen haben nur 143 Versammlungen abgehalten. Das ist tatsächlich ein trauriger Stand unserer Organisation! Alle Bemühungen der obersten Schriftleitung und des Hauptvorstandes waren erfolglos. Jetzt, während der Dauer des Krieges, ist es kaum möglich, das Böse zu beseitigen und bessere Zustände zu schaffen. Es werden daher ruhigere Zeiten abzuwarten sein, um alsdann mit verdoppeltem Eifer an die normale Arbeit heranzugehen.

Zu ihrer Entschuldigung geben die Vereine zahlreiche Gründe an. Sie führen polizeiliche Verbote, Mangel an geeigneten Lokalitäten, ungenügende Anzahl der Mitglieder, Mangel an Arbeitern usw. an. Ob diese Gründe in allen untätigen Vereinen so wichtig waren, daß eine Notwendigkeit der Unterbrechung der Arbeit vorlag, ist schwer zu beurteilen.

Andere eifrige Vereine, die eine Unterbrechung der Arbeit nicht zulassen wollten, veranstalteten, wo polizeiliche Genehmigungen nicht zu erreichen waren, Arbeiter-Gottesdienste. Diese bestanden in Belehrungen, welche der geistliche Patron unter Berücksichtigung des Arbeiterstandes gab, in Gebeten für die gefallenen Mitglieder, in Anregungen zur Sammlung von Beiträgen und zum Lesen des „Kolnik“, in der Besprechung der allerwichtigsten Kriegsvorschriften u. dergl. Arbeiterandachten wurden im Jahre 1916 in 32 Vereinen 160 abgehalten. In dieser Weise wurde die organische Verbindung unter den Mitgliedern aufrechterhalten und der Verein vor dem Verfall bewahrt.

Nicht alle 143 Vereine, die Berichte eingereicht haben, haben regelmäßig monatlich Versammlungen

abgehalten. Einige hatten im ganzen Jahre eine Versammlung, einige zwei und mehr, einige monatlich je eine — wie in Friedenszeiten —, andere 13 und noch mehr im Jahre.

In allen 143 Vereinen haben insgesamt — einschließlich der Arbeiterandachten — 1368 Versammlungen stattgefunden. Ein Vergleich obiger Zahlen mit denen des Vorjahres ergibt einen bedeutenden Fortschritt. Im Jahre 1915 waren solcher Vereine, welche normal arbeiteten und 7 bis 12 Versammlungen abhielten nur 55 vorhanden. Im vergangenen Jahre waren deren 101, also die doppelte Anzahl, vorhanden. Auch die allgemeine Zahl der Versammlungen ergibt gegen das Vorjahr einen bedeutenden Zuwachs von 230. Im Verhältnis zu dem letzten Jahre vor dem Kriege ist diese Anzahl der Versammlungen offenbar eine sehr geringe, weil in jenem Jahre 3506 Versammlungen stattgefunden haben.

An Vorstandsversammlungen wurden im Jahre 1916 in 70 Vereinen 261 abgehalten.

Vor dem Kriege wurden regelmäßige Vorstandsversammlungen nicht in allen Vereinen abgehalten, und in der Zeit während des Krieges wurde dieser wichtige Faktor der organisatorischen Arbeit — zum großen Schaden für die Entwicklung der Vereine — fast ganz vernachlässigt.

Vorträge und Vorlesungen wurden im Jahre 1916 in 140 Vereinen in 1272 Fällen gehalten. Im Jahre 1915 waren es nur 974. In dieser Beziehung muß also ein ansehnlicher Fortschritt gegen das Vorjahr unterstrichen werden.

Seitens der Mitglieder wurden 282 (1915 : 206) Vorträge oder Vorlesungen gehalten. Außerdem waren in dieser Beziehung ganz besonders die geistlichen Patrone oder deren Stellvertreter tätig.

Bei den Erörterungen haben Mitglieder in 108 Vereinen das Wort ergriffen. Deklamationen haben in 47 und Gesänge in 83 Vereinen stattgefunden.

b) Arbeit an der Veredelung der Mitglieder, Unterricht und Vergnügungen.

Gleich am Anfange dieses Geschäftsberichts haben wir bemerkt, daß bezüglich des Unterrichts und der Aufklärung mit Hilfe der Unterrichtszirkel, der Abendunterhaltungen und der Ausflüge usw. in den Vereinen ein vollständiger Stillstand eingetreten ist. Nur einige Vereine haben die Vervollständigung der organisatorischen Arbeit trotz der Kriegsschwierigkeiten beibehalten. Es wurden veranstaltet:

Vorführung von Lichtbildern in 17 Vereinen,
Abendunterhaltungen in 6 Vereinen,
Vorstellungen in 8 Vereinen,
Ausflüge in 4 Vereinen,
Unterrichtszirkel in 2 Vereinen,
Gesangübungen in 9 Vereinen.

Zur Zeit des Friedens würden das sehr bescheidene und fast unbefriedigende Zahlen sein. Aber in der gegenwärtigen Zeit muß auch diese Erscheinung mit Freuden begrüßt werden, in der sich das Bestreben unserer Vereine nach immer vollkommeneren Mitteln zur Verbreitung und Vertiefung der Aufklärung zeigt.

Gemeinschaftliche hl. Kommunionen haben in 129 Vereinen stattgefunden.

Insgesamt haben 287 gemeinschaftliche hl. Kommunionen stattgefunden. Diese Zahl ist verhältnismäßig nicht hoch. Denn wenn auch alle anderen Arbeiten der Vereine bedeutenden Schwierigkeiten begegnen, so könnten gemeinschaftliche hl. Kommunionen doch zum großen Nutzen der Mitglieder überall stattfinden. Der feierliche Augenblick des gemeinschaftlichen Empfanges des Heilandes und ein gemeinschaftliches heißes Gebet verbinden die Mitglieder am besten und am kräftigsten.

Der Kampf gegen den Alkoholismus, der uns während der Kriegsdauer durch die staatlichen Vorschriften und durch den Mangel an geistigen Getränken wesentlich erleichtert wurde, ist in den Vereinen lebhaft fortgesetzt worden. Zu diesem Zwecke haben, wenn auch nicht viel, aber doch 9 Vereine für Rechnung der Vereinskassen auf Schriften, welche die Enthaltbarkeit unterstützen, abonniert.

c) Agitation.

Raum war die Notwendigkeit einer Agitation zugunsten der Vereine bei den Mitgliedern und insbesondere bei den Vorständen zum Bewußtsein gekommen, da brach der Krieg aus. Im Anfange des Krieges hat man die Agitation vollständig vernachlässigt, weil die durch die Kriegsteilnahme verminderten Vertrauensmänner ihre ganze Tätigkeit aufgegeben hatten. Übrigens waren auch nur wenig Arbeiter — bis auf einige alten — im Lande zurückgeblieben.

Einige Vereine haben allerdings ihre Vertrauensmänner beibehalten und mit deren Hilfe die Agitation fortgesetzt. 109 Vereine haben mitgeteilt, daß sie 751 Vertrauensmänner haben. Von diesen 109 Vereinen haben jedoch nur 45 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Die Gesamtzahl derartiger Versammlungen beträgt 134. In ihren Berichten bemerken 57 Vereine, daß Agitationen tatsächlich stattgefunden hätten. Der überwiegende Teil dieser Vereine darf sich daher auch dessen rühmen, Zugänge erzielt zu haben.

d) Bibliotheken.

Laut den eingegangenen Berichten besitzen 152 Vereine eigene Bibliotheken mit 23 477 Büchern. Außerdem haben 45 Vereine von den Volksvereinsbibliotheken und 3 von den Kirchspielbibliotheken Gebrauch gemacht. 20 Vereine haben ihre Bücher den öffentlichen gemeinschaftlichen Bibliotheken ihres Wohnortes übergeben.

Das Bibliothekenwesen ist vollständig gesunken, zumal nach dieser Richtung hin auch keinerlei Agitation stattgefunden hat.

Nur 45 Vereine bemerken, daß von den Bibliotheken Gebrauch gemacht worden sei. Im ganzen Jahre sind nur 4691 Bände gelesen worden. Hiernach sind die Vereinsbibliotheken ein totes Kapital geworden.

e) Gegenseitige Hilfe.

Über die Sterbekassen werden wir im folgenden Abschnitte berichten.

Infolge der schweren Zeiten, insbesondere wegen der übermäßigen Teuerung, haben 24 Vereine ihren Mitgliedern außerordentliche Unterstützungen gewährt. Ihr Gesamtbetrag beläuft sich auf 807,10 Mark.

Mit Anerkennung muß hervorgehoben werden, daß 13 Vereine sich bemüht haben, ihren Mitgliedern in ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage verschiedene Waren zu liefern. Diese Vereine sind: Bomst, Brodnica, Chwałkowo, Grätz, Lissa, Patosch, Siedlec (Kr. Bomst), Schrimm, Schlen, Trzcina, Walkowo, Gr. Chrzypsko, Wreschen. Die Berichte geben an, daß Lebensmittel, Heizmaterial, Sämereien, Schuhe, Seife, Petroleum usw. gekauft worden sind.

f) Vereinsvermögen.

Von 173 Vereinen, welche Berichte eingereicht haben, haben 150 angegeben, daß sie Barvermögen besitzen und 125 Vereine haben bemerkt, daß ihr Vermögen in Geräten besteht. Das Barvermögen aller Vereine, die Berichte übersandt haben, beträgt 65 969,80 Mark, und die Geräte sollen einen Wert von 64 345,20 Mark haben. Diejenigen Vereine, welche keine Berichte erstattet haben, besitzen gleichfalls Barvermögen

und Geräte. Unsere Vereine haben also ein ansehnliches Vermögen gesammelt.

Es wäre zu erwägen, ob es zweckmäßig ist, solche bedeutende Fonds zu sammeln.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß jeder Verein, der sein Dasein sichern will, in seiner Kasse für unvorhergesehene Fälle einen kleinen Vorrat haben muß. Grundsatz müßte es aber sein, daß übermäßige Fonds nicht angesammelt werden dürfen. Die betreffenden Gelder bringen zwar Zinsen, allein sie dienen nicht den Hauptzielen der organisatorischen Arbeit, d. h. der Verbreitung der Aufklärung, der Veredlung der Mitglieder und der Hebung des Arbeiterstandes.

In welcher Weise sollen also die Barmittel der Vereine verwendet werden?

Wir wollen hier nicht alle Möglichkeiten von Ausgaben seitens der Vereine aufzählen, weil es deren zu viele gibt, sondern wir möchten nur vor Mißbräuchen warnen.

Sehr oft treten leider recht traurige Fälle ein, daß Mitglieder aus der Vereinskasse Geld borgen, es später aber nicht abgeben wollen. Das ist ein sehr großer Mißbrauch der Vereinskasse, weil diese ja doch nicht eine Darlehnskasse oder eine Bank ist.

Andere Vereine suchen ihre Befriedigung darin, daß sie übermäßig teure Fahnen anschaffen, obgleich man dem lieben Gott ebenso aufrichtig, ja vielleicht noch aufrichtiger in bescheidener Weise mit weniger prächtigen Fahnen dienen kann.

An Stelle dessen müßten die Vereine ihr Vermögen zu öffentlichen, wohltätigen, bürgerlichen Zwecken verwenden. Der Arbeiterstand müßte durch seine Organisation zeigen, daß er die Bedürfnisse der Zeit und des Volkes versteht und zur Erfüllung der bürgerlichen Aufgaben imstande ist.

In erster Reihe müßten die Vereine um ihren Verband besorgt sein. Je kräftiger dessen Unterlage sein wird, desto mehr wird er seine Wirksamkeit zum Wohl des Arbeiterstandes entwickeln können. Und der Verband verlangt von den Vereinen nichts mehr, als die Erfüllung der übernommenen Pflichten, d. h. die Verbandsbeiträge und das pflichtmäßige Abkommen auf den „Robotnik“. Der Verband hat aber mit Mängeln zu kämpfen und die Vereine wollen einen Pfennig ausgeben, sondern vernachlässigen ihre Pflichten.

6. Sterbekassen.

In den letzten Jahren insbesondere in der Kriegszeit blickte der Hauptvorstand mit Unruhe und ernststen Befürchtungen auf die Sterbekassen.

Bei der Einführung der Sterbekassen war der erste Gedanke der, den Familien verstorbener Mitglieder im schwierigen und traurigen Augenblicke Hilfe zu leisten. Das sollte aber nur ein Werk der Barmherzigkeit sein und keinen rechtlichen Anspruch verleihen, d. h. der Verein sollte keine Verpflichtung haben, in jedem Falle und für jedes Mitglied Sterbekassenbeiträge zu erheben. Nach und nach wurden aber Reglements der Sterbekassen eingeführt, und seit dieser Zeit hatten schon die Angehörigen eines verstorbenen Mitgliedes das Recht, Sterbekassengeld zu verlangen.

Die Vereine erfaßten die Vorteile der Sterbekassen schnell und schufen deren sehr viele, so daß der Verband deren im Jahre 1913 schon 182 zählte. Für viele Mitglieder waren sie ein Reizmittel zur Zugehörigkeit des Vereins. Die Sache entwickelte sich ganz gut, so lange der Krieg nicht eintrat. Plötzlich stellten sich aber in den örtlichen Sterbekassen ernste Mängel ein, und viele versagten vollständig. Hören wir, was die Berichte hierüber sagen.

Im Jahre 1913 beruhten von 182 Sterbekassen 70 auf dem sogenannten Repartitions-System (d. h.

daß in jedem Sterbefalle Beiträge erhoben wurden), 75 auf monatlichen Beiträgen, 30 auf Zahlungen ohne besondere Beiträge und 7 auf einem gemischten System, d. h. daß außer den monatlichen Beiträgen in jedem Sterbefalle auch noch besondere Beiträge erhoben wurden.

Von diesen 182 Kassen haben 62 im Laufe des Krieges ihre Tätigkeit eingestellt. Außerdem werden in den Vereinen, von denen wir keine Berichte erhalten haben, die Sterbekassen wohl auch in Wegfall gekommen sein. Von den 182 Kassen haben die Zahlungen eingestellt:

- 28 Kassen mit dem Repartitions-System,
- 22 Kassen mit monatlichen Beiträgen,
- 10 Kassen ohne besondere Sterbekassenbeiträge,
- 2 Kassen mit gemischtem System.

Aus der obigen Zusammenstellung ersehen wir, daß einer kritischen Zeit, z. B. der Kriegszeit, kein System widersteht.

Von den oben angegebenen Kassen sind also nur noch 120 verblieben. In 6 Vereinen hat man die Beiträge erhöhen und in 7 das Sterbegeld ermäßigen müssen. Von 120 Kassen haben nur 85 den Familien der im Kriege Gefallenen Sterbegelder gezahlt, und zwar 53 ganz und 32 nur teilweise.

Hierzu müssen wir noch bemerken, daß zu 83 Kassen auch Ehefrauen zugelassen waren und in 4 Vereinen auch für Kinder Sterbekassengelder gezahlt wurden.

Solche Zustände können für die Dauer nicht bestehen bleiben, wenn die Vereine und der Verband nicht erheblichen Verlusten ausgesetzt werden sollen. Deshalb hat der Hauptvorstand schon lange die Gründung der Sterbekassen erwogen und an die Darbietung kräftigerer Unterlagen gedacht. Am 1. Juli 1910 wurde zum ersten Mal eine Verbands-Sterbekasse geschaffen, welche jedoch nicht lebensfähig war und auf Grund des VI. Beschlusses der 14. Zusammenkunft der Delegaten aufgehoben wurde. Gleichzeitig wurde der Hauptvorstand ermächtigt, eine neue, auf die „Vesta“, Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, gestützte Sterbekasse zu schaffen. Es wurde sofort zu Verhandlungen mit der „Vesta“ geschritten. Vereinbarungen wurden auch schon am 1. Juli 1914 getroffen, aber ihre Durchführung wurde leider durch den inzwischen eingetretenen Krieg unterbrochen.

Da der Krieg doch sehr lange dauert, ist der Hauptvorstand an die endgültige Regulierung der Verbands-Sterbekasse herangetreten. Unter Bezugnahme auf die Resolution der 14. Delegaten-Zusammenkunft, welche lautet:

„Die XIV. Delegaten-Zusammenkunft ermächtigt den Hauptvorstand zur Durchführung einer entsprechenden Vereinbarung mit der „Vesta“, Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, um für die Verbandsmitglieder eine vorteilhafte und sichere Lebensversicherung zu erzielen“ —

hat der Hauptvorstand am 19. Dezember 1916 zwischen der „Vesta“ und der Verbands-Sterbekasse ein Reglement zustande gebracht, das allen tätigen Vereinen überandt wurde.

Bis jetzt haben sich schon einige Vereine der Verbands-Sterbekasse angeschlossen, und die Zahl der Anträge beträgt annähernd 1000.

Die Ortssterbekassen haben in zahlreichen Vereinen im Jahre 1916 trotz aller Schwierigkeiten vorschriftsmäßig funktioniert. An Sterbegeldern wurde insgesamt der ansehnliche Betrag von 27 535,30 Mark bezahlt. Wenn man erwägt, daß zu den Ortssterbekassen einschließlich der Frauen wenigstens 25 000 Mitglieder gehören, dann entfällt auf den Kopf eine Reserve von annähernd 2,50 Mark. Das sind gewiß sehr schwache Grundlagen, um eine ernste Krisis zu überstehen.

7. Hauptvorstand.

Der Hauptvorstand setzte sich im Jahre 1916 aus folgenden Mitgliedern zusammen: Prälat Anton Stychel, Vorsitzender, Domherr Arkadiusz Lisiecki und vom 20. November der Geistliche Valentin Dymek, Hauptschriftführer und Redakteur des „Robotnik“, Domherr Stanislaus Adamski aus Posen, Felix Bednarkiewicz aus Neu-Kramzig, Johann Chwinski aus Bromberg, Stanislaus Dopierala aus Schöffen, Domherr Stanislaus Grzenda, aus Posen (bis zum 20. November), Dekan Wenzeslaus Maher aus Posen, Johann von Turno aus Slomowo und Josef Wroniak aus Posen.

Domherr Lisiecki legte das Amt des Hauptschriftführers mit dem 1. Juli nieder, weil ihn die geistliche Behörde auf die Pfarrstelle nach Bnin berief. Bis zur Wahl eines neuen Schriftführers hat der Geistliche Valentin Dymek aus Posen dieses Amt versehen.

Es haben vier Versammlungen des Hauptvorstandes stattgefunden. Außer den laufenden Sachen wurde auch die Rechtshilfe der Krieger und deren Familien, sowie die Versicherungsangelegenheit mit der „Besta“ besprochen.

8. Haupt-Schriftführer.

a) Zusammenfassung.

Zu dem Hauptschriftführeramt gehören folgende Personen: der Domherr Arkadiusz Lisiecki, und vom 1. Juli der Geistliche Valentin Dymek als Hauptschriftführer und Franz Czerwinski, Beamter des Verbandes.

Mit dem Sekretariat ist das Haupt-Verbands-Bureau der Rechtshilfe und die Verwaltung der Kasse des Verbandes und des „Robotnik“ verbunden.

b) Tätigkeit.

Auch in diesem Jahre war die Tätigkeit des Hauptschriftführers infolge der Kriegsverhältnisse eine sehr beschränkte. Eingegangen sind 1272 Postfächer, zur Absendung sind 2891 gelangt.

9. Verbands-Versammlungen.

a) Die Versammlung der Delegierten.

Die Jahresversammlung der Abgeordneten der einzelnen Vereine fand am 22. Mai in Posen statt. Um 9³/₄ Uhr hielt der Vorsitzende des Verbandes, Prälat Stychel, in der Pfarrkirche eine heilige Messe ab. Der Herr Erzbischof konnte persönlich nicht erscheinen, sondern übersandte der Versammlung seinen oberhirtlichen Segen.

Es hatten sich eingefunden: 177 weltliche Mitglieder und 75 geistliche Patrone und Vizopatrone, zusammen 252, als Vertreter von 158 Vereinen.

Die Zusammenkunft der Abgeordneten erledigte vor allem die laufenden Sachen, nahm die Rechnungen, den Haushaltsanschlag und den Bericht des Hauptvorstandes entgegen und führte Wahlen aus usw.

b) Die Versammlung der geistlichen Patrone und Vizopatrone

fand am 20. November statt. In Vertretung des Vorsitzenden leitete der geistliche Patron Adamski die Verhandlung.

Die Versammlung wurde durch die Anwesenheit des Herrn Erzbischofs Dr. Dalbor geehrt. Der Gast wies auf zahlreiche soziale Änderungen hin, die eine unumgängliche Folge des gegenwärtigen Krieges sein werden und ermutigte die anwesenden Priester, treu auf der Wacht zu stehen, sowie den hl. Glauben und die Interessen und Rechte unseres Volkes eifrig zu verteidigen.

Im Laufe der Versammlung wurden zwei Beschlüsse gefaßt, in denen die geistlichen Patrone und Vizopatrone aufgefordert wurden, alle Verbandsvereine aufs neue zu einer energischen und beharrlichen

Bereinsarbeit zu ermutigen und auch mit den zu den Waffen einberufenen Mitgliedern durch Übersendung des „Robotnik“ eine ständige Verbindung aufrecht zu erhalten.

Auch über den Anschluß der Sterbekasse an die Lebensversicherung der „Besta“ wurde verhandelt und der Hauptvorstand zu weiteren Schritten in dieser Angelegenheit ermächtigt.

Ebenso wurde auch die Fürsorge für die Kriegsverletzten sehr eingehend besprochen.

Im Hauptvorstande sind wichtige Veränderungen eingetreten. An Stelle des verletzten Schriftführers Domherrn Lisiecki wurde der Geistliche Valentin Dymek für die Dauer von drei Jahren gewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Hauptvorstandsmitgliedes Domherrn Grzenda wurde der Pfarrer Arkadiusz Lisiecki für zwei Jahre und der Patron Adamski für drei Jahre gewählt.

10. Das Verbandsorgan „Robotnik“.

a) Redakteur und Verwaltung.

Bis Juli 1916 hat der Hauptschriftführer des Verbandes, Domherr A. Lisiecki den „Robotnik“ redigiert und späterhin der Geistliche V. Dymek mit Hilfe von Mitarbeitern. Verwalter des „Robotnik“ ist Johann Misk in Posen.

b) Verlag.

Infolge der Kriegswirren hat sich die Zahl der Abonnenten des „Robotnik“ um die Hälfte vermindert und am Ende des Jahres 1916 nur 16 200 betragen.

11. Herausgaben des Verbandes.

Im Jahre 1916 wurden die in den Vorjahren herausgegebenen Werke verbreitet.

12. Rechtsbeihilfe für die Mitglieder.

a) Die Bureaus der Rechtshilfe.

Der gegenwärtig wütende Krieg hat auf alle Verbandseinrichtungen nachteilig gewirkt, insbesondere aber auf die Bureaus der Rechtshilfe. Von 19 Bureaus, deren der Verband vor dem Kriege hatte, mußten in den Jahren 1914 und 1915 infolge der Einberufung der betr. Leiter zu den Waffen drei geschlossen werden (Jarotschin, Lissa und Ostrowo). Im Jahre 1916 hatten zwei weitere Bureaus (Gostyn und Kosten) dasselbe Schicksal, dafür konnte aber eins (in Ostrowo) wieder neu belebt werden. Das Bureau in Zilchne stellte seine Tätigkeit infolge Erkrankung und des Todes des Leiters am 1. April ein. Das Bureau in Schneidemühlchen wurde infolge der Versetzung des Pfarrers Kilinski nach Brodnica im zweiten Vierteljahre von Schneidemühlchen nach Drazig verlegt, wo es der Geistliche Jengler weiterführt.

Bei den oben angegebenen Lücken ist es jedoch nicht verblieben. Die Verminderung der Einnahmen während der Zeit des Krieges, hauptsächlich infolge der Beschränkung der Abonnements auf den „Robotnik“ seitens der Vereine, hat den Hauptvorstand veranlaßt, alle Rechtsbureaus — mit Ausnahme des Hauptbureaus in Posen — mit dem 1. Juli 1916 zu schließen.

Der Pfarrer Kilinski in Brodnica hat kurz nach der Übernahme dieser Pfarrstelle daselbst ein Verbands-Rechtsbureau gegründet, das er auch selbst leitet.

Name der Bureaus und ihrer Leiter:

1. Bromberg: Geistl. Ploffa.
2. Czarnikau: Moijus Henke.
3. Gnesen: Geistl. Wl. Gorey.
4. Gostyn: — —
5. Hohensalza: Geistl. Kochowiaf.
6. Jarotschin: — —
7. Kosten: — —
8. Lissa: — —
9. Birnbaum: Kasimir Tomaszewski.

10. Rafel: Johann Miodaf.
11. Ostrowo: Leon Sokolowski.
12. Posen: (Hauptbureau) Peter Janczak.
13. Samter: Theodor Pokorzynski.
14. Schroda: Wladislaus Lachowski.
15. Wongrowitz: Vinzent Bonowski.
16. Zilehne: Josef Gaertig (bis 31. 3. 16)..
17. Bentischen: Leo Kromski.
18. G6rchen: Geistl. A. Fabijz.
19. Schneidem6hlschen: (bis 31. 3. 16) Pfarrer Kilinski.
20. Dragig: (vom 1. 4. 16) Geistl. Fegler.
21. Brodnica: (vom 1. 4. 16) Pfarrer Kilinski.

b) T6tigkeit der Rechtshilfe-Bureau's.

1. Zahl der Ratschl6ge und der Schriftst6cke.

Im Jahre 1916 kamen 4607 Ratschl6ge und 3557 Schriftst6cke in Frage.

2. Art der Ratschl6ge.

M6ndliche Ratschl6ge ohne Schriftwechsel waren	1427
Schriftliche " " " "	3180
zusammen	4607

c) Private Ratschl6ge in den Vereinen.

Die vorj6hrige Zusammenkunft der Abgesandten war mit der vor6bergehenden Einstellung der T6tigkeit der Rechtshilfe-B6ros zwar einverstanden, richtete aber zugleich an die geistlichen Patrone und Bizepatrone die Bitte, da6 sie sich jetzt erst recht mit der Erteilung von Ratschl6gen befassen m6chten. Dieser Aufruf hatte einen guten Erfolg. Wie die Berichte ergeben, sind au6erhalb der Rechtsb6ros in 100 Vereinen zusammen 2228 Ratschl6ge erteilt worden.

Die h6chsten Zahlen privater Ratschl6ge haben folgende Vereine angegeben:

Tremessen 350, Wieszeczyzn 250, Kolmar 200, Pafosch 123, Gryzna 100, Alt-Gostyn 100, Usarzewo 88, Bomst 77, Koschmin 70, Trzeznica 70, Janowiz 65, Ezerlejo 58, Lubasz 54, Szymborze 50, Komalewo 50, Mogilno 50, Schroda 50, Balkowo 34, Bythin 30, Czacz 30, Ritschenwalde 25, Schmi6gel 25, Krotoschin 20.

Rechnungen des Verbandes f6r das Jahr 1916.

1. Jahresrechnung des „Robotnik“.

Einnahme:	Jahr 1915	Jahr 1916
1. Abonnement — bar	22 139,92	17 804,25
2. Inserate — bar	1 169,88	1 318,40
3. R6ckst6ndige Abonnements	997 80	1 089,90
4. R6ckst6nde f6r Inserate	30,75	20,73
zusammen	24 338,35	20 233,28

Ausgabe:	Jahr 1915	Jahr 1916
1. Drucksachen und Papier	12 491,22	7 356,51
2. An Redakteure und Mitarbeiter	2 710,—	2 015,—
3. Verwaltung	2 400,—	2 400,—
4. Porto	2 538,94	1 885,85
5. Papier, Bindfaden und Expedition	440,—	288,—
6. 6berweisung von Zeitungen, Abon. Schriften, B6cher	55,85	11,30
7. Mietzins, Beheizung und Beleuchtung	1 264,—	1 278,50
8. B6roger6te, Telephon	133,74	139,64
9. Krankenkasse	70,20	71,55
zusammen	22 103,95	15 446,35

Zusammenstellung:	Jahr 1915	Jahr 1916
Einnahme:	24 338,35	20 233,28
Ausgabe:	22 103,95	15 446,35
Gewinn	2 234,40	4 786,93

2. Rechnung der Einnahmen und Ausgaben des Verbandes.

Einnahmen:

1. Gewinn aus dem „Robotnik“	2 234,40	4 786,93
2. Verbandsbeitr6ge f6r 1915	45,70	103,85
3. „ „ „ 1916	2 473,95	2 128,60
4. Drucksachen, Verlag, Stempel	1 641,71	914,08
5. Zinsen	348,40	87,—
6. Au6ergew6hnliche Einnahme	—	2 500,—
7. B6ros der Rechtshilfe	—	1 240,25
zusammen	6 744,16	11 760,71

Ausgabe:

1. Ausgabe des Hauptvorstandes und Schriftf6hrers	5 462,50	5 844,50
2. Drucksachen, Verlag und Stempel	716,82	569,44
3. Porto	116,81	89,63
4. Krankenkasse und Versicherungen	590,01	641,16
5. B6ros f6r Rechtshilfe	4 454,40	2 385,53
6. Agitation und Reisen	94,75	400,42
7. Kosten der Verbandsversammlungen	129,64	120,—
8. Verbandsbibliothek	16,18	18 60
9. B6roger6te	99,50	85 90
10. Feuerversicherung	11,20	11,20
11. Zinsen	10,—	—
zusammen	11 701,81	10 166,38

Zusammenstellung:

Einnahme:	6 744,16	11 760,71
Ausgabe:	11 701,81	10 166,38
6berschu6	—	1 594,33

3. Verm6gen des Verbandes.

1. Bar	943,30
2. Inventar	5 111,42
3. Schuldner	2 450,78
zusammen	8 505,50

4. Gl6ubiger.

7 228,03

Das Verm6gen betr6gt . . 1 277,47

4. Bezeichnung des Revisions-Ausschusses.

Die 6bereinstimmung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlust-Rechnung mit den B6chern bescheinigen wir. Die Quittungen und die einzelnen Kontis haben wir gepr6uft und keinerlei Verst66e gefunden.

Posen, den 4. Mai 1917.

Der Revisions-Ausschu6.

Medlewski. Paul Polaszek.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 219 des Czas (Krakau)
vom 12. Mai 1917.

Der Staatsrat.

Warschau, 10. Mai 1917.

Im Laufe des Monats April und in den ersten Tagen des Mai d. J. hielt der vorl6ufige Staatsrat unter dem Vorsitze des Kronmarschalls 5 Vollsitzungen ab und zwar am 6., 13., 21. April und am 1. und 5. Mai.

Um die Verwirklichung des Staates.

I. Die Sitzung am 6. April wurde in Anwesenheit von 23 Mitgliedern des vorläufigen Staatsrates, der beiden Kommissare und dreier Stellvertreter abgehalten.

a) Es wurde eine grundsätzliche Erklärung angenommen und den Okkupationsbehörden vorgelegt, welche auf die Notwendigkeit einer Revision des Verhältnisses der beiden Mittelmächte zum vorläufigen Staatsrate hinweist. In der Volksgesamtheit wird nämlich die Entrüstung immer größer, weil die Lage in Polen seit dem geschichtlichen 5. November noch keine Änderung erfahren hat, so daß der Staatsrat entweder den ganzen Einfluß auf die Volksgesamtheit und den Rest seines Ansehens einbüßt oder den Beweis liefern muß, daß er in dem Leben Polens etwas bedeutet, daß er im Sinne seines Aufrufes vom 15. Januar d. J. auf das Leben des Landes wirklich Einfluß ausübt. Unter diesen Umständen verlangt der Staatsrat:

1. unverzügliche Entscheidung der polnischen Heeresfrage im Sinne der von ihm niedergelegten Denkschrift;

2. unverzügliche Übergabe des Schul- und Gerichtswesens in die Hände des Staatsrates;

3. Einräumung des Rechts an die Organe des Staatsrates auf Mitwirkung an der Versorgung des Landes und an den Requisitionen, sowie Gewährleistung des persönlichen und Postverkehrs zwischen den beiden Okkupationsgebieten.

Außerdem erachtet der Staatsrat die baldige Verwirklichung folgender grundsätzlicher Forderungen durch die Mittelmächte als notwendig:

1. Ausdehnung der Tätigkeit des Staatsrates auf den übrigen Teil des Königreichs Polen und desjenigen Teils von Litauen, der nicht unmittelbar zum Kriegsgebiete gehört;

2. Einführung einer polnischen Verwaltung;

3. Anerkennung des polnischen Staates als selbständiges Subjekt des Völkerrechts und Einräumung des Rechtes an den Staatsrat, Gesandtschaften an die mit den Mittelmächten verbundenen und an die neutralen Staaten zu entsenden und von denselben zu empfangen;

4. Berufung eines Regenten mit Zustimmung des Staatsrates.

b) Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde eine Antwort auf den Aufruf der vorläufigen russischen Regierung an die Polen beschlossen. (Diese Antwort wurde von der Presse am 13. April gebracht).

Die neue Währung.

II. An der Sitzung am 13. April beteiligten sich 21 Mitglieder des vorläufigen Staatsrates, 3 Stellvertreter der Kommissare und 2 Sachverständige in Finanzsachen seitens der Okkupationsbehörden.

In dieser Sitzung wurden die von den Okkupationsbehörden vorgelegte Verordnung über die Währung eingehend besprochen, und nach der Erhebung allgemeiner grundsätzlicher Zweifel hinsichtlich der Verordnung wurden folgende Änderungen als notwendig erachtet:

1. eine Milderung der vorgesehenen Strafen; 2. die Aufhebung des § 7 der Verordnung, der von der Ungültigkeit der Rechtsgeschäfte handelt, die in Rubelwährung abgeschlossen worden; 3. die Berechtigung der ländlichen und städtischen Kreditgesellschaften zur weiteren Ausgabe von Pfandbriefen und zur Emission hypothekarischer Akte in Rubelwährung; 4. die Berechtigung der Lebensversicherungsgesellschaften zum Abschluß von Geschäften in Rubelwährung.

Der Haushaltsplan des Staatsrates und die Heeresfrage.

III. An der Sitzung am 21. April beteiligten sich 24 Mitglieder des vorläufigen Staatsrates, 1 Kom-

missar, 4 Stellvertreter, 2 Finanzsachverständige und 2 Militärsachverständige seitens der Okkupationsbehörden.

a) Zunächst wurde der vom Direktor der Finanzabteilung vorgelegte Haushaltsplan des vorläufigen Staatsrates beraten und angenommen. Derjelbe beläuft sich für die Monate April und Mai auf 176 065 Mark monatlich, in denen 132 015 Mark gewöhnliche und 44 050 Mark einmalige Ausgaben enthalten sind. Bei einer Vergleichung dieses Haushaltsplans mit dem für Februar, März, April und Mai wurde eine ständige Zunahme der gewöhnlichen Ausgaben festgestellt, die auf die Entwicklung der Arbeiten der einzelnen Abteilungen zurückzuführen sind. Die gewöhnlichen Ausgaben betrugen im Februar 65 240 Mark, im März 106 225 Mark und im April und Mai 132 015 Mark. Die größte Zunahme der Ausgaben weist die wirtschaftliche Abteilung auf.

b) Sodann wurde die Antwort des Warschauer Herrn Generalgouverneurs auf die Denkschrift des vorläufigen Staatsrates über die Heeresfrage angehört und zur Kenntnis genommen.

Diese Antwort ergibt folgendes:

1. Eine Änderung des Heeres-Ausschusses in eine Kriegsabteilung ist vorgesehen, muß aber erst mit dem Staatsrate näher besprochen werden;

2. es sind periodische Versammlungen des Heeres-Ausschusses oder der Kriegsabteilung zwecks Information des vorläufigen Staatsrates seitens des Generalgouverneurs über die Fortschritte und die Einzelheiten bei der Bildung des Heeres vorgesehen;

3. der Staatsrat hat die durch nichts beschränkte Freiheit in der Richtung der Einwirkung auf die Bevölkerung, um sie zum Eintritt in das Heer zu bewegen;

4. die Bewohner der polnischen Gebiete, die früher Rußland angehörten und gegenwärtig nicht den beiden Generalgouverneuren unterstehen, dürfen in das polnische Heer eintreten;

5. die Gründung militär-technischer Schulen wird später entschieden werden, und zwar je nach der Zahl und Befähigung der Freiwilligen;

6. die vom vorläufigen Staatsrate geplante Einrichtung eines „Roten Kreuzes“ wird unterstützt werden, ebenso die Bildung einer polnischen Feldseelsorge;

7. die militärische Ausbildung der Jugend darf als Zweck der allgemeinen Erziehung behandelt werden.

c) Es wurde der Erlaß eines Werbe-Aufrufes beschlossen, und nach seiner Bekanntmachung soll eine Mitteilung veröffentlicht werden, welche den Standpunkt des Staatsrates in der Heeresfrage klarlegt.

d) Der Kronmarschall wurde beauftragt, dem Erzbischof für seine Botschaft an das Volk den Ausdruck der Anerkennung zu übermitteln.

e) Es wurde die Teilnahme an dem feierlichen Gottesdienste am 6. Mai für das Wohlergehen des Vaterlandes beschlossen.

Der Regent und die polnische Regierung.

IV. Die Sitzung am 1. Mai wurde in Anwesenheit von 23 Mitgliedern des Staatsrates, beider Kommissare und 4 Vertreter abgehalten.

a) Zunächst wurden die grundsätzlichen Forderungen des vorläufigen Staatsrates angenommen, deren schleunigste Erledigung als unerläßlich erachtet wurde, wenn die durch den Akt vom 5. November vorgezeichnete politische Linie in der öffentlichen Meinung des Landes aufrecht erhalten werden soll. Diese Forderungen sind folgende:

1. Der vorläufige Staatsrat beruft einen Regenten der nach den Wünschen des Landes eine Person sein soll, die fließend polnisch spricht, katholischer Religion ist, mit unserm Lande wenigstens in gewissem

Grade verbunden ist und möglichst einer regierenden Dynastie entstammt. Die erste Aufgabe des Regenten müßte die Bildung eines Ministerkabinetts rein polnischen Charakters und die Einberufung eines Landtages sein.

2. Die sofortige Bildung einer aus polnischen Ministern bestehenden vorläufigen polnischen Regierung durch den Staatsrat im Sinne der Wünsche der Volksgesamtheit. Der Ministerrat wird bis zur Zeit der Übernahme der Regierung durch den Regenten die vollziehende Staatsgewalt im Lande sein. Die polnische Regierung wird den Regierungen der Mittelmächte ein vom vorläufigen Staatsrate ausgearbeitetes Programm der Übernahme der Regierung unter Berücksichtigung der Kriegsnotwendigkeiten vorlegen.

In den Beweggründen der Forderungen wurde unterstrichen, daß:

1. die allmähliche Übernahme der Regierung bisher nicht in die Tat umgesetzt wurde,
2. die Heeresfrage bis dahin im Sinne der Wünsche des Staatsrates nicht entschieden ist,
3. das Verhältnis der Okkupationsbehörden zur Bevölkerung freundschaftlichere Formen nicht angenommen hat,
4. gesetzgeberische Verordnungen entweder unter Umgehung des Staatsrates oder ohne Berücksichtigung seines Gutachtens weiter erlassen wurden.

In Ermangelung den Akt vom 5. November v. Jz. verwirklichter Absichten seitens der Mittelmächte ist sogar die Idee der Anlehnung des unabhängigen polnischen Staates an ein freies Bündnis mit den Mittelmächten erschüttert. In Anbetracht dessen wirkt das Bestehen des vorläufigen Staatsrates in der heutigen Form und mit seiner bisherigen Befugnis nicht nur nicht auf eine Befestigung freundschaftlicher politischer Beziehungen zwischen dem polnischen Staate und den Mittelmächten ein, sondern dieses Weiterbestehen kann sogar den Gedanken eines auf den Westen gestützten polnischen Staates im Keime ersticken.

b) Im Zusammenhang mit diesen Forderungen wurde beschlossen, daß der Vollziehungsausschuß einen besondern Ausschuß wählen solle, der in kürzester Zeit ausarbeiten würde:

1. das Programm der Übernahme der Staatsgewalt im Lande,
2. die Grundsätze des gegenseitigen Verhältnisses der polnischen Regierung, des Staatsrates und der Okkupationsbehörden.

Die österreichischen Untertanen in den Legionen.

c) Folgender Antrag des Herrn Rozłowski wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Offiziere und Soldaten der polnischen Legionen österreichischer Staatsangehörigkeit mit ihrem Blute die polnische Staatsbürgerschaft erkämpft haben, beschließt der vorläufige Staatsrat, unverzüglich bei dem Oberbefehlshaber des polnischen Heeres dahin vorstellig zu werden, daß diese bei der Besetzung aller dienstlichen Stellen in den Legionen und in der ganzen polnischen Heeresmacht unter keinem Vorwand übergangen und in der dienstlichen Pragmatik gleich den Staatsbürgern des Königreichs Polen behandelt würden, sowie daß in den die Legionen betreffenden Verordnungen der „Polnischen Wehrmacht“ die Bezeichnung „Nationalpolen“ beseitigt würde.“

d) Es wurde ferner ein Antrag des Herrn Ratanjon angenommen, an die Okkupations-Behörden mit der Forderung heranzutreten, daß die Garantie des Deutschen Reiches für die Emission der Banknoten der polnischen Darlehnskasse in einer dem entsprechenden Form amtlich bestätigt werde. Hierbei wurde eine Erklärung des Herrn Kommissars der Kaiserlich Deutschen

Regierung zur Kenntnis genommen, daß eine solche Garantie werde geleistet werden.

Die Finanzen der Stadt Warschau

V. An der Sitzung am 5. Mai beteiligten sich 21 Mitglieder des Staatsrates, beide Kommissare und 3 Stellvertreter. In dieser Sitzung wurden angenommen:

a) folgender Antrag des Herrn Ratanjon in der Finanzfrage der Stadt Warschau:

Auf Grund von Vorstellungen des Magistrats der Hauptstadt Warschau vom 24. April und vom 4. Mai d. J. ist folgendes in Erwägung gezogen worden:

1. Die Stadtkasse bedarf notwendig einer sofortigen Kredithilfe, um ihre Pflichten erfüllen zu können, 2. die von der Stadt gemachten und vom Staat zurückzuerstattenden Ausgaben, sowie die mit den ehemaligen Magistratsbehörden nach Rußland abgeführten städtischen Fonds übersteigen den Betrag von 40 000 000 Rubeln, der von der zukünftigen polnischen Regierung von den hierzu Verpflichteten zurückgefordert werden müsse. 3. Infolge dessen hat die Stadt das Recht, staatliche Hilfe zu verlangen. 4. Die Stadt hat die polnische Darlehnskasse um Gewährung eines Darlehns in Höhe von 20 Millionen Mark ersucht, das von dem von der Stadt aufzunehmenden Darlehn von 75 Millionen Mark zurückgezahlt werden würde. 5. Die Stadt hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Zinsfuß für das in Rede stehende Darlehn nicht mehr als 4 % betragen dürfe. 6. Gleichzeitig verlangt die Stadt, daß sie fernerhin von Leistungen für die Okkupationsbehörden befreit werden möge. 7. Die Stadt richtet an den vorläufigen Staatsrat die Bitte, dem Herrn Generalgouverneur zu erklären, daß für die Hilfe, welche die polnische Darlehnskasse der Hauptstadt Warschau gewähren wird, die zukünftige polnische Regierung die Verantwortung übernehmen wird.

Der vorläufige Staatsrat spricht die Überzeugung aus, daß die zukünftige polnische Regierung sich der Verantwortung für die Beihilfe, welche die polnische Darlehnskasse der Stadt in Form von Darlehen in Höhe von 20 Millionen und 75 Millionen Mark unter den von der Stadt angegebenen Bedingungen gewährt, nicht entziehen werde.

Die Forderungen des Staatsrates.

b) Es wurde beschlossen, einen aus 7 Personen bestehenden Ausschuß zu wählen, der in nächster Zeit eine aus den Mitgliedern des Staatsrates und aus Vertretern der Volksgesamtheit bestehende Versammlung einberufen soll, die über die Durchführung der vom Staatsrate am 1. Mai beschlossenen Anträge zu beraten hätte. In diesen Ausschuß wurden gewählt: der Kronmarschall, der Bizemarschall und folgende Mitglieder des Staatsrates: Dzierzbicki, Janicki, Luniewski, Sklinski und Prälat Przewdzicki

c) Ebenso wurde aus folgenden Mitgliedern des Staatsrates: Bukowiecki, Dzierwulski, Dzierzbicki, Grendyszynski und Raczorowski ein Ausschuß ernannt, der ausarbeiten soll:

1. das Programm der Übernahme der Staatsgewalt im Lande,
2. die Grundsätze des gegenseitigen Verhältnisses der polnischen Regierung, des Staatsrates und der Okkupationsbehörden.

Die Antwort der Okkupationsbehörden.

d) Im Laufe der weiteren Verhandlung wurde eine vorläufige Antwort der Okkupationsbehörden entgegengenommen, aus der hervorgeht, daß der Staatsrat eine amtliche Antwort erhalten werde, sobald die verbündeten Mächte sich über eine grundsätzliche Stellungnahme zu den Anträgen verständigt

haben werden. Zu dieser Verständigung ist das Einverständnis beider Monarchen erforderlich, weil die Anträge eine Aufhebung oder wenigstens eine vollständige Umgestaltung der Verordnung vom 26. November verlangen. Die Ausarbeitung der Einzelheiten der Regelung der Angelegenheit wird eine ganze Reihe von vorbereitenden Arbeiten und Verhandlungen erfordern. Jedenfalls macht die Neugestaltung der Verhältnisse bis zur Verwirklichung der neuen Sachlage das Dasein des vorläufigen Staatsrates als eines Vermittlers unbedingt erforderlich, weil insbesondere nur der vorläufige Staatsrat dazu berufen sein kann, bei den zwischen den verbündeten Mächten zu führenden Unterhandlungen die Wünsche des polnischen Volkes zum Ausdruck zu bringen.

* * *

Ebenso wurde der Grundsatz beschlossen, daß die Offiziere und Mannschaften der polnischen Regionen, die nicht Staatsbürger des Königreiches Polen sind, im Falle eines von ihnen ausgesprochenen Wunsches sofort das Bürgerrecht des Königreiches Polen erlangen sollen. Mit der Festsetzung besonderer Vorschriften, die in der Justizabteilung bearbeitet werden sollen, wird ein Vollziehungs-Ausschuß beauftragt.

Aus Nr. 106 des Głos Narodu (Krakau)
vom 5. Mai 1917.

Der tote Punkt.

Aus Warschau kommen immer häufiger Nachrichten über die kritische Stellung des Volkes gegenüber den Verhältnissen, unter denen sich der vorläufige Staatsrat befindet. Diese Kritik geht sogar über die Parteien hinaus, die die Entstehung des vorläufigen Staatsrats mit Zurückhaltung begrüßt und sich die Beurteilung seiner Tätigkeit für eine spätere Zeit vorbehalten haben. Diese Zurückhaltung, fügen wir hinzu, war überwiegend eine wohlwollende, da sogar diejenigen Parteigruppen, die an der neuen Institution keinen Anteil hatten, sich gegen die Annahme verwahrten, daß sie die Arbeiten des vorläufigen Staatsrats hindern wollen. Insbesondere hielten sich die Gruppen der Rechten, die ohne ihre Schuld außerhalb des Staatsrats geblieben waren, in einer abwartenden, aber grundsätzlich zustimmenden Haltung gegenüber allem, was die neue Körperschaft dem polnischen Staatswesen nützlich machen könnte. Heute erfahren wir, daß sogar die äußerste und die weniger radikale Linke den Staatsrat entschieden und streng kritisiert. Einen Maßstab dafür bietet die Abberufung des Herrn W. Kunowski, der die polnische sozialistische Partei im Staatsrat vertreten hat. Einen ähnlichen Schritt unternahm die „Vereinigung demokratischer Parteien“, indem sie ihren Vertreter, Herrn Grendyszynski, aufforderte, den Staatsrat zu verlassen. Der Grund geht deutlich aus der gestern von uns erwähnten Mitteilung des „Naprzód“ hervor, daß nämlich „die geplante allmähliche Übernahme der Machtbefugnisse bis jetzt nicht erfolgt sei“, und daß „in dem Verhältnis der Behörden zur Bevölkerung sich nichts geändert hat und die Anordnungen derselben entweder die Meinung des Staatsrats nicht berücksichtigen oder sie vollständig übergehen.“ Zwar sind die Abteilungen und die Ausschüsse tätig, aber diese Arbeit verbleibt innerhalb der Beratungssäle, während das Volk „keine äußeren Ergebnisse der Tätigkeit erblickt, Ergebnisse, die die Verwirklichung des Aktes vom 5. November vorwärts bringen“.

Diese Stimmung hat sich wohl schließlich auf den Staatsrat selbst übertragen und dort das Jähll der Ausschuss- und Abteilungsberatungen gestört. — Daraus erklären sich die Gerüchte, daß diese

Körperschaften in Berlin und Wien durch eine besondere Abordnung eine Denkschrift mit einigen Forderungen unterbreiten sollen, an deren Spitze das Verlangen nach einer polnischen Regierung mit Ministern steht, die durch den Staatsrat ernannt werden, ferner „die Notwendigkeit, diesem Kabinett die Regierungsgewalt über Polen zu übertragen, die Notwendigkeit der Vermehrung der Mitgliederzahl des Staatsrats in dem Umfange, daß auch die Rechte in ihn eintreten könnte, und schließlich die Berufung eines Regenten auf den polnischen Thron.“

Es gibt Notwendigkeiten, die so offenkundig sind, daß keine Kurzsichtigkeit sie dauernd von der Tagesordnung entfernen kann. — Als nach dem Akte vom 5. November sich im Volke Stimmen erhoben, die nach einem Landtage und einer Regierung riefen, wurden von manchen Parteien dieser Forderung allgemeine Redewendungen entgegengestellt, in welchen die Rhetorik oder die Phraseologie die Form von Thesen einer realen Politik annahm. Heute verlangen dieselben politischen Gruppen und Grüppchen, die im Staatsrat vielfach desto stärker vertreten sind, je schwächer sie in der Volksgesamtheit dastehen, eine Regierung. Heute möchte man auch im Staatsrat jene Rechte sehen, deren Eintritt man alle Hindernisse bereitete. Erst jetzt bricht sich in jenen Kreisen die Überzeugung Bahn, daß nur eine solche Körperschaft Kraft besitzen kann, die einen politischen Mikrokosmos der Volksgesamtheit darstellt, und daß man außerhalb des Volkes nur mit einem solchen Organismus rechnen wird, mit dem das Volk auch innerlich rechnet. Es ist besser „spät“ als „niemals“; es gibt jedoch Fälle, wo ein solches „spät“ infolge der vorwärtsdrängenden Ereignisse ein Synonym für „niemals“ werden kann.

Und trotzdem hat man die teure Zeit mit theoretischen und häufig zwecklosen Beratungen, unausgeführten Beschlüssen und Vorschlägen verbracht, die auf dem Papier ruhen. Darf man sich da wundern, daß die Allgemeinheit, nachdem sie auf Taten vergeblich gewartet hat, schließlich anfängt, ihren Vorrat an Geduld zu prüfen? Und sie hatte viel davon. Sie ließ sogar die Vorwürfe von „Passivität“ über sich ergehen, die gerade aus jenen Kreisen kamen, die zu keiner positiven Tat sich aufschwingen konnten und dies heute sogar selber zugeben müssen. Sogar heute noch wird in den Spalten mancher Blätter die ungeheure Mehrheit des Volkes wegen seiner „unfreundlichen Haltung gegenüber dem Staatsrat“ angegriffen, und jene angebliche Unfreundlichkeit in falscher, wenn nicht direkt verkehrter Weise dargestellt. Man spricht ferner von einer Opposition gegen die Entstehung und die Existenz des Staatsrats. Und trotzdem muß es heute jedem klar sein, daß die Volksgesamtheit mit dem Staatsrat nicht deshalb unzufrieden ist, weil er besteht, sondern deshalb, weil er nichts leistet.

In dem Augenblicke, in dem der Staatsrat dies selbst anerkennt, wird die Lage unzweifelhaft klarer werden, und die Angelegenheit des polnischen Staatswesens wird den toten Punkt verlassen, auf dem sie stecken geblieben ist. Wir alle verstehen die schwierigen Verhältnisse, unter denen diese vorläufige Körperschaft sich befindet. Aber wir verstehen zugleich, daß der vorläufige Charakter kein Programm — für die Dauer sein kann. Ungewöhnlich ist die Lage des Staatsrats; es ergibt sich daraus aber nur die einzige Schlussfolgerung: Wenn nämlich die Lage stets Mittel zum Handeln diktiert, so müssen auch diese ungewöhnlich sein. Daß aber die Passivität keine Tätigkeit ist, braucht wohl nicht erklärt zu werden.

Der Staatsrat ist, wenn wir den Zeitungsnachrichten Glauben schenken sollen, nach längerem Umherirren zu der Forderung gelangt, die die Volksgesamtheit schon vor der Entstehung des Staatsrats erhoben hat, nämlich der Forderung nach einer pol-

nischen Regierung. Wir wollen diesen Gerüchten glauben. Ihre Bestätigung wäre ein Beweis dafür, daß der Vorläufige Staatsrat seine vom nationalen Standpunkte aus einzige Daseinsberechtigung und seine einzige Aufgabe erkannt hat, nämlich die Verwirklichung des Aktes vom 5. November, die Verwirklichung des polnischen Staatswesens.

Aus Nr. 210 des Czas (Kraſau)
vom 7. Mai 1917.

Die neuesten Gegner der Passivität.

Zuschriften aus Warschau, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, und auch Nachrichten, die auf anderem Wege hier her gelangten, lassen den Schluß zu, daß sich im Königreich eine immer stärkere Ungebuld aus Anlaß der Hinausschiebung der Angelegenheit des polnischen Heeres und der polnischen Regierung bemerkbar macht. Der Vorläufige Staatsrat ist, wie wir dies bei seiner Entstehung bemerkt und wiederholt erläutert haben, der Anfang der polnischen Regierung, ähnlich wie die Legionen den Anfang des polnischen Heeres darstellten. Wir nannten ihn bei seiner Entstehung einen Kristallisationspunkt für die allmähliche Entstehung einer obersten Regierungsgewalt. Zwecks seiner Entwicklung zu einer solchen hätte der Staatsrat — neben gleichzeitiger Berufung eines Regenten — die Berechtigung der Exekutive auf bestimmten Gebieten erhalten müssen, vor allem aber die Berechtigung zur Organisation des Heeres, des Schul- und des Gerichtswesens. Dies alles zu erlangen war und ist noch immer möglich.

Der Staatsrat hat sich tatsächlich auf diesen Standpunkt gestellt und hat sehr viel getan, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die mit der Übernahme so wichtiger Gebiete verknüpft sind. Er hat besondere Projekte ausgearbeitet, in vielen Fragen das Einverständnis der Besatzungsbehörden erlangt und Sachleute und provinzielle Organisationen vorbereitet, so daß die Übernahme der Regierungsfunktionen wenigstens auf oben genannten drei Gebieten vorbereitet ist. Schwierigkeiten, deren Beseitigung von uns nicht abhängig war, hat man überwunden. (Zensurlücke.)

Aber von diesem Druck sind die Bemühungen gewisser Organe zu unterscheiden, die mit der Taktik der National-Demokratie sympathisieren und bei dieser Gelegenheit das Vertrauen des Volkes zum Staatsrat schwächen, seine bisherige Tätigkeit diskreditieren und das Königreich auf den Weg der Geringschätzung aller allmählichen und langsamen Errungenschaften stoßen wollen, ohne die wir im Laufe des Krieges die Grundlagen für den polnischen Staat nicht erlangen können. Diesem Feldzug, der gegenwärtig mit immer größerer Dreistigkeit und Rücksichtslosigkeit beginnt, liegt das Bestreben der National-Demokratie zu Grunde, die Leitung im Königreich Polen wieder an sich zu bringen. Die National-Demokratie hat aber durch ihr falsches politisches Programm — es genügt, an die Losung des „ethnographischen Polens“ zu erinnern, die erst kürzlich in einer Kraſauer Tageszeitung von neuem erhoben wurde — vor allem aber durch ihre grundsätzliche Abneigung gegen die Bildung eines polnischen Heeres ihre Sache in der öffentlichen Meinung des Volkes gründlich verspielt. Sogar die polnische Emigration in Rußland rückt heute vom national-demokratischen Programm ab und sammelt sich um Herrn Lednicki, den Anhänger der polnischen Unabhängigkeit, der die Notwendigkeit eines solidarischen Zusammenwirkens mit dem Staatsrat in Warschau anerkennt. Wie soll man also in Anbetracht dessen die im Lande begonnene Kampagne gegen den Staatsrat nennen, namentlich wenn man bedenkt, mit welchen falschen und heuchlerischen Argumenten sie gestützt wird? Wie soll man die

Tatsache rechtfertigen, daß die gehässigsten Angriffe gegen den Staatsrat aus dem Grunde, weil er bis jetzt die Eigenschaften der Regierung nicht erlangt und ein Heer noch nicht geschaffen hat, gerade von solchen Kreisen und Organen ausgehen, die in der Voraussicht einer Rückkehr Rußlands und in der Hoffnung auf eine „Autonomie“ oder gegenwärtig auf eine „militärische Union“ sich die ganze Zeit hindurch der Absicht der Schaffung auch nur eines Freiwilligenheeres entschieden widersetzt haben! Zudem sie sich auf den Boden der Passivität stellten, so lange die Mittelmächte das Königreich verwalten würden, wollten sie in den Staatsrat nicht eintreten, achteten den Akt vom 5. November gering und machten die ihnen seinerzeit angebotene Beteiligung am Staatsrat von der Verwerfung des Gedankens der Bildung eines polnischen Heeres abhängig.

Wenn wir nun z. B. gegenwärtig in einem Kraſauer Blatt einen Artikel lesen, der mit einer Schlußfolgerung endigt, die so lange von der passivistischen Richtung bekämpft wurde, daß nämlich „Passivität keine Tätigkeit sei“, und dem Staatsrat die Lehre erteilt, daß man eine „polnische Regierung schaffen sollte“, so müßte man wahrlich das kurze Gedächtnis der Leser des Blattes bewundern, wenn sie das Blatt nicht daran erinnern sollten, daß gerade von ihm die Zurückhaltung auf militärischem Gebiete gefördert worden ist und daß gerade die Schaffung einer polnischen Regierung von ihm nicht unterstützt wurde. Der plötzliche Eifer bei der Forderung der „Tätigkeit“ ist in diesem Falle doch wohl höchstens der Eifer eines Neubefehlenen, wenn er nicht ein anderes Ziel im Auge hat. Es ist möglich, daß heute angeichts der russischen Revolution auch diejenigen, die an die Rückkehr Rußlands fest geglaubt haben, endlich zu der Überzeugung gelangt sind, daß eine solche Gefahr nicht vorhanden ist und daß man in der Angelegenheit des Heeres und der Regierung dreister sein könne. Jedoch auch in einem solchen Falle müßten sie mit dem Vorwurf der „Passivität“ gegen den Staatsrat, der nicht von der Zeit der Revolution an, sondern seit seiner Entstehung deutlich, tatkräftig und folgerichtig das Programm der Verwirklichung des Heeres und der Regierung unter den schwierigsten Verhältnissen verteidigt hat, viel mehr Zurückhaltung auferlegen. Denn es ist ein Zeichen von Pharisäertum, daß gerade von den bisherigen Anhängern der Passivität der Vorwurf formuliert wird, „daß die Volksgesamtheit dem Staatsrat nicht deshalb Vorwürfe macht, weil er existiert, sondern deshalb, weil er nicht tätig ist“ und wenn man verlangt, daß „der Staatsrat zu der Forderung einer polnischen Regierung zurückkehren soll“. Wann hat sich denn der Staatsrat von einer solchen Forderung entfernt?

(Zensurlücke.)

... Oder ist vielleicht die entschiedene Haltung des Staatsrats in der Heeresangelegenheit die Ursache des Angriffs? Es scheint uns in diesem Falle, daß dies eine wirklich etwas verspätete Vorsicht ist. Das in der Entstehung begriffene Heer wird doch unter der Losung des Staates und nicht unter der Losung des immer weniger wahrscheinlichen Kampfes gegen Rußland gebildet. Wenn wir uns auf den Boden der polnischen Unabhängigkeit stellen, so müßte diese Losung selbst jener „Mehrheit“ des Volkes sympathisch sein, auf die sich das Kraſauer Organ beruft, das darunter nicht nur die Partei der Realisten, sondern vor allem die Nationaldemokratie versteht, die sich immer als Vertreterin der „ungeheuren Mehrheit“ im Lande aufspielt.

Wir sind entschiedene Anhänger der Umgestaltung des Staatsrats zu einer Organisation, in der alle Parteien in einem gerechten Verhältnis vertreten sind. Namentlich die mehrfachen Versuche, die nicht ohne Aussicht auf Erfolg angestellt wurden, die landwirtschaftlichen und realistischen Elemente in den

Staatsrat hineinzuziehen, haben von unserer Seite immer eine wohlwollende Beleuchtung und Unterstützung erfahren. Aus der Mitte der Krafauer Partei gingen übrigens dauernd Anstrengungen hervor, die passiven Elemente des Königreichs zu tätiger Unterstützung des Staatsrats zu veranlassen, um dessen Position im Verhältnis zu äußeren Faktoren zu stärken und zugleich seine politischen und intellektuellen Grundlagen zu erweitern. Aber natürlich kann dies nicht auf Kosten der Majorisierung der aktiven Parteien geschehen, namentlich nicht auf Kosten der Zurückdrängung der unbedingt notwendigen und im gegenwärtigen entscheidenden Moment so bedeutungsvollen Lösung der Bildung des polnischen Heeres. Die nationaldemokratischen Elemente, die diese Lösung bisher so leidenschaftlich belämpft haben, würden auch jetzt noch im Staatsrat schädlich sein, wenn sie in ihn in überwiegender Zahl eintreten würden. Wenn der Angriff des Krafauer Organs auf die angebliche Passivität des Staatsrats eine solche Umgestaltung desselben zum Ziele hat, wird er unzweifelhaft erfolglos bleiben. Wie brauchen aber nicht hinzuzufügen, daß, wenn im Lande grundsätzlich unberechtigte Angriffe wegen der angeblichen Passivität des Staatsrats verbreitet werden, Angriffe wegen Nichtberücksichtigung seiner „einzigen Daseinsberechtigung und seiner einzigen Aufgabe: der Realisierung des Altes vom 5. November“, so ist dieser Artikel eine ebenso schädliche wie heuchlerische Kundgebung.

Aus Nr. 200 des Czas (Kraſau)
vom 30. April 1917.

Die Ukrainer und der vorläufige Staatsrat im Königreich Polen.

Der ukrainische Nationale Ausschuss und die ukrainische parlamentarische Vertretung im Wiener Reichsrat veröffentlichen Proteste gegen die Erklärung des vorläufigen Staatsrats vom 16. April d. J.

Der Protest des Nationalen Ausschusses vom 23. April lautet:

„Der Nationale Ausschuss protestiert nachdrücklichst gegen den Inhalt des Aufrufs des polnischen Staatsrats in Warschau vom 16. April d. J. an die vorläufige russische Regierung, worin der Staatsrat als Bedingung eines guten nachbarlichen Verhältnisses des polnischen Staats zu Rußland den Ausschluß der zwischen dem ethnographischen Polen und Rußland gelegenen, früher einen Bestandteil des ehemaligen polnischen Staates bildenden ethnographischen Lande fordert, und betrachtet diese Forderung des polnischen Staatsrats als Anschlag gegen die national-politische Selbständigkeit der nichtpolnischen Völker des polnischen Staates, vor allem der Ukrainer. Der Nationale Ausschuss brandmarkt vor aller Welt den eroberungssüchtigen Charakter der Politik des polnischen Staatsrats, der, durch den Willen der Monarchen von Österreich-Ungarn und Deutschland ins Leben gerufen, um den ausschließlich ethnographischen polnischen von der russischen Herrschaft befreiten Gebieten eine staatsrechtliche Form zu geben, ohne noch diese Formen in die Tat umgesetzt zu haben, schon mit Annexionsplänen gegen andere Völker, wie die Ukrainer, Weißrussen und Litauer hervortritt und ihnen die polnische Herrschaft aufzwingen will. In der Erwägung, daß nur die russischen Ukrainer allein das Recht haben, über ihre staatlich-politische Zukunft zu entscheiden, erklärt der Nationale Ausschuss, daß er seinerseits alles daransetzen wird, um die polnischen Annexionspläne zu bekämpfen, und daß er, da er die Absicht einer rücksichtslosen Vernichtung des Ukrainertums in dem gegenwärtigen Chelmer Lande sieht, bemüht sein wird zu verhindern, daß irgendein Teil des ukrainischen Landes dem zukünftigen polnischen Staat einverleibt würde.“

In dem Protest der ukrainischen parlamentarischen Vertretung vom 21. April d. J. heißt es:

„Die ukrainische parlamentarische Vertretung verwahrt sich tatkräftigst gegen alle Annexionspläne der Polen hinsichtlich des ukrainischen Landes sowie gegen die polnische Dreistigkeit, mit irgend einem anderen Staate um die staatliche Zugehörigkeit der ukrainischen Lande zu feilschen. Nur das ukrainische Volk, welches auf das Recht, auf eine völlige Selbständigkeit der Ukraine niemals verzichtet hat, ist berechtigt, über das Schicksal dieser ukrainischen Gebiete zu bestimmen. Die ukrainische parlamentarische Vertretung muß auch ihre große Verwunderung ausdrücken, daß das höchste Organ des von den Mittelmächten eben erst proklamierten polnischen Staates es schon für angemessen hält, seine Hand nach fremden Gut auszustrecken und die Freiheit anderer Völker, wie der Ukrainer, Weißrussen und Litauer zu bedrohen, bevor noch die inneren Verhältnisse Polens geklärt und die Freiheit Polens hinlänglich gesichert worden sind. Dieses Vorgehen des polnischen Staatsrats muß als eine extreme unpolitische Herausforderung der Ukrainer an den Pranger gestellt werden, noch dazu in einem Zeitpunkt, wo die innere Umwälzung in Rußland, die jetzige national-politische Bewegung in der russischen Ukraine und die von der russischen Regierung schon gemachten Zugeständnisse (ukrainisches Schulwesen) usw. vor dem ukrainischen Volke neue Horizonte eröffnen. Der polnische Staatsrat sollte sich vor einem so unzeitgemäßen Vorgehen umsomehr hüten, als die ukrainische Bevölkerung des Chelmer Landes der Polonisierung ausgesetzt ist und keine einzige ukrainische Schule besitzt, ja sogar keine Möglichkeit hat, die ukrainische Kirchensprache und den ukrainischen Katechismus für die Kinder zu hören.“

Aus Nr. 62 des Głos (Warschau)
vom 6. Mai 1917.

Zu den Beschlüssen des ruthenischen „Nationalen“ Komitees

schreibt das Blatt:

Die Ruthenen, die während des Krieges nichts gelernt haben, nehmen mit emer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache wert wäre, eine rein negative Haltung gegen die Polen ein, und wollen uns durchaus ihre unmöglichen Bedingungen diktiert. Die Ereignisse in Rußland haben offenbar ermunternd auf die Stimmung der ruthenischen Politiker Galiziens eingewirkt und in ihnen hochgespannte und übertriebene Hoffnungen geweckt. Schon die nächste Zukunft kann vielleicht empfindlich lehren, daß polnisch nationale Berechnungen, die sich auf „niem—Petersburger“ ephemere „ukrainische“ Kundgebungen stützen, keine realen Grundlagen haben. Nur in einer vernünftigen Verständigung mit dem polnischen Volke liegt die Möglichkeit ihrer ferneren nationalen Entwicklung.

Aus Nr. 221 des Goniec (Warschau)
vom 6. Mai 1917.

Betrifft die Aufforderung an die Geistlichkeit und das Volk.

Auf den heutigen Sonntag, den 6. Mai, fällt das Fest der Mutter Gottes, der Königin der Krone Polens. Unser König Johann Kasimir hat nämlich im Jahre 1656 während eines feierlichen Gottesdienstes in der Lemberger Kathedrale sich selbst, das Land und das ganze Volk dem besonderen Schutze der Mutter Gottes anvertraut und sie hierbei zur Königin der Krone Polens ausgerufen.

Am heutigen Tage soll die Geistlichkeit einen Gottesdienst mit Ausstellung des hl. Sakraments mit aller Feierlichkeit zu Gunsten eines freien und un-

abhängigen Polens abhalten. Anstatt der Predigt soll der unsern Lesern bereits bekannte warme Aufruf S. E. des Warschauer Erzbischofs an die Geistlichkeit und das Volk vorgelesen werden.

Diese Aufforderung ist in zweifacher Beziehung wertvoll. Zunächst als warmer Appell an das polnische Volk in Sachen der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, zugleich mit deutlichen Hinweisen darauf, was für das Wohl des Landes zu tun sei. Zweitens als Aufforderung an die Geistlichkeit, aus der zurückhaltenden Reserve herauszutreten.

Das letztere ist eine Sache von erstklassiger Bedeutung, namentlich wenn wir die Religiosität unseres Volkes und den Einfluß der Geistlichkeit auf dieses in Betracht ziehen.

Die politische Reserve und die Zurückhaltung unserer kirchlichen Behörden haben unserer Ansicht nach schon etwas zu lange gedauert. Um so schlimmer war es, als dies von dem unteren Klerus falsch verstanden wurde. Viele hielten nämlich diese Zurückhaltung für einen Ansporn, direkt gegen ein unabhängiges Polen aufzutreten und die Äußerung patriotischer Gefühle zu bekämpfen. Solche Kommentare führten zu ärgerniserregenden Spaltungen, zu einer Trennung zwischen den staatlichen Bestrebungen des polnischen Volkes und dem Klerus.

Die Aufforderung seiner S. E. des Erzbischofs macht der eigenmächtigen politischen Arbeit eines gewissen Teils der Geistlichkeit ein Ende, einer Arbeit, die schädlich ist und trotz der grundsätzlichen Forderung der kirchlichen Behörden, daß die Geistlichkeit sich überhaupt mit Politik nicht befassen solle, getrieben wurde. Die Aufforderung des Erzbischofs bringt auch die Anstrengungen und Bestrebungen aller Schichten der Bevölkerung auf einen gemeinsamen Nenner, nämlich den der Arbeit für ein unabhängiges Polen.

Die Aufforderung S. E. des Erzbischofs hat keinen politischen, sondern nur einen nationalen und patriotischen Charakter, und gerade deshalb bringt sie keinen Zwiespalt herein, sondern einigt, indem sie auf das für alle deutliche, klare und heilige Ziel hinweist — auf die Unabhängigkeit des Vaterlandes.

„Der hl. Vater hat die Kenntnis unserer großen Vergangenheit auch dahin gebracht, wo man uns nicht kannte oder wo man uns vergessen hatte, und er rief auf diese Weise überall den Wunsch der Unabhängigkeit für das unglückliche Polen hervor. Nun haben mächtige Monarchen der Welt und Regierungen uns die Freiheit und Unabhängigkeit versprochen. Der Himmel und die Erde sprechen für uns.“

Aber mit Recht fügt der Erzbischof hinzu: „Was zu tun übrig bleibt, liegt in unserer Hand.“

Ja! Man kann sich nicht allzusehr auf die Barmherzigkeit Gottes verlassen, sondern man muß selbst Hand anlegen, da nun mit Hilfe Gottes entsprechende Verhältnisse eingetreten sind. Und entgegen den emsig verbreiteten Auffassungen, daß wir schon zu viel Opfer gebracht hätten, während wir doch im Gegenteil sehen, daß die ganze Welt viel mehr derselben zu bringen hat, schreibt der Erzbischof folgende berechnete und warm empfundene Worte: „Weizen wir mit keinem Opfer und keiner Hingabe, sobald dies das Wohl des Landes und unserer Landsleute erfordert.“

„Man muß Polen *wirksam* haben wollen!“ Und worin liegt dieses wirksame Wollen? Betrachten wir die kämpfenden Völker und Staaten der ganzen Welt, beurteilen wir ihre Anstrengungen, blutigen Opfer und Milliardenverluste, die auf dem Altare des Vaterlandes dargebracht werden, um das Vaterland zum Wohle der Volksgenossen zu erhalten, dann werden wir verstehen, was auch wir zu tun haben. Wir müssen das Land durch ausdauernde Arbeit und durch Aufrichtigkeit, aber auch mit den Waffen verteidigen, damit Polen nicht wieder, wie wir in der Botschaft des Erz-

bischofs lesen, „zum Märtyrer unter den Völkern, zum Sklaven von Fremden“ werde.

„Daher muß man den entstehenden polnischen Behörden mit Achtung begegnen — sagt ferner der Erzbischof — und sich ihren Anordnungen mit Nachgiebigkeit und Disziplin unterwerfen, wie es sich gegenüber einer jeden rechtmäßigen Gewalt gebührt.“

Der heutige Tag kann infolge des Aufrufs des Erzbischofs zum Wendepunkt bei der Aufrüttelung der breiten Massen werden, zum Tage ihrer Berufung zu moralischer Arbeit am Wiederaufbau Polens.

Mit einem Worte: Die Aufforderung S. E. des Erzbischofs kann, sobald sie ohne „arriere pensée“ ausgelegt werden wird, für das Land viel Gutes und Nützliches stiften und das Chaos der letzten Monate wieder gutmachen, das durch dieselben Faktoren in unserem Lande hervorgerufen worden ist.

Aus Nr. 107 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 7. Mai 1917.

General Ruk und die Polen.

Lublin. Der zurücktretende General-Gouverneur Ruk richtete an die Bevölkerung des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiets im Königreich einige Abschiedsworte und sagte u. a. folgendes:

„In der Zeit meiner einjährigen dienstlichen Tätigkeit in Polen war es mir vergönnt, Euch den hochherzigen Entschluß der erhabenen Monarchen von Österreich-Ungarn und von Deutschland mitzuteilen, die dem polnischen Volke ein unabhängiges Staatswesen wiedergaben. Es war mir vergönnt, an der Schaffung des Staatsrates teilzunehmen und mit Euch die Bildung eines polnischen Heeres zu erleben. Ich durchlebe mit Euch den großen geschichtlichen Augenblick, in welchem die Leiden des schwer geprüften Volkes aufhören und die segensreiche Arbeit an der Wiedererrichtung des freien Vaterlandes beginnt, — und diese großen Erinnerungen verbinden mich mit Euch für immer.“

Sodann dankt General Ruk allen, die ihn in der Arbeit unterstützt haben, und der ganzen Bevölkerung für ihr stets loyales Verhalten.

Außerdem richtete Excellenz Ruk ein Schreiben an den Kronmarschall, in dem er zum Ausdruck brachte, er betrachte es als eine schöne Krönung seiner militärischen Laufbahn, daß er noch inmitten des Waffengeklirrs an der Verwirklichung der großen Ideale eines edeln und ehrenwerten Volkes mitwirken konnte. Und ganz besonders erwähnt er mit Nüchternung des „freudigen Ereignisses“, daß es ihm vergönnt war, diesem Lande den Entschluß der verbündeten Monarchen zu verkünden und sich an der Eröffnung des vorläufigen Staatsrates zu beteiligen.

Sein Schreiben schließt General Ruk mit folgenden Worten:

„In dem Augenblick, in welchem ich mich von Polen verabschiede, richte ich an Sie, hochgeehrter Herr Marschall, die Bitte, der Körperschaft, an deren Spitze Sie stehen, meine besten Wünsche zu einer weiteren glücklichen Arbeit auszudrücken, welche die Grundlage für die zukünftige Geschichte des polnischen Volkes bilden wird.“

Nr. 70 des Głos (Warschau)
vom 11. Mai 1917

bringt unter der Überschrift: „Die Koalition und Polen“ eine Korrespondenz aus Genf, die französische und englische und italienische Pressestimmen über die Proklamation der russischen provisorischen Regierung an die Polen zitiert:

Das Pariser „Petit Journal“ schreibt: „Endlich schwindet der Alp, der am meisten über der Situation der Koalitionsstaaten in ihrem Kampfe um die Unabhängigkeit der Völker lastete... Fortan wird es keinen einzigen Polen geben, der sich in seinen Pflichten irren und in der Wahl der Wege, die zur Sicherstellung seiner Rechte führen, schwanken könnte.“

„Corriere della Sera“ schreibt: „Zum ersten Male erhebt sich heute Rußland dank der Proklamation der provisorischen Regierung zu höherer wirksamerer Erfassung der polnischen Frage, den politischen Traditionen des Zarismus untreu werdend und den Zentralstaaten und der ganzen Welt gegenüber das Recht auf Stimme und Tat erwerbend.“

„L'Humanité“ äußert sich kritisch über den Punkt, betreffend die militärische Union mit Rußland. „Was bedeutet — sagt das Blatt — die Phrase: „Der mit Rußland mit Hilfe einer freien militärischen Union verbundene polnische Staat wird ein starker Wall gegen den Druck der Zentralstaaten auf die slawischen Völker sein?... Man möge sich hüten. Der Zarismus konnte sich irren, und wir wissen, welche Unannehmlichkeiten daraus folgten. Aber die russische Revolution darf nicht irren. Wenn Polen die brüderlichen, vom freien Rußland gemachten Verheißungen mißtrauisch interpretieren würde, welche Waffe käme da in die Hand des siegreichen Deutschlands.“

Das „Journal des Débats“ äußert sich: „Die Idee selbst ist klar: Das vom Absolutismus befreite Rußland sagt zu dem von politischer Knechtschaft befreiten Polen: wir werden zwei unabhängige Staaten bilden, verbunden durch eine militärische Union, ihr werdet eure eigene Armee haben und wir unsere; nur die Rücksicht auf unsere gemeinsame Sicherheit nötigt uns, mit beiderseitiger Einwilligung die militärische Organisation, die Mittel und Pläne der Verteidigung zusammenzufassen. Es handelt sich hier um ein dauerndes Militärbündnis. Es ist dies ein rationelles Projekt, das keine ernstlichen Bedenken erweckt.“ (Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 71 des Głos (Warschau)
vom 11. Mai 1917.

beschäftigt sich im Leitartikel mit der Frage der Regentschaft in Polen. Zuerst wird festgestellt, daß in dieser Frage das aktivistische Lager in zwei Richtungen: die monarchische und republikanische gespalten ist. Die republikanische Richtung sei erst unter dem Einfluß der russischen Revolution emporgekommen. Um den neu erstehenden Staat gegen derlei äußere Einflüsse zu sichern, werde das Postulat der Berufung eines Regenten und der Bildung einer polnischen Regierung aufgestellt. „Der Regent wird das Symbol der polnischen Staatlichkeit die Garantie ihrer Unabhängigkeit und Souveränität... sein.“ Die Person des Regenten werde über Schwierigkeiten bei der Übernahme einzelner Gebiete der Staatsverwaltung hinweghelfen, sie könne die ersehnte Vereinigung des Landes, das jetzt in zwei Okkupationsgebiete geteilt ist, näherbringen. Bezüglich des Regenten gebe es für Polen zwei Möglichkeiten: Entweder soll der Regent nur ein provisorischer Vertreter der vorläufig noch nicht wirksamen Monarchengewalt sein, in dem Falle habe die Wahl der Person des Regenten geringere Bedeutung. Oder der Regent soll die dem Königtume vorangehende Gewalt sein, und in dem Falle könne „der Regent der natürliche und wahrscheinlichste Kandidat für die polnische Krone sein.“ „Bei der Wahl des Regenten ist daran zu denken, daß er die entsprechenden Qualifikationen zur Thronbesteigung habe. In diesem Falle wären Vorgesessenen als Kandidaten auszuschließen.“ Das Blatt glaubt, daß diese letzteren nicht imstande wären,

sich entsprechendes Ansehen nach außen hin zu verschaffen und den inneren Kämpfen gegenüber die Unparteilichkeit zu bewahren. Das könne vermieden werden, „wenn man die Regentschaft und eventuell in Zukunft die Krone einem Mitgliede einer regierenden Dynastie übertragen würde“ mit dem Vorbehalte, daß der Erforene sich in polnischer Sprache verständigen könne und römisch-katholische sei. Die Wahl einer solchen Persönlichkeit hätte der Staatsrat im Einvernehmen mit der Gesellschaft zu treffen. (Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 127 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 12. Mai 1917

beschäftigt sich mit der Frage einer starken Regierung im künftigen polnischen Reiche und führt u. a. folgendes aus: Man darf die Kraft einer Regierung nicht falsch verstehen. Die Regierung in Rußland z. B. konnte nur durch Bomben und Revolution beseitigt werden und kann doch nicht als eine starke mustergültig sein. Die Anhänger einer starken Regierung pflegen sich gewöhnlich auf Bismarck zu berufen, der dem Willen des Reichstages zum Trotz regiert und das große Deutschland geschaffen habe. Doch Bismarck ist ein Genie gewesen und hat es verstanden, den Willen des Landtags und sogar den des Königs umzustimmen. Überdies sind seine Gegner in Europa politische Nullen gewesen. Nach den militärischen Erfolgen Bismarcks hat ihm auch der Landtag die vorher abgelehnten militärischen Kredite bewilligt, und auch dieser hervorragende Staatsmann hat später mit dem Parlament regiert. Unter den heutigen Verhältnissen ist überhaupt eine andere Regierungsform als die parlamentarische unmöglich. Dieses System empfiehlt sich vor allen Dingen wegen seiner politisch-erzieherischen Bedeutung und wegen seiner Öffentlichkeit.

(Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 128 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 12. Mai 1917

präzisiert im Leitartikel unter der Überschrift: „Eine starke Regierung“ das eigentliche Thema der jetzt in der polnischen Presse geführten Diskussion über die Regierungsform, die für Polen am vorteilhaftesten wäre. — Es handle sich gar nicht um die Frage: ob die Regierung stark oder schwach sein soll. (da die Regierung ihre Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn sie stark, d. h. zu regieren fähig ist) — sondern um die Frage nach dem Verhältnis der ausübenden Gewalt zu den anderen Faktoren der Staatsgewalt, d. h. zum Volke bzw. zum Parlamente.

(Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 129 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 14. Mai 1917

bringt einen eingesandten Artikel unter der Überschrift: „Was für einen Regenten brauchen wir?“ Der Verfasser des Artikels ist der Ansicht, daß zwei Dinge dem polnischen Interreg nicht fehlen dürfen, die Fähigkeit, einen gewissen Zauber auszuüben, und die Sympathien der Nation. Die erstere Eigenschaft könnte nur Ausfluß der Geburt sein. Die nationalen Sympathien könne der Regent leicht erwerben, wenn die Gesellschaft erkennt, daß der Regent ihrer Vorstellung und ihrem Wunsche gemäß ist. Es müsse eine Art von freier Wahl erfolgen, und zwar nicht formell, sondern derart, daß die Sympathien der Allgemein-

heit auf eine Person hindeuten und diese gewissermaßen durch die Stimme der ganzen Nation berufen erscheint. Was den Streit: Monarchie oder Republik betrifft, so komme hier diese Frage gar nicht in Betracht; die Einberufung des Regenten sei einfach eine technische Notwendigkeit. Der „R. P.“ polemisiert sodann gegen die Republikaner in Polen. „Es ist ihnen weder ein Regent noch ein König erwünscht. Sie wollen einen Präsidenten. Oder — nichts.“ Dieses „Nichts“ sei eben ihre politische Idee. Da sie selbst bereits außer Kurs gesetzt seien, möchten sie die anderen zwingen, daß sie auch nichts tun.

(Aus Nr. 95 des „Warschauer Tagesberichts“ vom 14. Mai 1917.)

Nr. 128 des Dziennik Polski (Gzestochau)
vom 12. Mai 1917

schreibt: Die gegenwärtige politische Situation unterliegt großen Umwälzungen. Als das revolutionäre Rußland die Unabhängigkeit Polens anerkannt hatte, verschwand die Angst vor der Rückkehr des Zaren, und diejenigen Politiker in Polen, deren ganze Politik auf dieser Angst aufgebaut war, die National-Demokraten erhoben fühner ihr Haupt und denken jetzt daran die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Ja, sie erkennen sogar den Staatsrat, den sie bis dahin vollständig ignoriert hatten, an, und sind aktivistischer als die Aktivisten selbst. So sehr man diese Änderung der Front begrüßen kann, so muß doch verhindert werden, daß diese die Macht im Lande allein in die Hand bekommen. Es darf nicht vergessen werden, daß die aktivistischen Kreise sich ein großes moralisches Verdienst erworben haben, indem sie als die ersten den Aufbau des polnischen Staates und des polnischen Heeres gefördert haben. Den Aktivisten und damit der Bildung des polnischen Staates droht eine große Gefahr, wenn ihre ganze Arbeit durch die Nationaldemokraten modifiziert wird, deren Heuchelei und Falschheit bekannt ist. An diese Gefahr müssen die radikalen Aktivisten denken, die mit der Idee der Republik jetzt Zwiespalt in die aktivistischen Kreise hereinbringen. Da die Nationaldemokraten zur Tat übergehen und sich an der Regierung beteiligen, ist Einigkeit unter den Aktivisten besonders notwendig.

(Aus Nr. 95 des „Warschauer Tagesberichts“ vom 14. Mai 1917.)

Aus Nr. 128 der Godzina Polski (Lodz)
vom 12. Mai 1917.

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, durchleben wir jetzt einen kritischen Augenblick. Nicht nur auf den Kriegsschauplätzen, sondern auch hier in Polen gehen wichtige Dinge vor. Die Nation, die durch die Proklamation vom 5. November ins Leben gerufen worden ist, fand in dieser Proklamation die Richtung, in der die künftige Entwicklung gehen sollte. Diese konzentrierte sich in der Formel: „Unabhängigkeit, Armee, König.“ Gegenwärtig bemühen sich radikale Kreise, die Republik als das einzige Heil für den Staat hinzustellen. Diese Lösung kann auf die Tätigkeit des Staatsrates nicht günstig einwirken, zumal er auch bei der Entfaltung seiner sonstigen Tätigkeit auf große Schwierigkeiten stößt. Deshalb könnte der republikanische Gedanke einen unerwünschten Einfluß gewinnen und unerwünschte Handlungen hervorrufen. Die konstitutionelle Monarchie entspricht unseren Traditionen und unserem Volkscharakter. Eine republikanische Verfassung für Polen scheidet schon deshalb aus, weil eine Nation, die so lange das Selbstbestimmungsrecht nicht besaß, nicht die Kräfte in sich ent-

wickeln konnte, um in gesunder Weise die Freiheiten genießen zu können, welche die demokratische Form der Staatsverfassung, die Republik, gewährt. Nunmehr muß auch das Volk der Agitation, die eine Republik schaffen will, energisch entgegenreten. Wenn jetzt die R. P. S. erklärt, daß sie sämtliche Projekte für einen Regenten und König zurückweist, so wird dadurch Verwirrung im Volke geschaffen, und es ist Zeit, daß der Staatsrat wichtige Entscheidungen, die solche Arbeit verhindern, trifft. Andererseits müssen auch die Zentralstaaten, wenn sie bei der Proklamation vom 5. November sich auf Gruppen gestützt haben, die sich jetzt der Schaffung eines monarchischen Staates entgegenstellen, diesen Fehler verbessern. Das Volk in seiner Mehrheit will einen König. Das Interesse der Zukunft Polens verlangt ebenso, wie das Interesse der Zentralstaaten eine Klärung der gegenwärtigen Situation und einen weiteren Schritt in der Verwirklichung der Proklamation vom 5. November. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Zentralstaaten sich offen in diesem Sinne aussprechen und daß alle Volkskreise, die monarchisch gesinnt sind, sich ohne Rücksicht auf ihre Parteiuunterschiede zu entschiedenem Vorgehen einigen. Bei dieser Frage ist es gleichgültig, ob man mit Rücksicht auf den Kriegszustand der Person des Königs schon sämtliche königliche Attribute gibt, oder ob man einen Übergangszustand durch Einrichtung einer Regentschaft schafft. (Aus Nr. 95 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Mai 1917.)

Nr. 120 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 7. Mai 1917

bespricht die bisherige Tätigkeit des Provisorischen Staatsrates und die gegenwärtige politische Lage und kommt zu folgendem Schluß: „Es ist schon Zeit, die Konstituante einzuberufen. . . Sie wird die weitere Arbeit des Staatsrates, seinen weiteren Kampf um seine Rechte und die Übernahme des polnischen Lebens durch ihn nicht ausschließen. Die Argumente, welche uns vor fünf Monaten veranlaßt haben, den Provisorischen Staatsrat anzuerkennen, . . . diese Argumente und Momente liegen nicht mehr vor. Das Lösungswort des Landtages soll heute zur Lösung des Tages werden. Es ist schon Zeit. . .“

(Aus Nr. 91 des Warschauer Tagesberichts vom 9. Mai 1917.)

Nr. 73 des Glos (Warschau)
vom 12. Mai 1917

bringt einen eingekandten Artikel des Staatsratsmitgliedes Michael Lempicki unter der Überschrift: „Willenslähmung“. Für den jetzigen psychischen Zustand der Polen sei es charakteristisch, daß zuviel theorisiert und analysiert werde. Die Zweifelsucht verbreitet sich im ganzen Lande, erzeuge ein „Chaos im Denken“, mache die Gesellschaft apathisch. Darin liege eine große Gefahr für die Zukunft. . . „Um ein großes Werk zu schaffen, ist Entschiedenheit, die geradezu an Fanatismus grenzt, nötig.“ Die erste Etappe auf dem Wege zur Errichtung eines eigenen Staates sei „die Bildung einer eigenen polnischen Armee. Das Theoretisieren habe aber dazu geführt, daß es jetzt vielen zweifelhaft erscheint, ob unter den gegenwärtigen Umständen eine Armee gebildet werden könne, und manche stellen sogar die Zweckmäßigkeit der Bildung dieser Armee überhaupt in Frage. Hier wirke auch die Tatsache der Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch Rußland mit. Als Ausgangspunkt jedes weiteren Handelns müsse folgende These gelten: „Die polnische Armee ist in Polen eine politische Notwendigkeit, eine unentbehr-

liche Bedingung der Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates.“ Für die polnische Frage wäre es das aller schlimmste, „wenn der Friede uns ohne polnisches Heer antreffen würde.“ Lieber ein Heer, das äußerlich auch noch so weit vom idealen Typus einer nationalen Armee entfernt wäre, als gar keins. Die Annahme sei ganz unbegründet, daß die Armee eine Ware darstelle, „die wir vorteilhaft für den Preis bedeutender politischer Zugeständnisse zu unseren Gunsten verkaufen können“. Gerade das Gegenteil ist der Fall, „diese Ware will niemand von uns kaufen“, und wenn man mit der Bildung der Armee zögere, spiele man denjenigen in die Hände, die weder eine polnische Armee, noch einen unabhängigen polnischen Staat haben wollen. „Politische Konzessionen zu erlangen, werden wir nur dann die Möglichkeit und das Recht haben, wenn wir eine Armee aufstellen werden.“

(Aus Nr. 95 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Mai 1917.)

Nr. 128 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 11. Mai 1917.

Amerikanische Spende für das polnische Heer.

Das Ministerium des Äußeren in Wien erhielt vom Botschafter Grafen Tarnowski aus Washington die Nachricht, daß das dortige polnische Komitee für nationale Verteidigung (Komitet Obrony Narodowej — K. O. N.) dem Botschafter 200 000 Kronen zur Überweisung an den polnischen Staatsrat übergeben habe.

Dem Wunsche der Spender folgend, wird der Staatsrat fünf Sechstel von diesem Betrage für das polnische Flugwesen verwenden. Die Flugzeuge haben die Zeichen K. O. N. zu tragen. Der Rest der gespendeten Summe, also ein Sechstel, ist zur Hälfte für die nothleidende Bevölkerung in Polen und zur Hälfte für die in Galizien bestimmt.

Aus Nr. 20 des Goniec (Warschau)
vom 11. Mai 1917.

Der Nationalrat.

Vor einigen Tagen hat eine Zusammenkunft des sogenannten Nationalrates stattgefunden, der sich kurz nach der Verkündung des Novemberaktes gebildet hat und die öffentliche Meinung des Landes vertreten, sowie in dessen Namen verbindliche politische Richtlinien geben sollte. Dieser Rat besteht bekanntlich aus verschiedenen Kleinern und größeren politischen Gruppen, sowie aus vielen Einheiten, die auf Grund eines Verfahrens aufgenommen wurden, das zwar eine Nachahmung von Wahlen sein soll, diesen Namen aber keinesfalls verdient. Als ein Vertreter der Meinung des Volkes kann dieser Rat aus vielfachen Gründen nicht gelten, obgleich er nach dieser Richtung hin mancherlei Forderungen offenbart. Wir wollen es übrigens nicht bestreiten, daß er ein gewisser Mittelpunkt der Meinung ist, daß er nach einer gewissen Richtung die Anschauungen, die Wünsche und die Erwartungen ziemlich breiter Kreise bildet und diesen eine eigenartige Färbung sowie den Schein eines festen politischen Standpunktes gibt. Allein es handelt sich doch darum, welchen Wert dieser Mittelpunkt hat, ob er auf unsere Meinung einen nützlichen, oder einen schädlichen Einfluß ausübt.

Bei seiner Agitation gegen die Errichtung einer polnischen Armee hat der Nationalrat an den in der Bildung begriffenen vorläufigen Staatsrat eine Weisung ergehen lassen, in der er einer der allerersten und allerdringendsten Aufgaben, der polnischen Armee, den

zweiten Platz einräumte und der Übernahme aller Zweige der Zivilverwaltung den Vorzug gab. Auf diese Weise hat der Nationalrat der lauten Forderung den Weg geebnet: „Erst die Regierung und dann die Armee!“

Die gegenwärtigen Beschlüsse des Nationalrates sprechen in überzeugender Weise dafür, daß die damalige unpassende Strömung im Laufe der verflossenen Monate eine noch größere Kräftigung erfahren und bestimmte Formen angenommen hat. Man kann die unvoreilhaften Gedanken, die den Beifall der Mehrheit der Versammelten gefunden haben, allerdings mit ihrer politischen Unerfahrenheit entschuldigen, allein diese Entschuldigung ist trotz einer gewissen Berechtigung doch wenig erfreulich. Man durfte zwar nicht annehmen, daß eine Zusammenkunft dieser Art aus erprobten Politikern bestehen werde, aber man hat doch erwartet, daß sie sich auf ein höheres Niveau stellen werde als eine Versammlung von Leuten vierter Klasse. Und dennoch — hören wird die angenommenen Beschlüsse!

1. Der Nationalrat stellt fest, daß nur eine aus dem Volke hervorgegangene und diesem verantwortliche Regierung dem Willen des Volkes Genüge leisten kann und daß die allernächsten Aufgaben der polnischen Regierung die Aufstellung einer nationalen Armee und die Einberufung eines aus demokratischer Abstammung hervorgegangenen Landtages sein müßten.

2. Die Zusammenkunft des Nationalrates steht auf dem Standpunkte, daß das polnische Heer vollständig und ausschließlich nationalen Charakter haben müßte, sowie daß die Einberufung und die Aufstellung des Heeres ausschließlich durch die polnische Regierung — als dem alleinigen Sachwalter des polnischen Blutes — erfolgen müßte.

Diese beiden Beschlüsse decken sich weder mit der allgemeinen politischen Lage, noch mit dem Weltkriege, noch mit dem Akte vom 5. November. Ihre Anhänger sind sich offenbar nicht der Kräfte und der Mittel der polnischen Volksgesamtheit bewußt, wenn sie annehmen, daß aus ihr eine wirkliche Regierung hervorgehen und diese „ausschließlich“ mit ihren Mitteln und Fonds die Armee organisieren könne.

Bezüglich der Regentenfrage hat die Versammlung innerhalb 24 Stunden zwei sich widersprechende Beschlüsse gefaßt:

„Am Tage vor der Versammlung des Nationalrates hat der vorläufige Staatsrat die Forderung eines Regenten gestellt und in dieser Beziehung hinsichtlich der Person desselben unzweideutig ihre Wünsche näher bestimmt. Die Versammlung des Nationalrates stellt fest, daß nur der gesetzgebende Landtag den rechtlich-politischen Organismus des polnischen Staates vorzuschreiben habe. Außerdem ist sie auch der Ansicht, daß im gegenwärtigen Augenblicke die Berufung eines Regenten außerhalb der polnischen Volksgesamtheit im Einverständnis mit den Okkupationsbehörden der Volksgesamtheit einen fremden Willen aufnötige und augenblicklich zu ernststen inneren und äußeren Konflikten Veranlassung bieten könne (??!) Aus diesem Grunde kann die Versammlung des Nationalrates die Forderung des Staatsrates nicht annehmen.“

Die Furcht vor einem äußeren Konflikt während des allerschrecklichsten Weltkrieges ist köstlich!

Allein nach dem Abendessen und der genossenen Nachtruhe sind die Politiker des Nationalrates einsichtiger geworden und haben die unnütze Befürchtung aufgegeben. Denn am folgenden Tage haben sie einen neuen Beschluß gefaßt:

„Auf dem Boden der Beschlüsse vom 2. und 3. Mai erachtet der Nationalrat mit Rücksicht auf die internationale Lage, in der sich die Polenfrage entwickelt, es

als notwendig, mit dem Willen des Volkes einen Regenten zu berufen, der die Regierung einrichten und den Landtag einberufen wird. Der gesetzgebende Landtag wird schließlich über die Form des Organismus des polnischen Staates entscheiden."

Wer dieser Regent nach dem Willen des Volkes sein soll, das könnte man höchstens aus der Zahl der Stimmen entnehmen, mit denen der Nationalrat seinen in den Ausschuß gewählten Mitgliedern sein Vertrauen ausgedrückt hat.

Wir sind aber der Ansicht, daß man schon aus obigen Proben von der Richtung der Wirksamkeit des Nationalrates und von dessen politischem Niveau eine genügende Vorstellung erlangen kann.

L. G.

Aus Nr. 101 des Naprzód (Kraſau)
vom 8. Mai 1917.

Warschauer Brief.

Warschau, den 5. Mai.

Die endgültigen Beschlüsse der Versammlung des Nationalrats waren folgende:

Anstatt der ganzen Reihe von Anträgen, die vielfach weit auseinandergingen, schlug die Antragskommission die Annahme einer einzigen allgemeinen Erklärung vor. Diese letztere, die mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde, stellt fest, daß die Erfolglosigkeit der Tätigkeit des Staatsrats ihre Veranlassung in der Beschränkung seiner Kompetenzen und in innern Hindernissen hat, und daß „nur eine Regierung, die aus dem Schoße des Volkes selbst hervorgeht und ihm gegenüber verantwortlich ist, dem Willen des Volkes Genüge tun kann.“ Die nächste Aufgabe der polnischen Regierung müßte die Organisierung eines nationalen Heeres und die Einberufung des Landtages sein, der sich auf ein demokratisches Wahlrecht stützt. Die Erklärung legt dem ausführenden Ausschuß die Pflicht auf, Schritte zwecks Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung zu unternehmen.

(Zensurlücke.)

Dieser Antrag spiegelt genau die Stimmung der Mehrzahl der Teilnehmer der Versammlung wieder. In den ausführenden Ausschuß des Nationalrats wurden gewählt: Fürst W. Czertwinski als Vorsitzender, Stanislaus Thugutt als stellvertretender Vorsitzender, Smiarowski, Browſki, Osiecki und Nowicki als Mitglieder.

Im Augenblicke, als der Vorsitzende Herr Kamieniecki die Versammlung durch eine Schlußansprache schließen wollte, erschien Herr W. Kamieniecki, Vize-Direktor des politischen Departements der vorläufigen Staatsrats und ersuchte den Nationalrat, noch einen Tag den Beratungen zu widmen. Er begründete dies mit wichtigen Nachrichten, die aus Berlin und Wien eingegangen seien. Man erklärte sich damit einverstanden, und am 4. Mai entwickelte sich wiederum eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache, die schließlich zu folgendem Beschlusse führte: „Auf dem Boden der Beschlüsse vom 2. und 3. Mai stehend und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen internationalen Lage, auf deren Hintergrund sich die polnische Frage entwickelt, hält der Nationalrat die möglichst baldige Berufung eines Regenten mit Zustimmung des Volkswillens für notwendig, einen Regenten, der die Regierung bilden und den Landtag einberufen wird. Der gesetzgebende Landtag wird endgültig die zukünftige Gestaltung des Staates festlegen. Der Nationalrat empfiehlt dem ausführenden Ausschuß die Einsetzung einer aus 3 Personen bestehenden politischen Kommission zum Zwecke der Ausführung von Vorarbeiten im Sinne obigen Beschlusses. Die endgültige Entscheidung

wird der Vollversammlung des Nationalrats unterbreitet werden.“

Dieser Beschlusse war für sehr viele eine vollständige Überraschung. Daher begegnet er auch einer weitgehenden Kritik.

Gewissermaßen eine Vervollständigung des großen Erfolges des Nationalen Zentralkomitees in der Versammlung des Nationalrats war eine öffentliche Versammlung, die von dem Nationalen Zentralkomitee unter Mitbeteiligung der „Polnischen Sozialistenpartei“ nach dem riesigen Saale des Palais de glace einberufen wurde. Es sprachen darin sehr oppositionell (Zensurlücke) die bekannten Redner der unabhängigen Linken: Dr. Jodko, Dr. Perl, Szpotanski, M. Downarowicz, Arcizewski u. a. Nach der Versammlung formierte man sich zu einem Zuge, der sich nach dem Rathause in Bewegung setzte, wobei man in Hochrufe ausbrach und sang. Schließlich wurde die Menge auseinandergetrieben. (Zensurlücke.)

Nr. 210 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 6. Mai 1917

bringt eine Korrespondenz aus Warschau über die Tagung des Nationalrates vom 2. und 3. Mai. Den Schwerpunkt der Beratungen bildeten die Neuwahlen zum Exekutiv-Ausschusse. Die aktivistische Tendenz sei hierbei in einer etwas ungewöhnlichen Allianz der Rechten und Linken hervorgetreten. Der Vorschlag, die Wahlen im Kompromißwege durchzuführen, sei wegen dieser Majorisierungstendenz nicht durchgeführt worden. Man wählte daher zum Vorsitzenden des Nationalrates den Fürsten Czertwinski (Rechte), zum Stellvertreter Herrn Thugutt (Nationales Zentralkomitee) und zu Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses die Herren Targowski, Browſki, Smiarowski, Osiecki und Nowicki, welche die Rechte des Nationalvereins und die Linke, das Nat. Zentralkomitee, repräsentieren. Das aktivistische Zentrum wurde übergangen. Demgegenüber habe Prof. Grotowski namens der Liga des polnischen Staatswesens erklärt, diese werde ihre Beziehungen zum Nationalrat einer Revision unterziehen. Dies bedeute, daß außer der P. P. S., den Realisten und den National-Demokraten — die niemals dem Nationalrat angehörten —, auch die Liga des polnischen Staatswesens und ihr folgend auch die polnische Demokratie zusammen mit der Volksvereinigung aus dem Nationalrat austreten könnte. Dies käme einer Auflösung des Nationalrates gleich. Am ersten Tage sei die Majorität des Nationalrates durch noch zwei Tendenzen gekennzeichnet worden, nämlich durch Vereitlung von Schwierigkeiten für den Staatsrat und durch Propaganda zugunsten der Republikaner. Am zweiten Tage habe jedoch die monarchistische Richtung gesiegt, und eine Einigung sei nicht ausgeschlossen. (Aus Nr. 91 des Warschauer Tagesberichts vom 5. Mai 1917.)

Nr. 123 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 10. Mai 1917

bespricht die Beschlüsse des Nationalrates vom 2. und 3. Mai, welcher sich für die Berufung eines Regenten ausgesprochen hat, und meint: „Dieser Beschlusse wird durch die internationale Lage motiviert. Es handelt sich um die Friedensmöglichkeiten... und um die Überzeugung, daß nur das Entstehen einer polnischen Regierung uns die Beteiligung an den Friedensverhandlungen sichern wird... Wir müssen aber unsererseits diesen Beschlusse für unwesentlich halten, weil er nur eine Fiktion der politischen Tätigkeit schafft.“ Das Blatt (obwohl es als Organ des

Nationalen Zentralkomitees gilt, welches den Antrag über den Regenten in der Tagung des Nationalrates mitbeschlossen hat, spricht sich also gegen die Berufung eines Regenten aus. Es stellt weiter die Frage: „Wie muß also unsere Stellungnahme angesichts der internationalen Lage sein?“ Das Blatt antwortet darauf: „Es ist die Aufgabe der polnischen Politik für heute, in der öffentlichen Meinung für die Frage der eigenen Kraft, die sich in einer selbständigen Tat äußern würde, ohne den unmittelbaren Einfluß der äußeren Faktoren zuzulassen, und auch ohne ihre Erlaubnis, ein Interesse zu erwecken.“

(Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 128 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 13. Mai 1917

bringt einen Artikel von L. Chrzanowski unter der Überschrift: „Die Probleme des heutigen Tages“, der vom Beschluß der Tagung des Nationalrates ausgeht, durch den dem Exekutivauschuß desselben die Weisung erteilt wurde, eine allgemeine politische Konsolidierung durchzuführen. Dieser Beschluß wird im Artikel als sehr bezeichnend angesehen. Nach verschiedenen allgemeinen Erörterungen über die Gründe der bisherigen Zerklüftung des Parteilebens äußert Chrzanowski die Ansicht, daß eine Konsolidierung jetzt von der Hebung und Organisierung des nationalen Selbstbewußtseins als gemeinsamer Voraussetzung ausgehen könne. „... die internationale Lage hat die Möglichkeiten der Einigung so sehr vergrößert, daß diese Einigung erfolgen kann.“ „Wenn die Parteien nicht imstande sein werden, über Vorurteile zur Tagesordnung überzugehen, so wird das Leben über die Parteien zur Tagesordnung übergehen.“ Unabsehbar seien die Gefahren, wenn eine Einigung nicht zustande kommt. „Auf den Leuten, die heute die Führung der Parteien und des politischen Lebens innehaben, ruht aufmerksam unser Blick, ruht auch eine schwere Verantwortung.“

(Aus Nr. 95 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Mai 1917.)

Nr. 234 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 10. Mai 1917

bringt aus Warschau unter dem Datum vom 6. Mai folgende Korrespondenz: „Die Sensation des Tages bildet in Warschau der Streik an allen Hochschulen. Die Ursache des Streiks ist die Verhaftung und Verwundung von zwei Studenten durch die Polizei am 3. Mai. Die akademische Jugend tritt solidarisch auf. Am 5. Mai wurde durch den Streik die Universität, das Polytechnikum, die höheren Handelskurse, die höheren wissenschaftlichen Kurse und die höheren Beamtenkurse erfaßt. In der Universitätsaula fand eine Versammlung der akademischen Jugend statt, in welcher beschlossen wurde, sich an den akademischen Senat zu wenden, damit dieser mit einer Intervention zugunsten der Freilassung der Verhafteten sich an die Behörden wende. Um der ganzen Nation einen einheitlichen Charakter zu verleihen, wurde aus allen Parteigruppen, die in den akademischen Organisationen vertreten sind, Delegierte bestimmt, die eine besondere Kommission bilden und im Namen der Allgemeinheit auftreten. Ein von der akademischen Jugend herausgegebener Aufruf fordert im Namen der Kollegen die sofortige Freilassung der Verhafteten. Wenn diese Forderung nicht berücksichtigt werden wird, wird die akademische Jugend an die Arbeit nicht herantreten. Es darf noch die charakteristische Einzelheit notiert werden, daß die Studenten des Polytechnikums be-

schlossen haben die Semestergelder nicht eher zu zahlen, bis die Verhafteten befreit sein werden.

(Aus Nr. 94 des Warschauer Tagesberichts vom 12. Mai 1917.)

Nr. 108 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 12. Mai 1917

teilt aus Warschau mit: „Warschau den 10. Mai. Gestern gestattete die deutsche Zensur, in den Blättern die Frage der Kandidatur für die polnische Regentschaft zu besprechen; insbesondere ist es erlaubt worden, von der Kandidatur des Erzherzogs Karl Stefan aus Zywiec (Saybusch) zu schreiben. — Gleichzeitig erlaubten die deutschen Militärbehörden, die Warschauer polnischen Blätter nach Litauen zu senden.“

* * *

Dasselbe Blatt berichtet aus Warschau, daß die Streikbewegung der Warschauer Universitätsjugend sich immer mehr kompliziere. Am 10. d. M. fand in der Universität eine allgemeine Versammlung statt, in der „eine sehr ernste Stimmung herrschte“ und in der eine Resolution gefaßt wurde, worin es heißt, „daß die akademische Jugend für die Mißhandlung der Studenten bisher keine Genußnahme erhalten habe, insofgedessen beschließt die in der Universität am 10. Mai versammelte Hochschuljugend einen Protest zu erheben . . . und alle Arbeiten an der Universität zu unterbrechen. Gleichzeitig wendet sich die Jugend an den akademischen Senat und an die ganze Gesellschaft mit der Bitte um eine aktive Unterstützung der Protestaktion.“ Der Streik umfaßt gegenwärtig außer der Universität und dem Polytechnikum, auch die höheren Handelskurse, die höheren wissenschaftlichen Kurse, die Agrar-, Forstwirtschafts- und Gärtnerkurse. — Als charakteristisch hebt das Blatt hervor, daß sich die Mehrheit der „akademischen Bürger“ dagegen ausgesprochen hat, die Vertreter der national-jüdischen Studentenschaft zu dem allgemeinen Streikkomitee zuzulassen, „weil das mit der Anerkennung der jüdischen Nationalität in einer polnischen Lehranstalt gleichbedeutend wäre.“ (Aus Nr. 58 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Mai 1917.)

Aus Nr. 216 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 10. Mai 1917.

Die polnische Mark.

Von Herrn Joseph Roziecki, Direktor der Kreditgenossenschaft in Petrifau, einem bedeutenden Kenner der Finanzverhältnisse im Königreich Polen und Verfasser einer Reihe von Arbeiten aus diesem Gebiete, erhalten wir folgenden Artikel, der das im gegenwärtigen Augenblick ungeheuer aktuelle Problem der Währung im Königreich behandelt.

Die polnische Mark ist durch die sogenannte „Polnische Landesdarlehnskasse“ in Warschau herausgegeben worden. Diese Kasse soll im Auftrage des deutschen Reichskanzlers spätestens 2 Jahre nach der formellen Bildung des Königreichs Polen liquidiert werden.

Im Sinne des § 1 der Satzungen dieser Kasse hat die polnische Mark den Zweck, den Kredit im Gebiete des Generalgouvernements Warschau zu befriedigen. Die allgemeine Summe der Banknoten dieser Kasse darf 1000 Millionen polnische Mark nicht überschreiten, die durch beweglichen oder unbeweglichen Privatbesitz, durch Hypotheken, Wertpapiere, Gold, Waren, Wechsel usw. gedeckt sind. Außerdem hat das Deutsche Reich die Bürgschaft übernommen, daß die polnische Mark nach ihrer Zurückziehung durch

die deutsche Reichsbank zum Nennwerte beglichen werden wird. Die Ausdehnung der Tätigkeit der Kasse auf das Gebiet der österreichischen Okkupation hängt von der Verständigung mit der österreichisch-ungarischen Regierung ab.

Am 26. April ist die polnische Mark in Warschau als einziges rechtliches Zahlungsmittel im Verkehr erschienen, wodurch an demselben Tage der Rubel seinen bindenden Zahlungswert im Generalgouvernement Warschau verloren hat. Im Verhältnis zu dem außer Kurs gesetzten Rubel hat die polnische Mark ebenso wie die deutsche Mark den Zwangskurs von 2,16 erhalten, d. h. für eine polnische Mark 46,30 Kopfen. Zugleich sind am genannten Tage, wie dies vorauszu sehen war, die Preise der Lebensmittel in Warschau bedeutend in die Höhe geschneit. So ist der Zucker um 55 Pfg. für das Pfund teurer geworden; Brot ohne Marken hat den Preis von 1,20 M für das Pfund erreicht; in den Kaffeehäusern ist der Preis des Gebäcks um einige Pfennige für das Stück gestiegen.

Die Warschauer Börse hat unter Ausnutzung des neuen Markkurses ebenfalls den Preis der Wertpapiere erhöht. So hat man für die 5 % Pfandbriefe der Stadt Warschau 194,50 gezahlt (bei einem Kurse von 2,16 beträgt dies 90 Rubel), für 4½ % Land schaftsbriefe zahlte man 208,— was bei einem Kurse von 2,16 96,25 Rubel ausmacht.

Obige Werte notierten am vorhergehenden Tage an der Warschauer Börse: die ersteren 81,14, die letzteren 86,65 Rubel.

Das erste Darlehn in der Kasse nimmt die städtische Verwaltung in Warschau in Höhe von 60 Millionen Mark als Pfand für eine Anleihe auf, die sie von Bürgern in Höhe von 75 Millionen erhält.

An diese komplizierte Finanzoperation, die von der städtischen Verwaltung Warschaus weder bezüglich der Höhe der Summe, noch in Bezug auf die Form bis jetzt jemals ausgeübt worden ist, muß die Verwaltung Warschaus herantreten, da seine Einnahmen und Steuern sehr gering geworden sind, die Ausgaben hingegen, die vor der Besetzung des Landes 21 Millionen Rubel betrugen, auf 45 Millionen Rubel gestiegen sind. Von dieser Summe entfällt fast die Hälfte auf außerordentliche Ausgaben, die durch den Krieg verursacht werden, wie z. B. Hilfeleistung für die Bevölkerung, Lieferungen für die Okkupationsbehörden, Kosten für die deutsche Besatzung usw.

Wie daraus zu ersehen ist, wird die polnische Mark zunächst der Stadtverwaltung die finanziellen Sorgen erleichtern, jedoch nicht zur wirtschaftlichen Hebung des Landes beitragen.

Die Warschauer Börse, die in ihrer Erklärung vom 26. April die Mitteilung macht, daß sie den bisherigen Kurs der Wertpapiere nach dem Tageskurs der Mark und nicht nach dem amtlichen Kurs berechnen wird, hat zugleich, wie oben erwähnt, den Kurs der 4½ % Pfandbriefe von 86,65 auf 96,25 Rubel erhöht, demnach die Mark mit 41,60 Kopfen bewertet. Demnach wird jeder, der ein Darlehn oder eine Zahlung in Mark erhält, an jeder Mark einen Kursverlust von 4,70 Kopfen erleiden. Es entsteht nun die Frage, ob der Landwirt, Industrielle oder Handwerker zwecks Hebung seines Betriebes die Wohltaten der Polnischen Landesdarlehnskasse für sich in Anspruch nehmen kann? Nein! Denn die Kalkulation gestattet nicht die Aufnahme eines solchen Darlehns.

Infolge einer solchen Sachlage ergibt sich eine zweite Frage. In welchem Finanzinstitut können obengenannte Personen ihr Kreditbedürfnis befriedigen? Darauf gibt es nur eine Antwort. In einer polnischen Bank, die zur Ausgabe von polnischen Banknoten berechtigt ist, die bezüglich des Wertes dem Münzsystem der Mittelmächte angenähert sind und deren Bezeichnung sich auf nationale Traditionen stützt.

Nach zweijähriger Erfahrung müssen wir endlich zu der Überzeugung gelangen, daß die Geldverhältnisse im Königreich Polen, die einen immer chaotischeren Charakter annehmen, nur durch eine polnische Bank geregelt werden können, die unter Mitwirkung des Staates und der Volksgesamtheit mit dem Rechte der Emission ins Leben gerufen wird. Auch darin müssen wir uns einig sein, daß nur eine polnische Mark, die auf nationale Traditionen gestützt ist, der vernichtenden Wirksamkeit des Rubels ein Ende machen kann. Denn wenn es auch eine polnische Mark oder eine polnische Krone sein wird, so wird sie im Verhältnis zum Rubel, mag er sich im Umlauf befinden oder außer Kurs gesetzt sein, immer eine Mark oder eine Krone bleiben, und das tatsächliche Wertverhältnis dieser Geldsorten wird trotz aller Verordnungen und Bekanntmachungen dauernd schwanken. Hingegen kann ein polnisches Geldstück, das den traditionellen hundert polnischen Groschen entspricht, die den Wert eines halben Rubels darstellen, sich wirksam der Spekulation entgegenstellen, da es in den breiten Massen des polnischen Volkes, die an die Groschenrechnung gewöhnt sind, eine Stütze finden wird. Die ruinierte Landwirtschaft, die zerstörte Industrie und die sich direkt in einer katastrophalen Lage befindenden Gemeinden brauchen eine sofortige rationelle finanzielle Hilfe.

Die Tätigkeit der polnischen Bank mußte daher neben den allgemeinen staatlichen Aufgaben vor allem darin bestehen, Darlehen auf ländliche und städtische Hypotheken in polnischen Banknoten unter möglichst niedriger Verzinsung zu gewähren.

Wenn die polnische Bank für den Anfang oben genannte Bürgschaften als Grundlage für die polnischen Umlaufsmittel annehmen wird, dann wird es sich zeigen, daß die erste Emission von polnischen Banknoten eine vollständige hypothekarische Sicherheit haben wird, so daß der Zwangskurs nach dem nominalen Werte, den die Banknoten in den öffentlichen und Regierungskassen erhalten müssen, vollständig gerechtfertigt sein wird.

Sitz der polnischen Bank mußte naturgemäß die Hauptstadt des Landes sein. Jedoch aus Rücksicht darauf, daß in Warschau, wie bereits bemerkt, die Polnische Landesdarlehnskasse eröffnet worden ist, die zur Ausgabe der polnischen Mark als einzigen rechtlichen Zahlungsmittels im Gouvernement Warschau berechtigt ist, wäre es zwecks Vermeidung einer noch größeren Verwirrung auf diesem Gebiete angebracht, als Sitz der polnischen Bank vorläufig eine Stadt im österreichischen Besatzungsgebiete zu wählen.

Indem ich betone, daß die anormalen Münzverhältnisse im Königreich, die durch die Verschiedenartigkeit der vorhandenen Währungen hervorgerufen sind, nur durch eine polnische Münze beseitigt werden können, die auf nationale Tradition gestützt ist, übergebe ich meinen Vorschlag der Erwägung der einschlägigen Faktoren und der öffentlichen Meinung.

Petrikau, den 6. Mai.

Joseph Roziecti.

Nr. 67 des Glos (Warschau)
vom 9. Mai 1917

beschäftigt sich im Leitartikel unter der Überschrift: „Um den polnischen Charakter unserer Städte“ mit dem schwierigen nationalkonfessionellen Probleme, das in der Tatsache hervortritt, daß besonders in den Stadträten der kleineren Städte das Polentum zur Rolle einer Minderheit verurteilt ist. Tatsache sei — führt das Blatt aus — daß in einer bedeutenden Anzahl von Städten die jüdische Bevölkerung das zahlenmäßige Übergewicht habe oder eine solche Minder-

heit bilde, daß sie dank ihrer wirtschaftlichen Struktur leicht in der Mehrzahl der nach dem Zensus eingerichteten Kurien das Übergewicht erlange. Dieses schwierige Problem könne jetzt von der prinzipiellen Seite aus nicht angefaßt werden, doch könne etwas vorberhand geschehen, um gesündere Verhältnisse in die Wege zu leiten. Ein vorläufiges Vorbeugungsmittel gegen das erbitternde Stärkeverhältnis der Konfessionen in den Städten — wäre die Einbeziehung der umliegenden Ortschaften in die Gemeinden der Städte. In dem österreichischen Okkupationsgebiete sei dies bereits vor der Verkündung der städtischen Selbstverwaltung geschehen. Diesem Umstande sei es zu verdanken, daß in den dortigen größeren Städten die Wahlen in den Stadtrat ganz andere Resultate ergeben hätten, als seinerzeit in Lodz, Siedlce oder Bendzin. In dieser Sache könnte das Departement des Staatsrats für innere Angelegenheiten mit einer Initiative hervortreten.

(Aus Nr. 93 des Warschauer Tagesberichts vom 11. Mai 1917.)

Nr. 232 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 9. Mai 1917

berichtet, daß in Warschau folgendes Kommunitat der „Zwischenparteilichen Fraktion“ verbreitet wird: „Herr Kunowski und Graf Koniker haben sich nach Stockholm begeben, um an der internationalen sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Nach Presseberichten wird die Besprechung der Kriegsziele und der Friedensbedingungen den Gegenstand der Beratungen bilden. — Wir stellen insolgedessen fest, daß weder die Personen, noch die Institutionen, welche von diesen Personen vertreten werden, die Meinung der polnischen Nation darstellen und das Recht besitzen, im Namen der Nation aufzutreten.“

Das Sekretariat der Zwischenparteilichen Fraktion.
(Aus Nr. 33 des Warschauer Tagesberichts vom 11. Mai 1917.)

Nr. 74 des Głos (Warschau)
vom 13. Mai 1917

nimmt im Artikel: „Die Sozialisten und das polnische Dorf“ zu der Tatsache Stellung, daß die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) Anstalten macht, Anhänger unter der Bauernschaft zu werben, wofür die P. P. S. einen besonderen ländlichen Ausschuß organisiert hat. In einem Rundschreiben dieses Ausschusses an die Kreisorganisationen heißt es u. a.: Bei der agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit ist das Zjednoczenie Ludowe (Volksvereinigung) rücksichtslos zu bekämpfen dagegen soll man das Verhältnis zur polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe) nicht verschärfen und nur die Einflußsphären dieser Partei und der P. P. S. von einander abzugrenzen trachten. „Głos“ wendet sich aufs schärfste gegen dieses Bestreben der P. P. S., die sozialistische Agitation aufs Land zu tragen. „...Solch ein demagogisches Treiben muß verkehrte, schädliche Resultate ergeben. In dieser Hinsicht ist Rußland ein trasses Beispiel. Wir wollen nicht in unserem Organismus ähnliche Experimente und eine derartige Verwirrung.“

(Aus Nr. 95 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Mai 1917.)

Aus Nr. 215 des Czas (Kraukau)
vom 10. Mai 1917.

Nichtverantwortliche Politik.

In dem wichtigsten Ausschuß des Deutschen Reichstags fand eine Aussprache über die deutsche

Politik in den besetzten polnischen Gebieten statt, wobei ein Vertreter der Fortschrittspartei das Verhalten der dortigen unteren Verwaltungsorgane kritisierte. Der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, stellte in längerer Rede die Grundsätze der dortigen deutschen Verwaltung dar und berief sich auf „ihre bedeutenden Erfolge“.

(Es folgt eine Inhaltsangabe der Rede des Staatssekretärs.)

Einer der folgenden Redner betonte, daß die Bildung eines polnischen Heeres schon aus dem Grunde notwendig ist, damit das Land im Augenblicke der Übernahme der Regierungsgewalt nicht ohne Heer wäre. Der Vertreter des Reichskanzlers hat dieses Motiv nicht berührt. Es ist zu bedauern, daß der in der Sitzung anwesende Vertreter der polnischen Fraktion, der über die Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland sprach, nicht das Wort ergriff, um die Verhältnisse in den besetzten Gebieten darzustellen; denn die Ausführungen des Vertreters des Reichskanzlers erforderten durchaus eine nähere Beleuchtung.

Die Behauptung z. B., „daß Polen nur uns und unsern Siegen seine zukünftige Unabhängigkeit verdankt“, ist die Wiederholung einer in der deutschen Presse häufig vorkommenden Ansicht über die Pflicht der Dankbarkeit seitens der Polen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Und doch wird Dr. Helfferich, der die offene Frage anderer Möglichkeiten übergeht, genau wissen, daß der Akt vom 5. November durchaus nicht die Äußerung irgend eines besonderen Freundschaftsgefühls gegenüber dem polnischen Volke war, auch nicht das Bestreben, das durch die Teilung verursachte Unrecht gutzumachen, sondern das Ergebnis einer unabwendbaren politischen und geschichtlichen Notwendigkeit, die die beiden Monarchen und ihre Berater in kluger Weise erfaßt und erkannt haben. Wenn daher die von den Mittelmächte erwünschten Folgen der Proklamierung der polnischen Unabhängigkeit tatsächlich eintreten sollen, muß der Akt vom 5. November in vollem Umfange, systematisch und loyal und ohne irgend einen andern Gedanken durchgeführt werden, als den, den polnischen Staat als gleichberechtigten Faktor und treuen und kräftigen Bundesgenossen in das große mitteleuropäische System einzuführen. Zwar gibt es keine Veranlassung zu der Annahme, daß die Pläne und Absichten des Kaisers und Kanzlers sich auf einer andern Linie bewegen. Aber die Absichten dieser Faktoren finden nicht immer das richtige Verständnis und die genaue Befolgung seitens der untergeordneten Organe.

Die Organisierung des polnischen Staates schreitet langsam vorwärts, was — wie Dr. Helfferich richtig bemerkte — die polnische Bevölkerung beunruhigen muß. Die durch den Stellvertreter des Kanzlers gegebene Erklärung für diesen langsamen Fortschritt ist jedoch nicht ganz überzeugend.

Zwar hat der Staatssekretär recht, wenn er sich skeptisch über die parteipolitische Zersplitterung des polnischen Volkes in Kongreßpolen äußert, was ebenfalls von allen ernstesten polnischen Politikern bedauert wird. Wer könnte jedoch leugnen, daß eine ähnliche Erscheinung auch in Deutschland zu beobachten ist. Nur verhindert dort die dank der ungehinderten Entwicklung des öffentlichen Lebens stark entwickelte politische Kultur bis zu einem gewissen Grade die nachteiligen Folgen von Parteistreitigkeiten, während diese im Königreich häufig allzu trasse, primitive Formen annehmen. Aber auch in Deutschland hört man dauernd Aufforderungen zu Eintracht und Harmonie, und trotzdem vergeht keine parlamentarische Session ohne bedeutende Reibereien zwischen den Parteien.

Obwohl dieses Argument eine gewisse Berechtigung hat, kann man nicht verstehen, auf welche Tatsachen Dr. Helfferich seine Behauptung von der großen

nationalen und konfessionellen Zersplitterung stützt. Wenn es sich um das Verhältnis der heimischen polnischen Bevölkerung zu der fremden handelt, so ist dieses Verhältnis durchaus nicht schlimmer als in Deutschland, namentlich wenn man hier und dort die Juden außer Betracht zieht. Zwar werden in Deutschland alle Juden ohne Ausnahme konsequent der deutschen Nationalität zugerechnet; trotzdem wird aber auch Dr. Helfferich nicht behaupten wollen, daß sie dadurch auch Deutsche geworden sind. Tatsache ist aber, daß ein Land, das abgesehen von 2 und 3 großen Städten nahezu 90 % polnische und katholische Bevölkerung aufzuweisen hat, in konfessioneller und nationaler Beziehung mindestens ebenso einheitlich ist wie Deutschland, — und daß aus diesem Grunde keine Schwierigkeiten für die Bildung des polnischen Staates sich ergeben können. Zwar hat man von Seiten mancher untergeordneten Organe der deutschen Verwaltung versucht, die Judenfrage zu benutzen, um die Einheitlichkeit des Landes zu stören; aber diese Versuche haben sich als erfolglos erwiesen, und schon in der für die Städte verbindlichen, von den Besatzungsbehörden stammenden Gemeindeordnung ist die Überzeugung zum Ausdruck gekommen, daß die herrschende Sprache im Königreich ausschließlich die polnische ist. Die lokal genau begrenzte litauische Frage kann gelöst werden, ohne den Wert des Staates anzutasten.

Daher kann auch die polnische Bevölkerung die dem Staatsrat gemachten Schwierigkeiten bei der Übernahme des Schulwesens nicht verstehen. Auch auf dem Gebiete des Gerichtswesens müßte das polnische Element in weit größerem Umfange herangezogen werden, als dies bis jetzt geschehen ist. Was aber die eigentliche Verwaltung anbelangt, so waren die Forderungen und Vorschläge des Staatsrats, soweit es bekannt ist, sehr bescheiden, und trotzdem wurden sie nicht erfüllt. Sollte auch nach dieser Richtung hin das Argument über die nationale und konfessionelle Zersplitterung des Landes entscheidend gewesen sein?

Niemand in Polen wird die Schwierigkeiten, die mit dem Wiederaufbau des staatlichen Organismus der jahrelang durch die russische Regierung systematisch niedergehalten wurde, verknüpft sind, verkennen. Aber wenn dazu noch die unfreundliche Politik von Faktoren, die in den besetzten Gebieten tätig sind, hinzukommt, so darf man sich nicht wundern, daß die Ungeduld und damit auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst und daß dadurch ein Fundament gelegt wird, das jeder unerwünschten und im geheimen wirkenden Agitation Vorschub leistet.

Auch die Vorgänge in Litauen wirken nachteilig auf die Stimmung im Königreich, weil auch die dortigen untergeordneten Organe sich den Richtlinien der Politik des Kaisers und Reichskanzlers nicht fügen. Abgesehen von den verschiedenen Beschränkungen gegenüber den Polen, hat die Okkupationsbureaucratie einen Feldzug großen Stils unternommen, um die Aneignung der Weißrussen gegenüber den Polen zu wecken, und die Zeitung fürs Volk, die auf ihre Kosten herausgegeben wird, versucht systematisch die nationalen und sozialen Gegensätze in Litauen zu schüren. Wir fürchten uns nicht vor der weißrussischen Frage, die jeder realen Grundlage entbehrt. Aber schon die bloße Absicht, diese gegen die Polen auszuspielen, beweist, daß die Okkupationsbureaucratie ihre nationalistischen Vorurteile nicht abgelegt hat und auf eigene Hand eine Politik führt, die sich mit dem Akt vom 5. November nicht vereinbar ist. Ein solches Verhalten unverantwortlicher Faktoren erschwert in bedeutendem Maße die Bemühungen des Generals Beseler und widerspricht dem Willen des Kaisers und des Kanzlers, dem Willen, der ausdrücklich von der parlamentarischen Bühne aus verkündet worden ist. In der letzten Zeit hat die preußische Regierung eine

ganze Reihe von Änderungen in der Zusammenfassung der provinziellen Bureaucratie vollzogen, die sich den Weisungen der Zentralbehörden nicht streng gefügt hat. Es scheint, daß eine ähnliche Auffrischung des Beamtenpersonals auch in Litauen angebracht wäre, wo die örtlichen Verhältnisse größeren Takt und tieferes Verständnis für die Lage seitens der Okkupationsorgane erfordern. Gerade dies hätte man dem Vertreter des Kanzlers sagen oder ihn wenigstens fragen sollen, ob die Politik, die von der deutschen Bureaucratie in den polnischen besetzten Gebieten angewendet wird, den Weisungen der Regierung entspricht, oder ob sie auf eigene Hand betrieben wird. So weit es aus den Berichten der deutschen Presse hervorgeht, hat der Vertreter der polnischen Fraktion diese Sache nicht berührt.

Aus Nr. 101 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 4. Mai 1917.

Vom Hilfskomitee zur Beistandsleistung für das Königreich Polen.

Von der Informationsreise der Delegierten des Komitees.

Die betrübenden Nachrichten, die dem Komitee aus verschiedenen Gegenden des Königreichs Polen über die dortigen Ernährungsverhältnisse in einer großen Anzahl zugegangen waren, veranlaßten zwei Mitglieder des Komitees, eine Informationsreise nach Polen zu machen. Außer dem Unterzeichneten beteiligte sich an dieser Reise Herr Sigismund v. Chlapowski aus Turau. Die Reise ging zuerst nach Sosnowice, das dicht bei Katowitz liegt. Von dort kommen nämlich die schlimmsten Nachrichten. Sosnowice ist eine Grenzstadt; es besitzt, weil in der Nähe sich Kohlengruben befinden, viele Fabriken und deswegen auch eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung. Es ist heute nach Warschau und Lodz der dritte Mittelpunkt im Königreich Polen; es zählt 100 000 Einwohner, die meistens hilfsbedürftig sind. Von den vielen Hütten, Fabriken und Walzwerken, welche die Stadt aufweist, sind gegenwärtig, soweit unsere Information reicht, drei ganz außer Betrieb; ebenso drei große Spinnereien und eine ganze Reihe kleinerer Eisen-, Papier-, Essigfabriken usw. Außerdem gibt es dort jetzt eine ganze Menge Familien von Zollbeamten und hauptsächlich von Eisenbahnzollbeamten, die keine Existenzmittel besitzen, weil die Väter dieser Familien sich seit mehr als zwei Jahren in Rußland befinden. Die Lebensmittel sind wie überall so auch hier sehr teuer. Man kann sich somit vorstellen, wie sehr darunter die Arbeiterbevölkerung leidet, zumal sich unter ihr ganze Scharen befinden, die überhaupt keine Beschäftigung haben.

Es besteht in Sosnowice ein lokaler Fürsorgerat unter der Leitung des Herrn Rudowski; außerdem funktioniert dort seit 15 Jahren ein Wohltätigkeitsverein, dessen Vorsitzender Pfarrer Raczyński ist. Schon die lange Existenz des Vereins beweist, daß in Sosnowice auch vor dem Kriege in jedem Jahre eine gewisse Not herrschte. Wirkliche Verdienste hat sich aber der Wohltätigkeitsverein erst während des Krieges erworben; denn im März 1915 wurden hier mit Hilfe des Posener Unterstützungskomitees fünf Volksküchen eingerichtet, in denen täglich bis 15 000 Arme gespeist wurden. Deswegen stieg auch das Ausgabebudget immer mehr; im Jahre 1916 betrug es 285 087 Rubel oder mehr als ½ Million Mark; während des ganzen Krieges wurden bis Februar 438 444 Rubel d.h. nahe eine Million M. ausgegeben. Wenn nämlich der Hauptfürsorgerat in Warschau mit Rücksicht auf seine geringen Mittel im Jahre 1916 für den ganzen Kreis Bendzin monatlich nur 10 000 Rubel bestimmt hat und in dieser Summe auch die Ortschaften Sosnowice, Bendzin, Grodziec und Zawiercie einbegriffen waren,

so kann man sich vorstellen, wie winzig die Summe gewesen sein muß, die jährlich auf Sosnowice entfiel, im Verhältnis zu den gewaltigen Ausgaben, welche Sosnowice für die Ernährung seiner Bevölkerung zu bestreiten hatte. Um das jährliche Budget von 300 000 Rubel zu decken, mußte man sich deshalb an die Opferwilligkeit des Publikums wenden. Zum Teil hat auch der Magistrat selbst geholfen, aber auf welche Weise? Er hat eine Anleihe auf die Grundstücke der Stadtbewohner aufgenommen. Man stelle sich nun die Lage der Hausbesitzer vor, die während des Krieges nur geringe oder gar keine Einkünfte hatten und außerdem jetzt noch die Zinsen der Anleihe zahlen müssen, die auf ihren Grundstücken lastet!

Und dabei zeigen sich immer größere Bedürfnisse. Seit Beginn des Krieges wurden sechs Millionen Mittagsmahlzeiten ausgegeben. Das beweist am besten, wie notwendig solche Volksküchen sind. Heute haben sich jedoch die Ernährungsverhältnisse und vor allem die finanziellen Verhältnisse leider derart gestaltet, daß von den erwähnten fünf Volksküchen zwei schon geschlossen wurden.

Unter denjenigen Personen, denen das Mittagessen (ein Teller Suppe und ein Stück Brot) unentgeltlich verabfolgt wird, befindet sich eine Menge Kinder. Ihre Gesichter sehen elend aus, denn für gar manches Kind bildet diese Suppe die ganze Nahrung. Eine gewisse Anzahl von Arbeitern erhält diese Suppe für den Preis von zehn Kopfen für das Liter. Außerdem bestehen in Sosnowice:

1. ein Asyl für Obdachlose Greise und Kinder. Es ist eingerichtet für 100 Personen;
2. das Sienkiewicz'sche Waisenhaus für 30 Waisen, die keinen Vater und keine Mutter mehr haben;
3. ein Arbeitsaal für Mädchen im Alter von 14 bis 20 Jahren und darüber hinaus. Eine solches Arbeitshaus ist mit Rücksicht auf die Moral der Mädchen von großer Bedeutung;
4. eine Erziehungsanstalt für 50 verwahrloste und gerichtlich bestrafte Knaben. Gegenwärtig befinden sich in der Anstalt 20 Zöglinge;
5. sieben Kinderasyle, wo die Kinder Mittagessen bekommen, lernen und von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags unter Aufsicht stehen;
6. ein Asyl mit vollständiger Verpflegung für Kinder, deren Mütter den ganzen Tag auf Arbeit sind;
7. ein Arbeitshaus für ältere Kinder. Die Kinder verrichten hier ihre Schularbeiten, wenn es zu Hause kalt und dunkel ist;
8. eine Nähanstalt für 90 Mädchen, die dort auch ihr Mittagessen für 10 Kopfen erhalten. Die Mädchen verdienen hier etwas, aber die Hauptsache ist, daß sie beschäftigt und von der Straße ferngehalten werden;
9. eine Sektion für Kleiderverteilung. Hier werden Kleider und Schuhwerk für Obdachlose angefertigt;
10. eine Sektion der gegenseitigen Unterstützung. Sie ist eingerichtet für die mittlere Intelligenz.

Zu diesem Zwecke haben sich nämlich solche Bürger von Sosnowice freiwillig besteuert, welche noch über irgend welche Einkünfte verfügen. Sie zahlen ein bis zehn Rubel monatlich. Unterstützt werden Personen, welche zu den ausnahmsweise Bedürftigen gehören. Diese Sektion zeugt wohl am schönsten von der Opferwilligkeit der Sosnowicer Bürger;

11. eine Sektion zur Unterstützung von Handwerkern und Kleinkaufleuten. Hier werden kleinere Beihilfen gewährt, ungefähr von 10 Rubeln an. Diese kleine Summe dient zur Eröffnung eines Geschäfts oder eines Handwerkbetriebes. Die gewährten Beihilfen sind rückzahlbar; von manchen werden sie auch wirklich zurückerstattet;

12. eine Arbeitssektion. Sie hat die Aufgabe, alle diejenigen, welche eine kräftiges Mittagessen um einen billigen Preis oder ganz unentgeltlich erhalten wollen, anderweitig zu beschäftigen. Auch die vernachlässigten

Kranken und Armen werden von hier aus verpflegt. Außerdem werden hier Marken fürs Mittagessen, für Kohle und Kleider ausgegeben. Im letzten Jahre haben z. B. 1470 Familien Kohlen erhalten.

Außer den erwähnten Einrichtungen, die von dem Wohltätigkeitsverein gestiftet wurden, hat der Fürsorgeausschuß in Sosnowice noch den s. g. „Tropfen Milch“ und ein Tagesasyl für 60 Mädchen eingerichtet.

Es würde zu weit führen, die speziellen Berichte dieser Sektionen mitzuteilen, die uns in Sosnowice überreicht wurden. Wenn man jedoch bedenkt, daß in dieser Stadt unter den 100 000 Einwohnern die Arbeiterbevölkerung überwiegt, welche schon am ersten Tage nach dem Ausbruch des Krieges dessen Schrecknisse zu kosten hatte, so muß jeder Vorurteilsfreie zugeben, daß diese wenigen Einrichtungen für die hiesige Bevölkerung die einzige Zufluchtsstätte und für viele zugleich den einzigen Ort bildeten, wo sie ihr Leben dem Lande noch erhalten konnten. Wenn also irgendwo, so ist gerade für Sosnowice Hilfe unentbehrlich, in ähnlicher Weise wie für Warschau und für Lodz. Die Not wird hier noch durch die geographische Lage der Stadt vergrößert. Sosnowice liegt nämlich in einem Dreieck. Auf der einen Seite grenzt es an Preußen und auf der anderen Seite an das österreichische Okkupationsgebiet; auf der dritten Seite streift es an den Teil des Königreichs Polen, der zur deutschen Okkupation gehört. Hinter Sosnowice nach Norden hin liegen nur kleinere Mittelpunkte der Arbeiterbevölkerung wie Bendzin, Grodziec, Zawiercie, Czeladz. Es gibt also in der ganzen Gegend keinen größeren Landbesitz, der sich dieser Arbeiterbevölkerung annehmen und sie, wie es in anderen Gegenden geschieht, mit Lebensmitteln unterstützen könnte. Alles das spricht also dafür, daß Sosnowice der Hilfe von außen her durchaus bedürftig ist.

Auf unserer Informationsreise haben wir auch Bendzin und Grodziec aufgesucht. Diese Ortschaften können sich schon eher selbst helfen. Den Fürsorgetrat repräsentiert in Bendzin Herr Bär und in Grodziec Herr Johann Ciechanowski. Vorsitzender des Fürsorgetrates für den ganzen Bezirk ist Herr Skarbinski. In Grodziec gibt es zwei Kinderasyle. Sie wurden anfangs von der Gutbesitzerin Maria Ciechanowska in Grodziec geleitet; später trat sie Frau Ciechanowska an den lokalen Fürsorgetrat ab. Die Unterhaltskosten eines Kindes in dem einen Asyl betragen 35 Kopfen, aber das Gemüse usw. wird außerdem noch unentgeltlich von der Gutscherrschaft Ciechanowski geliefert. Im zweiten Asyl zahlen die Mütter für ihre Kinder 50 Kopfen monatlich. In den Asylen befinden sich durchschnittlich 100 Kinder. Die fehlenden Fonds werden zum Teil vom dem Oberfürsorgetrat in Warschau ersetzt; zum Teil sorgt — für verschiedene Ausgaben — die Opferwilligkeit des Publikums.

Bei dieser Gelegenheit können wir eine sehr nützbringende Einrichtung nicht unerwähnt lassen, die wir in Grodziec angetroffen haben und die sich erst während des Krieges als notwendig erwies. Die sehr rührige und erfindungsreiche Frau Maria Ciechanowska gründete auf ihrem Gute einen „Verein der Bäuerinnen“. Es gehören ihm jetzt 70 Bäuerinnen an. Sie zahlen einen monatlichen Beitrag von 25 Kopfen = 50 Pfennige (jährlich 6 Mark). Der Beitrag wird von den Bäuerinnen auch regelmäßig entrichtet. Es finden wöchentlich zwei Versammlungen statt. Zu denselben erscheint gewöhnlich drei Viertel der Mitgliederzahl. Im Winter finden die Versammlungen abends von 6 bis 8 Uhr statt. Für den Sommer wird eine andere Zeit bestimmt werden. Der Verein besteht nämlich erst seit Oktober 1916. Den Vorsitz führt Frau Ciechanowska. Sie wird von zwei anderen Damen vertreten. Eine Dame ist Schriftführerin. Drei Bäuerinnen fungieren als „Wirtinnen des Ver-

eins“ und als „Erfundigungsausschuß“. Sie teilen nämlich mit, wessen der Verein bedarf usw. Abgesehen von den Versammlungen wird den Mitgliedern des „Vereins“ folgendes geboten:

1. Unterrichtsstunden in der polnischen und in der allgemeinen Geschichte und Geographie, Rechenunterricht (die vier Spezies und praktische Rechenexempel für den Haushalt), allgemeine Unterhaltungsstunden, wobei der Pfarrer behilflich ist, — er erklärt das Leben der Heiligen usw. — Frau Ciechanowska und andere Damen erteilen Weisungen in praktischen Dingen, aus dem Gebiete der Moral usw. Jede Bäuerin erscheint in den Sitzungen mit irgend einer Handarbeit (Stricken, Stopfen usw.). Es werden auch Vorlesungen über Hygiene, ja sogar über die Baukunst und über andere, fürs gewöhnliche Leben nützliche Dinge gehalten.

2. Unterricht im Zerschneiden. Dafür zahlen die Bäuerinnen noch besonders 1 Rubel = 2 Mark monatlich. (Der Unterricht dauert drei bis vier Monate.) An diesem Unterricht dürfen aber außer den Bauernwirtinnen auch noch andere Personen teilnehmen.

3. Schreib- und Lesekurse für solche, die nicht lesen und nicht schreiben können. Diese Kurse finden an Sonntagen nach der Vesperandacht statt.

4. Außerdem werden alle Bedarfsartikel für das Land engros bezogen und an die Bäuerinnen nach Abzug der Bezugskosten zum Selbstkostenpreise verkauft.

5. Der Verein sorgt auch für die Instandhaltung der Kirchenparamente, der Kirchenwäsche usw.

6. Auch auf Gartenanlagen an den Wohnhäusern wird gesehen.

7. Es werden Schlachtungen vorgenommen, um billiges Fleisch zu bekommen. Außerdem wird jetzt auch ein Kurzwaren- und Galanteriegeschäft eingerichtet, wo die Waren ebenfalls nur zum Selbstkostenpreis verkauft werden sollen.

8. Für die Bibliothek des Vereins werden Volks- und landwirtschaftliche Blätter abonniert.

Wir müssen mit Staunen gestehen, daß es einer außerordentlichen Energie bedarf, um in einem Lande, wo man heute die Bevölkerung, vor allem vor der Not zu schützen hat, einen solchen Mittelpunkt für die Kultur zu schaffen. Andererseits aber ist der „Verein“ in Grodziec zugleich ein Beweis, wie sehr sich unser Volk nach der Aufklärung überhaupt sehnt und wie dankbar es dieselbe annimmt. Außerdem zeigt sich hier auch die Tüchtigkeit der Frauen im Königreich Polen während des Krieges. Dasselbe sehen wir aber auch bei uns. Die Frauen empfinden jetzt schon instinktmäßig das Bedürfnis der Fortbildung und der Organisierung ihrer Wirtschaften; sie werden somit auch nach dem Kriege die Einführung der Kultur auf dem Lande erleichtern. Gott stehe einer solchen Arbeit bei!

In der Gegend von Sosnowice dicht an der preußischen Grenze liegt die Ortschaft Czeladz. Wir haben zufällig eine Statistik des Gesundheitszustandes der dortigen Bevölkerung. Der Verdienst z. B. in der dortigen Grube „Saturnus“ betrug vor dem Kriege 1,30 Rubel = 2,60 Mark täglich, heute 2,20 Rubel = 4,40 Mark. Wegen der hohen Preise hat die Arbeiterbevölkerung auch Schwierigkeiten mit dem Einkauf von Lebensmitteln. So kostet ein Pfund Speck (400 Gramm) 2,50 Rubel = 5 Mark und 200 Pfund (ein Pfund = 400 Gramm) Weizenmehl 160 bis 220 Rubel, Roggenmehl ist überhaupt nicht zu haben. Ähnlich hoch sind die Preise für die Grütze. Infolge dieser Schwierigkeiten ist die Ernährung ungenügend, und es herrschen verschiedene Krankheiten, so:

Die Tuberkulose. Im Jahre 1910 kamen auf 6300 Menschen 25 Kranke, im Jahre 1911 bis 42, 1912 — 50, 1913 — 42, 1914 — 50, 1915 — 58, 1916 — 98. Es starben an Tuberkulose: Im Jahre 1916 — 10 Personen, 1912 — 12, 1912 — 8, 1913 — 10,

1914 — 10, 1915 — 32. Einige wurden aufs Land und nach Zakopane geschickt, ob sie aber gesund zurückkommen, weiß man nicht.

Die Wassersucht. An dieser Krankheit, die durch Hunger hervorgerufen wurde und vor dem Kriege gar nicht hier grassierte, erkrankten im (Kriegs-)Jahre 1915 — 34 Menschen, und es starben 4, im Jahre 1916 erkrankten 48 und es starben 8.

Czenstochau. Die Arbeit verteilt sich hier in folgender Weise: I. Kinderpflege, II. Krankenpflege, III. Schülerheime, IV. Volksküchen, V. Persönliche Unterstützungen, VI. Arbeitsvermittlung.

I. Kinder. 1. Fürsorge für kleine obdachlose Kinder.

2. Fürsorge für Bettelkinder. Sie werden beinahe mit Gewalt von der Straße weggezogen. Sie werden dann ausgefragt, es wird nach ihren Eltern geforscht und untersucht, ob die Eltern selbst das Betteln verschuldet haben, um etwa Geld zu verdienen, oder ob es aus wirklicher Not geschah. Solche Kinder müssen meistens vom Scheitel bis zur Sohle neu gekleidet und vor allem vom Ungeziefer gereinigt und gehörig gespeist werden.

3. Fürsorge für die Zeitungsausdräger. Diese sollen die wildeste Sorte von Kindern sein. Man veranlaßt sie, das Asyl aufzusuchen, man wäscht und kleidet sie, man sucht sie durch Gespräche kulturell zu heben, man bereitet sie zur Beichte vor.

4. Fürsorge für Säuglinge und nährenden Mütter. Für die Säuglinge existiert die Einrichtung „Ein Tropfen Milch“, die wir aus Anlaß unseres Aufenthalts in Pruszkow bei Warschau näher geschildert haben. Die Mütter erhalten Marken für Freitische.

5. Kinderasyle.

6. Fürsorge für Zöglinge der mittleren Schulen. Sie erhalten in „Teehäusern“ dreimal täglich einen kleinen Imbiß mit kondensierter Milch und ein Stückchen Brot.

7. Fürsorge für Schüler der Elementarschulen. Auch diese bekommen Tee mit Milch und Brot.

8. Sommerheime.

II. Kranke. 1. Krankenpflege. Es sind zwei Ärzte engagiert. Bei leichteren Krankheiten werden die Ärzte zu Hause konsultiert. Die Schwerkranken werden von den Ärzten in ihren Wohnungen besucht. Die Ärzte kontrollieren auch die Volksküchen, untersuchen die Speisen usw.

2. Außer den Ärzten sind auch „Krankenpflegerinnen“ angestellt. Sie besuchen die Kranken, pflegen sie und sorgen eventuell für ihren Transport nach den Krankenhäusern, wenn sie selbst nicht imstande sind, sie mit Hilfe der Ärzte wiederherzustellen.

3. Es besteht ein vorübergehendes Kranken Asyl. Dort werden aufgefundene oder vernachlässigte Kranke untergebracht und solange behalten, bis die Formalitäten erledigt sind, die zur Unterbringung eines solchen Kranken in einem Krankenhaus erforderlich sind.

III. Schülerheime. Hier fanden wir 26 Anaben aus unbemittelten Familien. Aufgenommen werden selbstverständlich nur solche Schüler, deren Leistungen und Betragen vorzüglich sind. Sie erhalten vollständige Pension und zahlen kein Schulgeld. Auch für ihre Kleidung wird nach Möglichkeit gesorgt.

IV. Es gibt sechs Volksküchen. Es wurden von ihnen zwei Millionen Mittagmahlzeiten ausgegeben. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 175 253 Rubel.

V. Persönliche Unterstützungen werden nur ausnahmsweise bewilligt.

VI. Eine Arbeitsvermittlung ist notwendig, weil dadurch verhütet wird, daß ganze Haufen der Gemeinde und dem Lande zur Last fallen.

Wenn man die Verzeichnisse der obdachlosen und elternlosen Kinder liest, so findet man darunter schon kleine Würmer von fünf Jahren, die nicht einmal wissen,

wie sie mit Vornamen heißen. Die ältesten unter ihnen sind etwa 14 Jahre alt. Bei einer ganzen Reihe dieser Kinder findet man den Vermerk „Ohne Urkunden“. Wie viele von ihnen mögen aus entierten Gouvernements stammen! Wo mögen sie nun hergekommen sein? Die meisten wurden selbstverständlich durch den Krieg hierher getrieben.

Czenstochau gehört zwar zu den größeren Städten im Königreich Polen, und es sind auch Fabriken dort zu finden, aber dafür macht sich das Elend dort nicht weniger breit, wie in den anderen Mittelpunkt Polens. Das zeigt die ständige Fürsorge für die arme Bevölkerung. An der Spitze dieser ganzen humanitären Aktion steht der in weiten Kreisen des Königreichs bekannte Kanonikus Zulman, eine sehr ausgeprägte Persönlichkeit und ein Mann von außerordentlicher Energie. Das Budget der jährlichen Ausgaben für diese Zwecke, das sich auf 400 000 Rubel beläuft, sucht er dadurch zu decken, daß er sich Einnahmen verschafft, sei es aus Küchen, die nach Bedarf gebaut werden, sei es aus Bäckereien oder ähnlichen Einrichtungen und auch aus Handelsgeschäften. Er versteht überall seine Einflüsse auszunutzen, um die nötigen Vorräte zu sammeln, sei es in Naturalien, oder barem Gelde, in Kleidungsstücken usw. Kurz er deckt das ganze beinahe erwähnte Budget allein, denn er erhält von dem Hauptfürsorgerat in Warschau kaum 156 000 Rubel jährlich.

In Czenstochau gibt es ebenso wie in Sosnowice einen christlichen Wohltätigkeitsverein. Vorsitzender desselben und zugleich des Fürsorgerates ist eben der erwähnte Geistliche Zulman.

Im Jahre 1915 wurde Czenstochau ziemlich reichlich auch vom Posener Komitee unterstützt. Diese Unterstützungen hörten erst auf, als sich in Warschau der Hauptfürsorgerat gebildet hatte, der von dem Posener Komitee, wie bekannt, monatlich 100 000 Mark erhält.

Die Delegierten begaben sich dann nach Warschau, teils um den Hauptfürsorgerat über die Notlage in Sosnowice zu informieren, teils um verschiedene innere Angelegenheiten des Komitees zu erledigen. Hier hatten sie Gelegenheit zu erfahren, in welcher Weise auch das Darlehen von 600 000 Mark verwendet wurde, welches das Posener Komitee s. B. dem Hauptfürsorgerat zwecks Einrichtung von Engroslagern gewährt hat, die der Bevölkerung Nahrungsmittel aus erster Hand, also zu normalen Preisen liefern und diese Bevölkerung dadurch aus der Hand der Wucherer befreien sollten. Diese Aktion hatte nun folgenden Verlauf:

150 000 Mark wurden dem landwirtschaftlichen Ausschuss des Hauptfürsorgerates in Warschau als rückzahlbares Umsatzkapital zwecks Ankaufs von Lebensmitteln angewiesen. Der Rest wurde als Darlehn unter die Fürsorgeräte der einzelnen Kreise, und zwar unter der Bedingung verteilt, daß die Rückzahlung in vier Raten erfolgen und mit dem dritten Monate beginnen sollte. Solche Darlehen haben bis zum 15. 3. d. Js. 37 Fürsorgeräte in der Provinz, und zwar in Höhe von 510 000 Mark und 4071,30 Rubeln erhalten.

Den übernommenen Verpflichtungen gemäß sollten bis zum 15. 3. nach Abzug der prolongierten Summen 267 750 Mark und 1954,80 Rubel zurückgezahlt werden. Es wurden aber nur 172 957 Mark und 4058,95 Rubel zurückerstattet. Es verblieben somit bis jetzt noch in den Händen der Fürsorgeräte der einzelnen Kreise 337 043 Mark und 1235 Rubel. Eine spezielle Übersicht über die Darlehen der betreffenden einzelnen Fürsorgeräte haben wir in Posen, Theaterstr. 2, abgegeben. Dort kann sie vormittags von 10—12 Uhr durchgesehen werden.

Um uns zu überzeugen, in welcher Weise die Darlehen von den Fürsorgeräten verwendet wurden, haben wir am 23. 1. d. J. Umfrage bei den einzelnen

Fürsorgeräten gehalten. Geantwortet haben 27 Fürsorgeräte. Diesen Antworten ist Folgendes zu entnehmen:

Drei Fürsorgeräte haben von dem Darlehn gar keinen Gebrauch gemacht, sei es wegen technischer Schwierigkeiten beim Einkauf der Produkte, sei es, wie sie erklärten, wegen der Unzulänglichkeit des bewilligten Fonds. Ganz oder zum Teil wurde das Darlehn in Gesamthöhe von 211 700 Mark von den Fürsorgeräten als Umsatzkapital zur Einrichtung von Engroslagern in 14 Fällen verwendet, nämlich in: Blonie, Garwolin, Gorna Kalwaria, Grojec, Mlawa, Ostrolenka, Przasnysz, Skierniewice, Sokolowo, Sosnowice, Warschau, Wengrowo, Wysokie Mazowiecko, Suwalki. Das Engroslager in Skierniewice wies bis zum 1. 1. 1917 einen Umsatz von 270 000 Rubeln und einen Reingewinn von 138 000 Rubeln auf, das Engroslager in Sokolowo einen Umsatz von ungefähr 200 000 Rubeln und einen Reingewinn von 83 000 Rubeln.

Ein Teil der Fonds in Höhe von 534 000 Mark wurde verwandt zum Ankauf größerer Partien einiger Artikel, wie: Graupe, Kartoffeln, Rohle, Petroleum, Leder, Pelze, Stiefel usw., und zwar zwecks Weiterverkaufs oder Verteilung an die Bevölkerung durch die lokalen Fürsorgeräte. Eine solche Verwendung fanden die erteilten Darlehen in: Blonie, Kujawy, Lenczyca, Lonizyn, Lukowo, Mlawa, Ostrow, Skierniewice, Szczuczyn.

Von manchen Fürsorgeräten wurden auch rückzahlbare Darlehen den Nahrungsmittelgenossenschaften bewilligt. So in Lodz 35 000 Mark, im Lodzer Bezirk 12 000 Mark, in Suwalki 5600 Mark, zusammen 53 100 Mark.

Außerdem bestimmte der Fürsorgerat in Blonie 1200 Mark für die Anlegung einer Kaninchenzüchterei, um etwas Fleisch für die Bevölkerung zu gewinnen, und der Fürsorgerat in Przasnysz kaufte für 4000 Mark Waldholz ein, damit die Leute sich neue Wohnhäuser bauen könnten, denn sie wohnen dort bis jetzt noch in den Schützengräben. Der Fürsorgerat in Czenstochau verbrauchte sein ganzes Darlehn in Höhe von 15 000 Mark zur Verproviantierung einer billigen Volksküche.

Bis dahin liegen Informationen vor über den Verbrauch von 407 400 Mark. Die Verwendung dieser Summe stellt sich nach diesen Informationen in folgender Weise dar:

Es wurden ohne jede Verwendung zu-	
rückgezahlt	69 000 Mark
Für Engroslager	24 700 "
Für den Ankauf von Produkten	53 400 "
Darlehen für Genossenschaften	53 100 "
Restierende Posten	20 200 "

Die ganze Summe der empfangenen Darlehen betrug 510 000 Mark.

Diese Zusammenstellung stützt sich auf die besten Informationen, die wir erhalten konnten. Wir haben die Empfindung und mit uns wohl auch die ganze Volksgemeinschaft, daß das dem Hauptfürsorgerat in Warschau bewilligte Darlehen von 600 000 Mark eine ganz gute Verwendung gefunden hat, und daß man es auch von den über ganz Polen zerstreuten lokalen Fürsorgeräten zurückerhalten wird. Dann wird man diese Summe wiederum anders wo zu anderen nützlichen Zwecken verwenden können. Ausichten für die Rückzahlung dieser Gelder sind aber deswegen vorhanden, weil der Schwerpunkt der Not sich jetzt aus dem Lande allmählich verschiebt. Die Bevölkerung auf dem Lande hat im Königreich Polen selbst in den verwüsteten Kreisen ihr Gleich-

gewicht schon wieder gewonnen. Manchen Landwirten geht es sogar gut, so daß sie sich von selbst den Sammlungen für ihre notleidenden Brüder in den Städten anschließen. Die Bauernwirte im Cieschanower Bezirk, wo der Krieg doch ziemlich lange gewütet hat, nehmen z. B. Kinder aus den Städten für den ganzen Sommer unentgeltlich auf, selbst Häusler beherbergen solche Kinder für eine monatliche Vergütung von 5 Rubel = 10 Mark. Ebenso nehmen sich dieser Kinder im Cieschanower Distrikt die größeren Besitzer an, und wer von ihnen es aus verschiedenen Gründen nicht tun kann, zahlt 100 Rubel. Für dieses Geld hat man schon zwei Asyls gestiftet, eins in Krasnica für Mädchen, und ein zweites an der Zuckerfabrik in Cieschanow für Mädchen. Ähnlich wie im Cieschanower Bezirk macht die Rettungsaktion für Kinder in den Kreisen der Gutsbesitzer jetzt schon überall Fortschritte. So ist es bekannt, daß die Gutsbesitzer aus der Gegend von Kalisch, Kutno, Gostyn, Kujawa schon seit zwei Jahren Kinder aus Lodz bei sich aufnehmen. Der Hauptfürsorger hat auch mit seinen knappen Mitteln sicherlich niemals ausgereicht, wenn er keine Unterstützung in der Opferwilligkeit dieser Gutsbesitzer gefunden hätte.

Aber diese Opferwilligkeit darf selbstverständlich noch nicht nachlassen. Im Gegenteil, man muß hierfür alle anzuregen suchen und auch diejenigen Schichten anspornen, die bis dahin für eine solche Aktion kein richtiges Verständnis zeigten. Jeder Kreis im Königreich Polen besitzt ja einflußreiche Persönlichkeiten, welche diese Sache in die Hand nehmen könnten. Wir hoffen auch, daß auf Anregung des Hauptfürsorgerates vor allem das humane Werk der Unterbringung der Kinder auf dem Lande und der Versorgung der Arbeiterbevölkerung in den großen Städten mit Lebensmitteln gut gedeihen wird.

Das Posener Unterstützungskomitee wird außerdem noch viel zu erledigen haben. Außer der Unterstützung nämlich, die es dem Hauptfürsorgerat in Warschau auch weiterhin in demselben Umfange (100 000 Mark monatlich) zahlen möchte, wird es noch für eine ganze Reihe von Ortschaften sorgen müssen, woher immer neue flehentliche Bitten um Unterstützung nach Posen gelangen. Das sind hauptsächlich Ortschaften, die mehr nach Osten liegen, wo die Bevölkerung immer noch obdachlos und die Not sehr empfindlich ist.

Gegenwärtig wenden sich an unser Komitee auch einige Asyls aus Warschau um Beihilfe. Wem von uns ist Warschau nicht lieb? Man möchte für diese Stadt doch alles tun. Aber angesichts der vielen Verpflichtungen, die wir schon übernommen haben und angesichts der großen Anzahl von Asyls in Warschau würde es uns jetzt schwer fallen, neue Verpflichtungen zu übernehmen. Trotzdem haben wir den Asyls, die sich an uns gewandt haben, eine momentane Unterstützung gewährt in der Hoffnung, daß die Stadt Warschau selbst und die Opferwilligkeit ihrer Bürger nicht zulassen wird, daß diese Asyls geschlossen werden. Warschau wird jetzt für diese Asyls um so leichter sorgen können, weil es durch die Verschickung der Kinder aufs Land eine Erleichterung in seiner Aktion erfahren wird. Und die Rettung der polnischen Kinder ist gegenwärtig für unser Land von großer Bedeutung.

Ein solcher Krieg ist doch etwas Furchtbares, besonders, wenn er sich über das ganze Land ausbreitet. Und ein solches Land ist gerade in diesem Kriege ausnahmsweise Polen; es gibt nämlich fast keine Gegend in diesem Lande, welche die Schrecken des Krieges nicht gekostet hätte. Das Elend, das sich infolgedessen über dieses Land ausgebreitet hat, läßt sich in einem raschen Tempo selbst bei der größten Opferwilligkeit nicht beseitigen. Dazu gehören nämlich nicht Millionen, sondern Milliarden! Wir wollen

aber hoffen, daß Hilfe nicht nur aus dem Lande selbst, sondern auch von außerhalb kommen wird, wie sie ja von dort bis dahin auch tatsächlich zum Teil schon gewährt wurde. Jedenfalls darf jetzt die Opferwilligkeit in keinem Teile der weiten polnischen Länder nachlassen. „Wer wenig hat, der möge wenig geben, und wer viel hat, der möge viel geben!“ In den deutschen Landesteilen ist ja die Opferwilligkeit der polnischen Bevölkerung zu diesem Zwecke unerschöpflich, — wir haben also Vertrauen zu ihr auch für die Zukunft.

Möge der polnische Flüchtling, wenn er nach dem Kriege in seine Heimat zurückkehrt, erfahren, daß für seinen Herd während des ganzen Krieges seine Brüder am Goplo-See, an der Weichsel und an der Warthe aufrichtig gesorgt haben!

Posen, im Mai 1917.

Rasimir Brownsford.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 212 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 8. Mai 1917.

Die Ansprache des Kaisers.

Wenn man den allgemeinen Stand der polnischen Frage im gegenwärtigen Augenblick aufmerksam betrachtet, kommt man zu der Feststellung, daß der Besuch des Kaiserpaares und die vom Kaiser gehaltene Rede an die Vertreter des Polnischen Klubs Tatsachen sind, die für die weitere Entwicklung der polnischen Sache bedeutungsvoll sind.

Schon die Form des Besuchs an sich hat ihre Bedeutung. Es war dies kein zufälliger, kein Gelegenheitsbesuch, sondern ein beabsichtigter, und er fand in hochoffizieller und feierlicher Weise statt. Das Kaiserpaar war sowohl von Mitgliedern des Kaiserhauses, als auch von den höchsten Würdenträgern des Staates begleitet, wodurch die Bedeutung des Besuches noch gehoben wird.

Zwar weckt der Ton der Ansprache des Vorsitzenden des Polnischen Klubs einige Bedenken, da er sich bedeutend von den Begriffen entfernt, die bei uns allgemein herrschen. Jedoch die Antwort des Monarchen muß jeden politisch denkenden Polen mit freudiger Genugtuung erfüllen.

Die Rede des Kaisers umfaßt folgende Punkte:

1. Der Kaiser versteht die Bedürfnisse unseres Vaterlandes und wünscht sie zu befriedigen.
2. Der Kaiser will zu den Polen dieselben Beziehungen aufrechterhalten, die sein Vorgänger pflegte.
3. Der Kaiser hegt aufrichtige Sympathien gegenüber dem polnischen Volke und versteht seine Gefühle.
4. Der Kaiser will an dem Aufbau des polnischen Staates teilnehmen.
5. Der Kaiser hofft, dadurch unser Land noch mehr gegenüber sich selbst und seinem Hause zu verpflichten.

Diese Punkte muß die polnische Politik bezüglich des Verhältnisses des polnischen Volkes zum Kaiser Karl I und seinem Hause festhalten. Ihre Wichtigkeit und Bedeutung für die Fortentwicklung der polnischen Frage ist augenscheinlich. Jeder polnische Politiker wird die Tatsache mit Freuden begrüßen, daß der junge Monarch, der höchste Vertreter des so bedeutenden Faktors der internationalen Politik, wie es die österreichisch-ungarische Monarchie ist, beschlossen hat, sich in Bezug auf die polnische Frage gerade von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Das polnische Volk nimmt mit lebhaftem Dank diese kaiserliche Zusicherung entgegen und wird nach Verwirklichung derselben und in Übereinstimmung mit seinen Gefühlen das ihm entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen.

Das Verständnis für unsere berechtigten Bestrebungen, die Sympathie und Freundschaft von so mächtiger Seite, wie es der junge österreichische Monarch ist, würde für das polnische Volk zu jeder Zeit eine gute Aussicht sein. Heute aber, da man von anderen, mächtigen Seiten nur eine beunruhigende Reserve sieht und das russische Chaos zwar die Phantasie erregt, aber keine realen politischen Grundlagen bietet, ist diese Aussicht um so wichtiger und wertvoller.

Aus Nr. 108 des Głos Narodu (Krakau)
vom 8. Mai 1917.

Zu der Rede des österreichischen Kaisers in Krakau

bemerkt der „Głos Narodu“ u. a. folgendes:

Der infolge der Umstände kurze Aufenthalt des Kaisers Karl in unserer Stadt brachte uns durch den Mund des Monarchen die Feststellung, daß bei der Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege der Polenfrage die Rolle eines bedeutungsvollen Faktors zufalle. Die polnische Frage, die von Dr. von Bilinski in zwei Momente, in den Akt vom 5. November und die Kundgebungen über die Sonderstellung Galiziens geteilt wurde, fand sich in der wohlwollenden und warmen Ansprache des Monarchen wieder. Wena es sich aber um eine weitere Auslegung dieser Erklärung handeln würde, in der man unzweifelhaft jedes Wort unter dem Gesichtswinkel der Zukunft abwägen und prüfen müßte, so könnte man aus derselben die Meinung herleiten, daß sie die breiteren Aussichten, die sich bei Beginn dieses Krieges vor den galizischen Politikern eröffneten, nicht verschließt und dem weiteren Lauf der Ereignisse nicht vorgreift, die in der polnischen Frage einen nicht von allen erwarteten Weg gegangen sind und in einem immer schnelleren Tempo weitergehen. Sie werden ihr Ziel erreichen, wenn der beendigte Krieg über die Gestaltung der europäischen Verhältnisse entscheiden und insbesondere die Verwirklichung der Ankündigung des Aktes vom 5. November endgültig gestatten wird. Bevor dies geschieht, verbleibt die Polenfrage im Bereiche der Sphäre der Einflüsse der Mittelstaaten auf dem am 5. November erreichten Punkte.

In den Worten des Kaisers, die voll Anerkennung und Wohlwollen sind, erblicken die Polen Galiziens den Beweis daß das Band des persönlichen Verhältnisses zwischen ihnen und dem Throne, das durch das Verständnis der Lage und die Ritterlichkeit des verstorbenen Monarchen geknüpft wurde, nicht zerrissen ist. Es ist zu erwarten, daß die Wiener Regierung, die unlängst eine bindende Versicherung hinsichtlich Galiziens abgegeben hat, indem sie eine gerechte Behandlung seiner berechtigten Forderungen und die Unterlassung unangemessener Schritte versprochen hat, in den Worten des Monarchen eine kräftige Weisung für ihr zukünftiges Verhalten finden wird. In dieser Weise wird sich das tatsächliche Verhältnis Galiziens zu den Wiener Behörden regeln, bevor die größeren und endgültigen Entscheidungen fallen werden, die geschichtlichen Entscheidungen, die das Volk mit verhaltenem Atem erwartet. Der Aufenthalt des Kaisers Karl in Krakau, der durch das traditionelle Merkmal der Herzlichkeit und des Wohlwollens gekennzeichnet war, wird auch im lebendigen Andenken des Landes und der Stadt bleiben.

Aus Nr. 211 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 5. Mai 1917.

Die Krisis im Polnischen Klub.

Bekanntlich fanden die letzten Beratungen des Polnischen Klubs im Zeichen der Krisis statt. Es machten sich vor allem grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Sonderstellung in deren Verbindung mit der Gesamtgestalt der polnischen Frage im gegenwärtigen Augenblick bemerkbar, und zwar zwischen den Volksparteilern und dem Abg. Glabinski einerseits und den übrigen Abgeordneten andererseits.

Die Gegensätze spitzten sich derartig zu, daß die Nationaldemokraten den Weiterberatungen des Klubs völlig fernblieben, während die Volksparteiler sich an der Aussprache über wirtschaftliche Angelegenheiten zwar beteiligten, aber in politischen Angelegenheiten ihre oppositionelle Haltung beibehielten.

Diese Krisis — ein Zeichen des erwachenden breiteren politischen Gedankens als spontane Reaktion auf die großen Ereignisse, die sich vollziehen und die es nicht gestatten sollten, mit geschlossenen Augen an der irgend einmal aufgestellten doktrinarischen These festzuhalten — eine Krisis, die in diesem Sinne aufgefaßt wird, hätte sowohl den Klub, als auch die Volksgemeinschaft zu einer tieferen kritischen Betrachtung der Angelegenheit und zu einer eventuellen Revision der grundsätzlichen Haltung in der polnischen Frage veranlassen müssen.

Leider gab sie — zunächst — einem gewissen Teil der Presse Veranlassung zu einer Reihe von kleinlichen, sophistischen Einwendungen, Verdächtigungen und Angriffen gegen Abgeordnete, die sich erdreistet hatten, ihre eigene politische Meinung im Klub zum Ausdruck zu bringen, eine Meinung, die — entsetzlich — mit den landläufigen Ansichten der Mehrheit des Klubs nicht übereinstimmte.

Ein in höchstem Grade unangebrachter Ton kennzeichnet die Angriffe, die aus diesem Anlaß z. B. der „Naprzód“ gegen die Abgeordneten Dlugosz und Glabinski richtete.

Bezüglich des Abgeordneten Glabinski erkennt zwar der Naprzód an, daß Herr Glabinski zwar gute Absichten habe, aber er fügt sofort hinzu, daß diejenigen, die ihn näher kennen, mit Entschiedenheit behaupten, daß er wie immer so auch in diesem Falle unter dem Einfluß irgend jemandes stehe und das tue, worauf er in der ersten besten Erklärung in dem Augenblick verzichten wird, sobald er unter einen anderen Einfluß gelangt. „Von wem er sich gegenwärtig leiten läßt, wissen wir nicht“, schließt der Naprzód in einem Tone, als wenn gerade darin der Kern der Sache steckte.

Wann wird sich endlich die galizische Politik dazu aufschwingen, mit dem System des Kampfes von Verdächtigungen, Beleidigungen und persönlichen Angriffen zu brechen und sich wenigstens ausnahmsweise in diesem großen geschichtlichen Augenblick auf den sachlichen Boden des Kampfes der Grundsätze, des Kampfes aufrichtiger und kräftiger Bestrebungen und politischer Überzeugungen zu stellen?

Was Exzellenz Glabinski betrifft, so ist festzustellen, daß der „Glas“ in seinen Angriffen noch weitergeht, als der „Naprzód“. Er schreibt nämlich folgendes: „Der Abgeordnete Glabinski nahm vier Monate lang lebhaften und tätigen Anteil an der Ausarbeitung des Projekts der Sonderstellung Galiziens. Es ist für die Volksgemeinschaft unverständlich, warum er in den letzten Tagen erklärt hat, daß dieses Programm in nationaler Beziehung schädlich sei. Warum hat er 4 Monate lang an einem Werke mitgewirkt, das er 2–3 Tage später als schlecht erkannt

hat. Es ist dies ein Geheimnis dieses Abgeordneten. Möge es ein solches bleiben."

Es ist schwerlich anzunehmen, daß der politische Referent des Javorstischen Organs den Inhalt der beiden Briefe nicht kennen sollte, den Abgeordneter Glombinski an den Vorsitzenden des Klubs gerichtet hat, z. B. den Brief vom 15. April, in welchem er sehr offen, klar und gründlich auseinandersetzt, warum und aus welchen tatsächlichen Gründen er es für schädlich hält, heute über die Sonderstellung Galiziens zu verhandeln. „Unverständlich“ ist es daher für uns, warum der Verfasser des Artikels die Motive des Herrn Glombinski nicht verstehen will.

Es ist dies — um im Stil des „Ezas“ zu reden — ein Geheimnis des Verfassers. Möge es ein solches bleiben.

Bevor die beiden Briefe des Abgeordneten Glombinski an das Präsidium des Polnischen Klubs zu Händen von Exzellenz Wielinski im Wortlaut veröffentlicht werden, bringen wir den Brief vom 15. April gekürzt:

Exzellenz!

Ich schreibe unter dem Eindruck der Erklärung der gemeinsamen Regierungen der Monarchie vom heutigen Tage, in welcher gesagt wird, daß das Ziel der russischen Regierung, das in der Erklärung vom 2. April bekannt gegeben ist, nämlich die Herbeiführung eines dauernden Friedens „nach dem Grundsatz des Rechtes der Völker, über ihr eignes Geschick zu bestimmen, sich mit den Kriegszielen der österreichisch-ungarischen Monarchie deckt. Diese Erklärung legt im Zusammenhange mit der Proklamation der russischen Regierung der polnischen Vertretung die Pflicht auf, das Programm der Sonderstellung Galiziens einer Revision zu unterziehen, weil dadurch eine Aussprache zwecks Rückkehr zu dem ursprünglichen Programm des Polnischen Klubs, das von dem verstorbenen Kaiser Franz Joseph grundsätzlich gutgeheißen war, ermöglicht wird.

Da Graf Czernin in der letzten Konferenz (im Februar d. Js.) uns erklärt hat, daß die Gesamtgestalt der polnischen Frage von neuem offen ist und verschiedene Möglichkeiten ihrer Lösung vorhanden sind, ist es gegenwärtig unsere Pflicht, das Wort im Geiste der Wünsche und Hoffnungen des polnischen Volkes zu ergreifen und der Entscheidung über unsere Angelegenheit durch die Sonderstellung Galiziens nicht vorzugreifen, namentlich da außerhalb Galiziens noch die Frage von Polnisch-Schlesien offenbleibt, das wir den Deutschen nicht zur freien Verfügung überlassen können.

Da ich augenblicklich nicht nach Wien reisen kann, beantrage ich auf diesem Wege, die Beratungen der parlamentarischen Kommission und des Polnischen Klubs über die Sonderstellung Galiziens zu vertagen, dafür aber eine Verständigung mit dem Minister des Äußern in der Angelegenheit der Revision der polnischen Frage in der Monarchie zu erstreben und das etwaige Ergebnis unserer Beratungen und Verhandlungen in die feierliche Form einer Adresse der Krone zur Kenntnis zu bringen oder es dem Monarchen durch eine Abordnung aus dem Schoße des Landtagsklubs vorzutragen.

Obige Bemerkungen und Anträge wolle Euer Exzellenz gütigst in Erwägung ziehen. Eventuell bitte ich um Einberufung der politischen Kommission und des Landtagsklubs zur Herbeiführung einer Entscheidung.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Glabinski.

Lemberg, den 15. April 1917.

Aus Nr. 215 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 10. Mai 1917.

Oesterreich und Deutschland.

Seit einiger Zeit hört man Gerüchte über eine beginnende Umgestaltung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland. Man kann nicht behaupten, daß diese Gerüchte ausschließlich aus der Luft gegriffen sind. Sie sind auf dem Boden verschiedener bisher nicht beobachteter Tatsachen entstanden.

Als das Wiener Kabinett den Aufruf der russischen Vorläufigen Regierung mit der Erklärung beantwortete, daß Österreich-Ungarn an keine Annexion auf Kosten Rußlands denke, bewahrte die deutsche Regierung Stillschweigen. Es war dies das erste Mal im Laufe des Krieges, daß die Wiener Diplomatie ihre Individualität in dem Verhältnis zur Berliner Diplomatie bewies.

Dieser Vorfall blieb nicht ohne Widerhall. Auf Seiten der Koalition machten sich Stimmen bemerkbar, aus welchen man einen versöhnlichen Ton gegenüber Österreich heraus hören konnte, während dieser Ton gegen Deutschland immer schärfer und von leidenschaftlicher Gehässigkeit wurde.

Alles dies hätte man für ein Manöver mit sehr durchsichtigen Zielen halten können, wenn nicht zu gleicher Zeit in Deutschland selbst sich Stimmen erhoben hätten, die viel Wahrscheinlichkeit für sich hatten, als Bestätigung der verschiedenartigen Hypothesen auf dem Boden obiger Tatsachen gelten zu können.

Aus geheimnisvollen bisher unaufgeklärten Gründen blieben die Berliner Blätter in Österreich plötzlich aus. Dafür erschienen Zitate aus den darin enthaltenen Artikeln, die außerordentlich vielfach waren.

Schließlich gab der augenfällige Unterschied zwischen den Generalstabsberichten beider Länder Veranlassung zu verschiedenartigen Vermutungen und Annahmen. Während die deutschen Berichte zahlreiche Einzelheiten über die entsetzlichen Kämpfe in Frankreich enthalten, bringen die österreichischen Berichte schon seit langem nichts Wesentliches.

Alle diese Momente zusammen genommen sind zur Grundlage jener Gerüchte, Annahmen und Erwartungen geworden, die umso williger allgemein geglaubt wurden, je weniger wahrscheinlich sie vom Standpunkte einer genauen Kenntnis der allgemeinen Lage und einer nüchternen Beurteilung derselben waren.

Die Auszeichnung des Grafen Czernin mit dem höchsten Orden, der einem Beamten zugänglich ist, mit dem Stephansorden, hat ebenfalls verschiedene Kommentare hervorgerufen. Aber gerade im Augenblicke, als diese angingen, sich recht fräftig zu entwickeln, trat der deutsche Reichskanzler auf den Schauplatz und gratulierte mit ausgesuchter Herzlichkeit seinem Wiener Kollegen zu der hohen Auszeichnung. Graf Czernin blieb natürlich die Antwort nicht schuldig. So kam es, daß inmitten des immer stärker werdenden Geräusches der Vermutungen, Annahmen und mehr oder weniger phantastischen Horoskope das wohlklingende Duett der unerschütterlichen Freundschaft der beiden Mittelmächte und der tiefen persönlichen gegenseitigen Sympathie ihrer höchsten leitenden Staatsmänner erklang.

Auf diese Weise wurden nach Abweisung von 4 gigantischen englischen und 3 französischen Angriffen auf die deutsche Westfront die zahlreichen Gerüchte durch den lauten Klang der Depeschen zwischen dem Grafen Czernin und Bethmann Hollweg übertönt.

Für jetzt scheint die Sache erschöpft zu sein. Das deutsch-österreichische Bündnis steht fest, wie es gestanden hat. Es wird durch keine unterirdischen Strömungen unterspült werden. Die Kanzler der beiden Mächte haben es für erforderlich erachtet, dies öffentlich zu bekunden.

Es ist dies eine Tatsache, mit der auch das polnische politische Denken rechnen muß, sofern es den Charakter der Realität bewahren will. Und die Bewahrung dieses wertvollen Charakters ist heute notwendiger denn je. Denn seit der Zeit der russischen Revolution haben sich Tatsachen ereignet, die auf die polnische politische Phantasie allzu kräftig eingewirkt haben! Es entstand die Gefahr, daß die Phantasie an Stelle der genauen Berechnung und der kühlen Überlegung treten wird und daß wir Wünsche für Wirklichkeiten halten werden.

Die genannten Depeschen müßten ernüchternd und abkühlend auf die erhitzten Köpfe einwirken. Die grundsätzlichen Voraussetzungen eines genauen politischen Denkens haben keine Änderung erfahren. Jegliche Selbsttäuschung nach dieser Richtung hin wäre gefährlich. Die Magnetnadel im Apparat, der das Kräfteverhältnis angibt, hat sich nach einigem Schwanken beruhigt und zeigt dasselbe, was sie bis jetzt gezeigt hat, nämlich das unerschütterliche deutsch-österreichische Bundesverhältnis in derselben Gestalt, in der es bis jetzt bestanden hat. Man tut gut, jegliche Schwankungen dieser feinen Nadel aufmerksam zu beobachten. Aber noch besser ist es, aus jeder, noch so geringen Schwankung nicht allzu voreilige Schlüsse zu ziehen.

Aus Nr. 205 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 2. Mai 1917.

Einige zeitgemäße Gedanken.

Ein äußerst logischer Gedanke, der gegenwärtig seitens der Redaktion des „Berner Intelligenzblattes“ ausgesprochen worden ist, durchwühlt schon lange die Gemüter der Bürger des polnischen Landes und kann sich aus der Tiefe ihrer Herzen nicht zum Schauplatz des Wortes emporschwingen.

Die Veranlassung der Niederschrift dieses Gedankens ist auf den Aufruf der vorläufigen Regierungen in Rußland zurückzuführen, die der weiteren Hegemonie über das polnische Volk entsagt hat. Dieser Akt der Genugtuung für die Anforderungen der geschichtlichen Gerechtigkeit hat den logisch denkenden Gemütern eingegeben, den Grundsatz aufzustellen, daß „Polen gegenwärtig der Probierstein für alle Friedensabsichten“ sei und daß der Friede nur durch dieses Polen erreicht werden könne. Dem Beispiel des revolutionären Rußland müssen notgedrungen auch diejenigen Staaten folgen, die an dem an Polen verübten Unrecht mitbeteiligt waren. Hierzu sollten sie sich verstehen, weil sie nur auf diese Weise bezüglich der Friedensabsichten ihren aufrichtigen Willen kundgeben können. Dann wird der Akt der europäischen Gerechtigkeit vollzogen und zugleich die feste Grundlage zu einem dauernden Frieden in Europa gelegt werden.

Ohne ein solches aufrichtiges Bekenntnis der begangenen Fehler und ohne eine Genugtuung für dieselben kann von einem Frieden keine Rede sein. Die Mittelmächte können den Willen nach einem dauernden Frieden nur auf die Weise kundgeben, daß sie alle Polen von ihrer Herrschaft befreien. „Si vis pacem, para pacem“ und nicht „bellum“, wie das bisher auf Grund der Weisheit des römischen Sprichwortes, dessen ganzen Wert wir heute schmerzlich empfinden, fälschlich aufgefaßt wurde. Wir wollen daher den Frieden vorbereiten, wenn wir uns nach einem solchen sehnen, und diese Vorbereitung auf einen dauernden Frieden ist ein freies, selbständiges, mächtiges Polen,

(Zensurlos).

das keine Eroberungen wünscht, sondern nur Gerechtigkeit und Freiheit für sich und für alle Völker. Der Wunsch nach Erlangung einer Hegemonie

irgend einer Richtung müßte als überlebt gelten, und wenn ein solcher sich irgendwo kundzugeben suchen sollte, müßte er mit allen möglichen Mitteln tatkräftig bekämpft werden. „Freie mit Freien — und Gleiche mit Gleichen!“ Das ist die Lösung der in der Wiedergeburt begriffenen Menschheit.

Die zweite Sache, welche den allgemeinen Frieden stört und dem Volke nicht die Möglichkeit gibt, sich in seinem Lande nach seinem Willen einzurichten, ist die Judenfrage, an deren richtiger Lösung uns ganz besonders gelegen ist.

Unserer Meinung nach wäre die einfachste Lösung die folgende: Alle Staaten müßten die Verpflichtung übernehmen, mit vereinten Kräften in Palästina ein israelitisches Königreich wieder herzustellen und alle Juden dorthin zu lenken. Diejenigen unter den Juden, welche nach ihrem neuen Staate nicht übersiedeln möchten, müßten unter alle Völker der Erde je nach der Zahl jedes Volkes verteilt werden, so daß alle das jüdische Element in gleichem Maße bei sich hätten, d. h. daß in dieser Beziehung niemandem ein Unrecht geschehen würde.

Ein internationales, von allen Staaten eigens zu diesem Zwecke gewähltes Komitee würde die gerechte Verteidigung der Juden auf alle Nationen zu leiten und die Verhältnisse der freiwillig zurückgebliebenen Juden zu den Völkern, unter denen sie wohnen, zu regeln haben.

Das den Juden von den Römern zugefügte Unrecht rächt sich an allen Menschen so nachdrücklich, daß die Strafe für die begangene Ungerechtigkeit gleichmäßig unter alle verteilt werden müßte, damit die einen nicht mehr zu leiden hätten als die andern.

Die Gerechtigkeit ist die Mutter des Rechts, sie sollte ihre Kinder bei der Gestaltung der Verhältnisse des neuen Europa, ihre auf den Trümmern wiedererstehenden alten Mutter, leiten.

Dr. B. Dybowski.

Aus Nr. 213 des Czas (Krakau)
vom 9. Mai 1917.

Die Polen in Rußland.

(Von unserm Berichterstatter.)

Stockholm, im April.

Die Bildung einer Liquidationskommission für polnische Angelegenheiten unter dem Vorsitz Lednickis ist ein Ereignis von erstklassiger Bedeutung für die weitere Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen. Die Kommission wurde zugleich mit der Veröffentlichung des bekannten Aufrufs der vorläufigen Regierung, in dem die Unabhängigkeit Polens anerkannt wird, als eine notwendige Ergänzung des Aufrufs ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist eine sehr umfangreiche; sie umfaßt das ganze Gebiet der Fragen, die sich aus der neuen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Rußland ergeben. Die Kommission soll also vor allem die Liquidation aller russischen Staatsinstitutionen, die früher in Polen tätig waren, durchführen. Die russischen Beamten sollen entweder pensioniert oder in andere Stellungen versetzt werden; die wenigen polnischen Beamten, namentlich Eisenbahner, sollen der zukünftigen polnischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission wird ferner erforschen, wo und in welchem Zustande sich Güter befinden, die dem Königreich gehören, soweit sie nach Rußland gebracht worden sind; sie wird die Schätze polnischer Kultur und Kunst, die in Polen durch die vorhergehende Regierung geraubt worden sind, aufsuchen und für den zukünftigen polnischen Staat sichern

Vorsitzender der Kommission ist Herr Alexander Lednicki geworden, ein Mann, der zu einer erstklassigen

Rolle unter den neuen Verhältnissen berufen ist. Herr Lednicki besitzt das vollständige Vertrauen der beiden Gruppen, die den Umsturz vollführt haben, also sowohl der Kadetten und Oktobristen, als auch der radikalen Republikaner, die von Kerensti geführt werden. Daher hat auch der Vorsitzende der Liquidationskommission und die um ihn versammelte Gruppe das Steuer der polnischen Politik in Rußland in die Hand genommen, und mit ihnen allein werden die Leiter der neuen Regierung rechnen.

Hingegen ist die Bedeutung des nationaldemokratischen Lagers, das sich in der letzten Zeit durch seine ungeschickte Opportunität, seine parteiliche Engherzigkeit und falsche Orientierung über russische Verhältnisse bloßgestellt hat, vollständig gesunken.

Den Stützpunkt der Nationaldemokratie jenseits der Front bildeten immer die Überreste der polnischen Dumafraktion, die Herrn Jaronski, Goscieli und Harusiewicz und der Teil des Warschauer Bürgerkomitees, der nach der Besetzung Warschaws in Petersburg Schutz gesucht hat. Ihre Reihen wurden durch Lemberger Flüchtlinge verstärkt, die mit Herrn Grabski an der Spitze hauptsächlich in Kiew und Moskau sich niederließen. Der geistige Führer der Partei, Herr Roman Dmowski, weilte gegenwärtig im Auslande, wo er bisher die Rolle eines polnischen Diplomaten gespielt hat, die jedoch im Augenblick des Sturzes der früheren Regierung in Rußland ihr Ende genommen hat. Die Lage der Nationaldemokratie, die den schnellen Ausbruch und den günstigen Verlauf der Revolution nicht voraussah und unvorsichtigerweise die Geschichte Polens an die frühere Staatsform knüpfte, ist jetzt sehr schwierig geworden, und die Schwenkung, die unter dem Druck der letzten Ereignisse von ihren Führern vollzogen wurde, war zu plötzlich, als daß sie das Vertrauen der Leiter der Revolution hätte erwecken können. Darum sind die Nationaldemokraten noch immer desorientiert und können sich nicht in die neue Lage der Dinge hineinfinden. Das von ihnen gebildete „Nationalkomitee“ hat an „die Landleute“ einen umfangreichen Aufruf erlassen, der unter einer Flut von Phrasen die Ratlosigkeit seiner Verfasser verbirgt. Wir lesen darin unter anderem:

„Das Nationale Komitee in Petersburg, das die Elemente um sich vereinigt, die sich von Anfang des Krieges an auf den Boden des Bündnisses Polens mit der Koalition gestellt haben und auf diesem Standpunkte trotz aller Schwierigkeiten unerschütterlich festhalten, ist glücklich, feststellen zu können, daß es sich in seiner Ansicht nicht geirrt hat, daß die Proklamierung der Vereinigung und der wahren Unabhängigkeit Polens nur das Werk derjenigen von beiden kämpfenden Seiten sein kann, für deren Interessen und internationalen Bestrebungen das Dasein eines unabhängigen und vereinigten Polens nicht nur vorteilhaft, sondern auch unumgänglich notwendig ist. Heute, da sich unsere Ansichten verwirklicht haben, wird jeder Pole mit um so größerer Zuversicht seine Aufgabe erfüllen, da jeder das Bewußtsein haben wird, daß sein Opfer an Mühen, Gut und Blut einen Teil der Aufopferung für den Wiederaufbau des vereinigten Polens darstellen.“

Wenn man obige Ausführungen kommentiert, so müßte man hinzufügen, daß die Nationaldemokraten, die diesen Aufruf unterschrieben haben, sich als sehr wenig vorausschauend erwiesen haben, da sie die polnischen Hoffnungen auf das Manifest des Großfürsten gestützt haben, das, woran heute nicht mehr zu zweifeln ist, nur eine Falle für die Polen war. In den Äußerungen des polnischen Dumaklubs und der Nationaldemokratie hat man bisher auch nichts von der Lösung der Unabhängigkeit, sondern nur von Verhandlungen über die berühmte Autonomie gehört, die uns die russische Bureaucratie unter der Bedingung der Loslösung des Chelmerlandes und dem Einver-

ständnis der Russifikation Litauens großmütig bewilligen wollte.

Die Nationaldemokraten waren schlechte Politiker und standen dauernd unter der Hypnose der Macht und der Beständigkeit des Absolutismus und des bürokratischen Systems. Heute, da ihre Annahmen sich nicht erfüllt haben, müssen sie für ihren Mangel an Voraussicht, für ihre Opportunität und ihr Nützlichkeitsprinzip büßen. Ihre Karriere ist — vorläufig wenigstens — zu Ende; und alle ihre Bemühungen, wieder an das Steuer der polnischen Politik zu gelangen, müssen erfolglos sein, da weder die Allgemeinheit außerhalb Rußlands, noch die leitenden Männer des neuen Rußlands ihre Führerrolle anerkennen.

Es hat sich dies allzu deutlich schon in einigen charakteristischen Fällen gezeigt.

Nach der Veröffentlichung der Anerkennung der polnischen Unabhängigkeit durch die vorläufige Regierung war das ganze polnische Unabhängigkeitslager der Ansicht, daß sich der polnische Dumaklub auflösen müsse, da ein unabhängiges Polen keine Vertreter in einem fremden, also auch nicht in einem russischen Parlament haben kann. Diese Forderung stieß auf kräftigen Widerstand im Lager der Nationaldemokratie. Im „Dziennik Polski“ sprach sich Rafimir Ehrenberg und in der „Gazeta Polska“ Herr Grabski sehr heftig gegen die Niederlegung der Mandate aus. Letzterer schrieb: „In Petersburg und Moskau veröffentlichten Klubs und Komitees, die sich ausschließlich aus Leuten zusammensetzen, die stets nur dem russischen und nicht dem polnischen Volke gedient haben, Aufrufe, die den polnischen Abgeordneten das Recht der Vertretung des Königreichs absprechen. Und doch ist weder vom Staatsrat, noch von den Wählern im Lande, oder von irgend einem Kreis- oder Gemeinderat in ihrem Wahlbezirk ein solches Verlangen oder eine Beurteilung ihrer Tätigkeit ausgegangen. Diese Tatsache spricht für sich allzu deutlich.“

Zwei Tage später kamen „die letzten Mohikaner“ des polnischen Dumaklubs zu der Überzeugung, daß ihr längeres Verbleiben in der Duma unmöglich sei, und ihre Mandate niederlegten. Ihrem Beispiele folgten die Abgeordneten zum Staatsrat. Auf diese Weise fiel der letzte amtliche Stützpunkt der Nationaldemokratie, und die Verteidiger des Festhaltens an den Mandaten erlitten eine empfindliche Niederlage.

Diese Niederlage wollte man wettmachen, indem man das Zentrale Komitee wiedererweckte, das ein Rundschreiben erließ und darin „seinen Organen“ die Einberufung von Volksversammlungen empfahl, da „die Massen unseres Volkes, die in der Fremde stumpfsinnig geworden sind, zu wenig geschult sind, um sich in geistiger Beziehung zu erheben. Gerade jetzt fühlt sich das Zentrale Komitee zu der ehrenvollen Aufgabe berufen, in dem schweren und traurigen Leben der Vertriebenen einen neuen Oberton der Bestrebungen und einen neuen Geistesflug zu erwecken“. Von diesen „Organen“ des Z.-K. ist bis jetzt nicht viel zu hören und der obige Appell ist ohne ein Echo verklungen.

Zum Schluß noch eine Episode. Die Nationaldemokratie in Moskau hatte auf eigene Faust beschlossen, einen Demonstrationsumzug zu veranstalten. Alle anderen polnischen Organisationen widersetzten sich dem Gedanken, da sie ihn für zwecklos und gewagt hielten, und der Umzug kam nicht zustande.

Die Berufung des Herrn Lednicki zum Vorsitzenden der Liquidationskommission hat große Unzufriedenheit im Lager der Nationaldemokraten hervorgerufen, und Herr Grabski erhob in der „Gazeta Polska“ den Vorwurf, daß die Ernennung im geheimen, ohne Kenntnis des polnischen Volkes erfolgt sei. Der Unwille des Herrn G. rührt daher, daß die Nationaldemokraten in der politischen Aktion nicht mehr die erste Rolle spielen können.

Im übrigen ist zu erwarten, daß in Anbetracht der Sachlage und der Unmenge von Arbeit, die dem polnischen Volke zufallen wird, jeglicher Partei- und persönlicher Hader aufhören und die Solidarität des Volkes sich in harmonischem Zusammenwirken aller politischen und sozialen Organisationen zeigen wird.

Tatsächlich schreitet die Organisation der Volksgesamtheit überall dort vorwärts, wo das polnische Element stärker vertreten ist. Auch die polnischen Offiziere und Soldaten haben sich organisiert, indem sie dem russischen Beispiel folgten. In Petersburg, Moskau, Kiew und Smolensk fanden Versammlungen von polnischen Offizieren statt, in welchen ein Militärischer Verband der Polen begründet und Bezirksvorstände gewählt wurden. Diese Bewegung hat die gute Seite, daß viele Personen, die bisher im Heere ihre Verbindung mit dem polnischen Volke und dem Lande nur sehr schwach empfunden haben, in die nationale Arbeit hineingezogen werden, die sie zum Bewußtsein bringen und erquickend wird. Der militärische Dienst war in Rußland immer ein gefährliches Moment der Entnationalisierung, was gegenwärtig aufhören wird, um so mehr, als die Polen wahrscheinlich nicht mehr in den russischen Regimentern zerstreut sein werden.

Nr. 67 des Glos (Warschau) vom 9. Mai 1917 informiert im Artikel: „Die politischen Strömungen unter den Polen in Rußland“ über das polnische Leben jenseits der Kampflinie. Danach gibt es, wie bekannt, in Petersburg zwei polnische politische Organisationen: „Das Nationale Komitee“, das am Anfang des Krieges in Warschau entstanden war und im Juli 1915 nach Petersburg übersiedelt ist, und das „Polnische Demokratische Komitee“, das die Unabhängigkeitselemente umfaßt. In Moskau bestehen: „Der Polnische Nationale Klub“, dessen Gründer: Gosciicki, Wl. Grabsti, W. Sobanski sind, und „Der Polnische Demokratische Klub“, welcher von Lednicki gegründet wurde. Wenn auch beide Parteien — die „nationale“ und die „demokratische“, als ihre Lösung: die Unabhängigkeit Polens angenommen haben, so bestehen doch zwischen ihnen sehr wesentliche Unterschiede. „Die Realisten und Nationaldemokraten sind in Fühlung mit dem Exekutivkomitee der Duma, hauptsächlich mit den Oskrobisten, während die Verfechter der Unabhängigkeit sowohl mit den Kadetten, als auch mit den Trudowiks und den Sozialisten in Verbindung stehen. Die früheren Russophilen sind glühenden Offensivgeistes wider die Deutschen voll, wünschen den Einzug der russischen Truppen in Warschau, erkennen den Staatsrat nicht an und bekämpfen mit aller Kraft die Organisation der polnischen Armee im Lande. Die Demokraten der Unabhängigkeitspartei schieben vor allem die Unabhängigkeit in den Vordergrund, verwahren sich gegen weitere Kämpfe auf den polnischen Gebieten, äußern ihr völliges Vertrauen zum Staatsrat, besprechen die Angelegenheit der polnischen Armee schonend, ohne Proteste.“ Um die Liquidierungskommission wird unter der polnischen Emigration gestritten. Die Demokraten suchen zu verhindern, daß die Nationaldemokraten die Stellen in dieser Kommission besetzen. Vor allem hätten es diese darauf abgesehen, die technische Organisation in die Hände zu bekommen, um, wie die Demokraten annehmen, „die geheimen Archive zu vernichten, die Beweise ihres Mitwirkens mit der gestürzten Regierung enthalten.“ Außerdem sollen die Unabhängigkeitsleute der Kommission keinerlei politische Kompetenz zuerkennen, da sie der Meinung sind, daß „die endgültige Regelung der polnisch-russischen Verhältnisse zum Friedenskongreß bzw. zum polnischen Landtag gehört.“

Was die Bildung einer polnischen Armee auf seiten Rußlands betrifft, so werde für diese Idee von

den Nationaldemokraten eifrig Propaganda gemacht, während das Polnische Demokratische Komitee sie bekämpfe. Die Oberleitung der russischen Armee erwäge das Projekt der Ausscheidung der polnischen Soldaten und Offiziere, um aus ihnen besondere Kampfeinheiten zu bilden. Im ganzen werde die Sache jedoch skeptisch behandelt, hauptsächlich verhalte sich General Rußkij ablehnend.

Der „Glos“ erwähnt ferner einen Artikel des „Dien“, in dem vorgeschlagen wird, ein Plebiszit der Bevölkerung der östlichen Gebiete Polens zu veranstalten, damit festgestellt werde, ob sie dem künftigen polnischen Staate angehören möchte. (Aus Nr. 92 des Warschauer Tagesberichts vom 10. Mai 1917).

Aus Nr. 107 des Glos Narodu (Krakau)
vom 6. Mai 1917.

Hirtenbrief des Bischofs von Luck-Zytomir.

Der Bischof von Luck-Zytomir und Administrator der Diözese Kamieniec-Podolski hat folgenden Hirtenbrief an die Geistlichkeit erlassen:

Meine geliebtesten Brüder!

Im gegenwärtigen Augenblick, da das Morgenrot der Freiheit für uns erschienen ist, da die vorläufige Regierung „die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen Gebieten, die in der Mehrzahl von Polen bewohnt werden, für eine sichere Bürgschaft eines dauernden Friedens im zukünftigen neuen Europa hält“, da sie die Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und der Vereine ankündigt und verwirklicht, ist es notwendig, daß Ihr, meine geliebten Brüder, Euch in innigster Verbindung mit Euren Oberhirten auf den Höhen Eures heiligen Berufs haltet und den Gläubigen mit den erhabensten priesterlichen Tugenden voranleuchtet.

Meine geliebten Brüder! In diesem großen und feierlichen Augenblicke wende ich mich an Euch, daß Ihr, eingedenk der Wichtigkeit der gegenwärtigen Zeit, eifrig an Euch selbst arbeitet, Euch in den priesterlichen Tugenden vervollkommenet und Euch mit Eifer der ernstesten sozialen Arbeit widmet. Wenn schon Leute, die unserer Kirche und unserem Volke nicht angehören, sich vereinigen und Bibliotheken, Vereine, Schulen usw. gründen, so müßten auch wir, echte Bekenner der göttlichen Lehre, uns um so mehr unter religiösen, nationalen und sozialen Lösungen vereinigen und organisieren.

Im weiteren Verlaufe des Hirtenbriefes fordert der Bischof die Geistlichkeit zur Opferwilligkeit zu Gunsten der Kirche und des Vaterlandes auf und schließt mit folgenden Worten:

Brüder! Treten wir freudig und vereint an die Arbeit heran, weihen wir unsere Gesundheit und unsere irdischen Güter der Kirche, der Schule, guten Büchereien, Krankenhäusern usw. Geben wir der Seele das Licht und Brot dem Körper. Also: „Pro cedamus in pace!“
† Ignaz, Bischof.

Aus Nr. 8 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 13. Mai 1917.

Das polnische Exekutivkomitee in Kiew

hat beschlossen, die russischerseits besetzten Gebiete Galiziens in das Bereich seiner Tätigkeit hineinzuziehen und sich zu diesem Zwecke mit dem Lemberger polnischen Rettungskomitee zu verständigen. Im Zusammenhange damit wurde beschlossen, Schritte zu tun, wegen der Rückkehr der deportierten örtlichen Bevölkerung.

Ferner hat das Komitee an General Brussilow das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Anlässlich der besorgniserregenden Nachrichten, die wir aus glaubwürdiger Quelle erhalten haben, hat das polnische Exekutivkomitee beschlossen, unverzüglich an die Südwestfront je einen Vertreter des Rats der Arbeiterdelegation, des Offiziersrats, des Studenten- und des Soldatenrats zu entsenden zwecks Aufklärung über die laufenden Ereignisse und zwecks Hebung des Geistes der großen nationalen Armee. Wir bitten, die Delegierten ungehindert reisen zu lassen.

(Wat.)

Aus Nr. 109 des Postep (Posen)
vom 15. Mai 1917.

In Sachen der Polen fremder Staatsangehörigkeit in Rußland.

Das in Moskau erscheinende „Echo Polskie“ vom 18. April veröffentlicht die nachstehende Mitteilung des Hilfsausschusses für die Polen fremder Staatsangehörigkeit in Moskau in Sachen der Bildung eines Zentralbureaus zur Obhut über die polnischen Zivil- und Militärgefangenen. Wie bekannt, hat der Ausschuss zur Hilfeleistung für die Polen fremder Staatsangehörigkeit einen Entwurf der Forderungen der polnischen Organisationen ausgearbeitet, worin verlangt wird: 1. der Erlass eines Gesetzes, das die Lage der österreichischen und deutschen Kriegsgefangenen Polen klar umschreibt, 2. die Aufhebung der Einschränkungen, die bisher diesen Polen gegenüber angewendet worden sind, 3. die Änderung des Verfahrens mit den Kriegsgefangenen überhaupt und mit den Kriegsgefangenen polnischer Nationalität im besonderen.

Der Vorsitzende der Liquidationskommission, Lednicki, hat die Anträge des Komitees in der Sitzung des Ministerrats vom 28. März a. St. vorgelegt. Die Anträge erfuhren im Ministerrat eine wohlwollende Aufnahme.

Nr. 124 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 9. Mai 1917

teilt mit, daß sich die öffentliche Meinung in England lebhafter für die polnische Frage zu interessieren begann. Sogar im Wahlkampf waren einzelne Kandidaten (wie es zum Beispiel in Stockholm der Fall war) genötigt, ihr Programm hinsichtlich der polnischen Frage zu äußern. Von verschiedenen Blättern, die in letzter Zeit die polnische Frage behandelten, wird die Wochenchrift „The New-Statesman“ (vom Ende März noch vor der Revolution) erwähnt. Der Artikel im „The New-Statesman“ erörterte die Entwicklung der Verhältnisse in Polen „mit erstaunlicher Sachkenntnis“. „Der Verfasser stellt das Verhältnis Polens zu den Okkupationsbehörden und zur deutschen öffentlichen Meinung dar und charakterisiert darauf . . . die einzelnen Parteien: die neutralistische Rechte, das Zentrum, das er von den Sezessionisten der heute neutralistischen Parteien herleitet, sowie die Linke. Die Rolle des Staatsrates und die Angelegenheit der Armee werden lebhaft, mit unverhohlener Anerkennung und vom aktivistischen Standpunkte dargestellt.“

(Aus Nr. 91 des Warschauer Tagesberichts vom 9. Mai 1917.)